

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Nürnberg läßt grüßen

Die Situation ist bizarr und ungeheuerlich: Der mangels Wählerwillens vom Obersten Gericht der Vereinigten Staaten zum Präsidenten der imperialistischen Hauptmacht ernannte politische Analphabet aus Texas, der sich bereits in Afghanistan als militärischer Amokläufer erwiesen hat, forderte 50 Regierungschefs souveräner Staaten zum Rapport auf. Sie sollen Washington Meldung erstatten, ob und in welchem Grade sie zur Mitwirkung an einem von der Bush-Administration geplanten und bereits in Szene gesetzten Völkerrechtsverbrechen – dem Vernichtungsschlag gegen Irak – bereit sind. Die diplomatische Demarche – man sollte sie lieber einen Erpresserbrief nennen – ist eine unverhohlene Anstiftung zu einem Verbrechen gegen den Frieden. Ganz im Sinne von Nürnberg. Kanzler Schröder und Außenminister Fischer – durch ihre Verstrickung in den NATO-Krieg gegen Jugoslawien bereits nach § 80 des Strafgesetzbuches der BRD (er beschreibt den Tatbestand der Vorbereitung eines Angriffskrieges) selbst schuldig geworden, wollen sich aus der neuen amerikanischen Schlinge, auch aufgrund eigener Nahostinteressen des deutschen Kapitals, soweit möglich herauswinden. Großbritannien im eigenen Land auf heftigsten Widerstand stoßender Tony Blair hingegen spielt die Rolle des Liebesschoßhunds und hat sich auf totale Komplizenschaft festgelegt.

Neue Eroberungskriege des Imperialismus oder Strafexpeditionen zur Niederwerfung künftigen sozialen Protests im größten Land der Welt werfen bereits ihre Schatten voraus. Auf dem Prager NATO-Gipfel, den eine ZDF-Reporterin wegen der Zangeneroperation gegen Rußland (angekündigte Aufnahme Bulgariens, Rumäniens und der Baltischen Republiken sowie anderer Staaten) als „historisch“ bezeichnete, gab Dabbelju Bush ohne Skrupel von sich, Washington werde Bagdad „selbst entwaffnen“, falls Saddam Hussein nicht von sich aus zu Kreuze krieche. Schon ist das Heer der „UNO-Waffeninspektoren“ zurechtgeschminkten Geheimdienstler in Irak dabei, statt nichtvorhandener Massenvernichtungsmittel die militärischen Kapazitäten und Möglichkeiten des aktuellen Lieblingsgegners der USA bis ins letzte Detail zu erkunden, um die Zielkarten ameri-

kanischer Bomberpiloten auf den letzten Stand zu bringen. Man sollte die Auftraggeber der imperialistischen Spione fragen, warum sie eigentlich nicht die Forderung erheben, sofort UNO-Waffeninspektoren nach Israel zu entsenden, um dort nach den längst im Geheimen hergestellten nuklearen Massenvernichtungsmitteln zu suchen! Doch die UNO würde einen solchen Schritt gegen die Interessen des Weltgendarmen und seines regionalen Handlungers nicht wagen, zumal die Zeiten des sowjetischen „Njet“ im Sicherheitsrat aufgrund der gewandelten Situation in der Welt der Vergangenheit angehören.

Die klugen und teuflischen Berater des in geistiger Hinsicht eher schüchternen Mr. Dabbelju, der als Sturmgeschütz der Kriegsmacher dient, wissen sehr gut, weshalb sie ihr Veto dagegen eingelegt haben, daß auch Bürger der Vereinigten Staaten vor den kürzlich geschaffenen Strafgerichtshof der Vereinten Nationen gestellt werden können. Wir sollten uns jener amerikanischen Ankläger und Richter des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals erinnern, die einst ihr eigenes Land als Antifaschisten davor warnten, jemals selbst in eine Lage zu geraten, in der auch an Politiker und Militärs der USA die Elle von damals angelegt werden müsse.

Weshalb wurde Hitlers Außenminister Joachim von Ribbentrop 1946 gehenkt? Er stand für Verbrechen gegen den Frieden vor Gericht und wurde verurteilt, weil er als oberster „Diplomat“ der deutschen Faschisten Angriffskriege aktiv mit vorbereitet hatte. Dabbelju Bush verzichtet heute auf Vorwände oder kriegsauslösende Anlässe, derer sich sogar die Hitleristen noch bedienen. Er verkündet ungehemmt den unter das Nürnberger Statut fallenden „Präventivschlag“ und sucht auf der Weltkarte ständig nach neuen Opfern, die er zu Tätern erklärt. Washington ignoriert die in jahrzehntelanger Arbeit von der UNO entwickelte Definition des Aggressors. Das sich daraus ergebene Aggressionsverbot bildet das Herzstück des heutigen Völkerrechts. Wer es in Abrede stellt und den Erstschlag propagiert, gehört geächtet und gerichtet. Nürnberg läßt grüßen.

Klaus Steiniger



INHALT

Der Instabilitätspakt	S. 2
BRD-Raketen für Sharon	S. 2
Der Apotheken-Schwindel	S. 2
Peter Hacks: Über Noll, für Noll	S. 3
KPD fördert Aktionseinheit	S. 4
16. DKP-Parteitag in Düsseldorf	S. 5
Zweite RF-Leserkonferenz mit Singeclub „Ernesto Che Guevara“	S. 6
Das „politische Halloween“ des Dr. G.	S. 7
Die PDS nach Gera	S. 8
Worte einer Delegierten	S. 8
Nachlese	S. 9
Böses Omen	S. 9
Falsche Ratgeber	S. 9
Ruges giftiges Gemüse	S. 10
Zum historischen Platz der SED	S. 11
Erfahrungen eines 1. Kreissekretärs	S. 12
War die DDR-Justiz demokratisch? (3)	S. 13
Über Antisemiten und Philosemiten	S. 14
Als Bauer in der DDR (1)	S. 15
USA-Terroristen im All	S. 16
General a. D. Streletz zur Strategie	S. 17
Jahrtausendflut im Elbtal	S. 18
Neuer RF-„Kessel“ in Freiberg	S. 19
Das Regenbogenhaus	S. 19
Eine Schweriner Debatte	S. 19
Bei der Malerin Martina Dost	S. 20
Was brachte der XVI. Parteitag der KPChinas	S. 21
Linkserfolg in Ecuador	S. 22
Tschechien und Slowakei: Kommunisten im Vormarsch	S. 22
Italien: Berlusconi kann besiegt werden	S. 23
Aus für Hue	S. 23
Milosevic in höchster Gefahr	S. 24
Vietnam: Erschüttert in Son My	S. 25
Kasachstan: Poet mit Profil	S. 26
Bubenstück gegen Sison	S. 26
Der Sultan aus der Steppe	S. 27
¡Presente!	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Termine & Anzeigen	S. 32

Von einem, der auszog, andere das Gruseln zu lehren

Der Instabilitätspakt

Lange bevor der Euro – den Namen erfand übrigens Kohls Finanzminister Theo Waigel – am 1. Januar 2002 in den Anschlußländern als allgemeines Zahlungsmittel eingeführt wurde, drängte die BRD mit ihrer stabilen D-Mark darauf, angesichts der offenkundigen Labilität anderer Währungen des Aspirantenkreises unverzichtbare und für alle Teilnehmer verbindliche Stabilitätskriterien festzulegen. Ja, es wurde sogar ein förmlicher Stabilitätspakt abgeschlossen: Mitglieder der Währungsunion, deren ausgewiesene Haushaltsdefizite 3 % überschritten, sollten durch den Rost fallen und von Brüssel mit drakonischen Strafen belegt werden. Natürlich hatten die BRD-Verhandlungsführer dabei unterentwickelte EU-Länder wie Portugal, Griechenland oder Irland im Auge. Daß ausgerechnet Deutschland das Schwarze Schaf

sein würde – damit rechnete in Bonn, wie zu jener Zeit der BRD-Hauptort hieß, buchstäblich niemand. Man war zutiefst davon überzeugt, für immer oben auf der Butter zu schwimmen und andere in die trübe Molke zu stoßen.

Doch daraus wurde nichts: Nein, keine Rezession oder Krise, ein bloßer „Kunjunkturabschwung“ drückte die Bundesrepublik fast auf das Niveau Portugals. Beide Staaten erhielten jetzt von der EU-Kommission die gefürchteten und mit Roten Karten verglichenen „Blauen Briefe“. Sie drohen demjenigen Strafen in Milliardenhöhe an, der sein Notstandskonzept zur Budgetkorrektur nicht einhält und binnen Jahresfrist aus der Tiefzone wieder verschwindet. Mit 3,8 % Minus steht der BRD-Etat in der Kreide. Und was lärmte man da einst vom angeblich maroden Schuldner DDR?

Wie aber kommt Eichel von seinem Schuldenberg wieder runter? Da man den Kapitalisten nicht an die Wäsche kann, gibt es nur einen „Königsweg“: Der Bürger wird noch mehr zur Ader gelassen und zahlt die Zeche.

Der Stabilitätspakt, auf den einst die hoch zu Roß heranpreschenden bundesdeutschen Politiker so drangen, um Schwächere aufs Kreuz legen und kirre machen zu können, schlägt jetzt auf seine Urheber zurück. Wenn aber die größte Wirtschaftsmacht des Kontinents, einer der beiden Führungsstaaten im Europa der Monopole, derart ins Schleudern gerät und selbst zum Herd inflationärer Bedrohung wird, dann steckt der Wurm in dem ganzen Unternehmen. So kann man ohne jede Übertreibung sagen, daß aus dem Stabilitätspakt ein Instabilitätspakt geworden ist. **C. A.**

Warum Schröder seine „Patriot“-Raketen an Sharon liefert

Schlupfloch

Wieder einmal möchte Schröder, daß der Wolf satt und das Schaf nicht gefressen wird. Nachdem er, wahrlich nicht aus Friedensliebe oder in längst aufgekündigter „Treue“ zu seinen Wählern, sondern aufgrund eigener strategischer Interessen Deutschlands, eine BRD-Direktbeteiligung an der Irak-Aggression des texanischen Kriegstreibers Nr. 1 abgelehnt hat, sucht er jetzt nach indirekten Formen der Unterstützung des nächsten „Wüstensturms“. Dazu hat er – außer der Zusage schwer verwehrbarer Freizügigkeit für die längst kriegsverwickelten USA-Besitzer

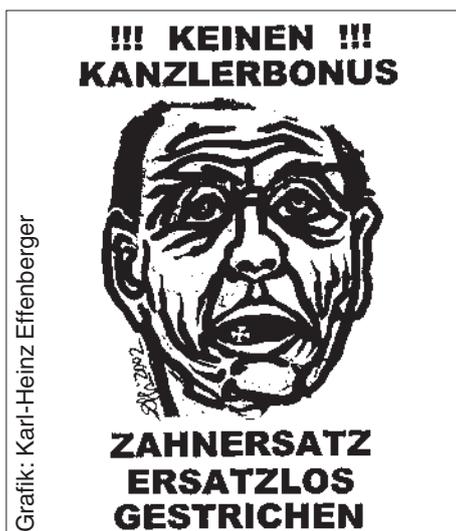
in Deutschland und deren Absicherung durch eigene Dienstleistungen – jetzt als Alibi „antirassistischer Lauterkeit“ erneut seine spezielle Liebe für den imperialistischen Vorposten Israel bekräftigt. Den schutzbedürftigen Zionisten in Tel Aviv könne man doch die so dringend erbetene „Hilfe“ nicht verwehren, wenn sie sich gegen den von Bagdad drohenden „Vernichtungsschlag“ abschirmen wollten. Was liegt da näher, als von den Amerikanern (zu solchen Zwecken?) der Bundeswehr gelieferte „Patriot“-Raketen an den Palä-

stinenserschlächter Sharon weiterzureichen.

Eine patriotische und überdies „antirassistische“ Tat? Ein übler Trick. Dieses Schlupfloch haben sich Schröder, Fischer und Struck ausgedacht, um hintenrum den Amerikanern zu beweisen, daß sie auch dieses Mal mit von der Partie sind, wenn zum großen Jagen in Nahost geblasen wird. Übrigens ein Schritt, der den jüdischen Bürgern Israels in keiner Weise dienlich ist, sondern nur dem Antisemitismus in der BRD und anderswo Auftrieb verleiht. **S. R.**

Wessen „Reform“ hat den Abstieg im Gesundheitswesen eröffnet?

„Zuzahlungen“ in Apotheken



Der schöne Herr Seehofer lehnt sich naserümpfend zurück und lächelt süffisant, wenn er die jüngste „Gesundheitsreform“ der sozialdemokratischen „Super“-Ministerin Ulla Schmidt für die Medien zu kommentieren beliebt. Ihn stört dabei nicht der Geruch neuer sozialer Härten und gravierender Abstriche für Normalverbraucher, sondern allein die Tatsache, daß manches aus dem „Paket“ der heutigen Amtsinhaberin auch die Interessen der von ihm und seiner Partei vertretenen Verbände-Lobbyisten und Pharmakonzerne tangiert.

Herr Seehofer – war das nicht der mit der ...? Genau der. Als Leute seines Schlages unter Kohl am Ruder waren, kam das Wort „Gesundheitsreform“ – Synonym für rabiaten Abbau und unablässige Einschränkung – erstmals auf die Zunge bundesdeut-

scher Politiker. Durch Seehofers „Eingriffe“ – Griffe in die Taschen der Kranken und Schwachen – wurde der vielgerühmte „Sozialstaat“ der BRD im medizinischen Bereich buchstäblich aus den Angeln gehoben: Die widerwillig bei der DDR abgeschautete kostenfreie Medikamentenversorgung gehörte plötzlich der Vergangenheit an. „Zuzahlen“, verordnete Seehofer den Patienten. Zuzahlen? Soll das ein Witz sein? Die meisten Medikamente, die da über die Tresen der Apotheken gehen, werden vom Rezeptinhaber, zumindest was den Herstellungspreis betrifft, voll bezahlt und in vielen Fällen sogar überbezahlt. Eine perfide Sondersteuer läßt die Kunden des Gesundheitsbusiness meist den ganzen Schwindel aus eigener Tasche berappen. Man sollte sich den Namen des Übeltäters merken: Seehofer (CSU) war der Erfinder des großen Taschenraubs, und die Rot-Grünen haben ihn nur – leicht gemildert und „sozialverträglicher“ – fortgesetzt.

E. R. J.

Peter Hacks

Über Noll, für Noll

Diesen Fest-Beitrag verfaßte Peter Hacks für den „RotFuchs“ zum 75. Geburtstag von Dieter Noll (siehe auch Seite 28).

Mit zwei Chefs d'œuvre hat sich Dieter Noll in den Kanon der Nationalliteratur der DDR eingetragen, den Romanen „Die Abenteuer des Werner Holt“ und „Kippenberg“. Der „Holt“ war Nolls größter und bequemster Sieg. Er wollte das schreiben, und die Leute wollten das lesen.

Noll war im letzten Kriegswinter sechzehn oder siebzehn Jahre alt. Die „Abenteuer des Werner Holt“ sind die Fronterlebnisse eines Sechzehn- oder Siebzehnjährigen. Die Deutschen liebten die Geschichte des kleinen Nazisoldaten, der zu minderjährig ist, um für Schuld im Ernst in Frage zu kommen. Sie entliehen dem juvenilen Täter seinen Hauch von Unschuld, und sie profitierten ein wenig von seinem poetischen Freispruch. Kaum je hat sich ein Volk in einen Bestseller so hineingeschmissen.

Es ist klar, daß der Autor die Publikums-gunst für seinen Erstling genoß. Wahrscheinlich ist, daß er sie irgendwann zu genießen aufhörte. Seit dem Erscheinen des „Holt“ kann Noll von den Einkünften aus ihm leben, aber daraus, daß er von dem Buch bis heute lebt, folgt ja nicht, daß er es bis heute liebt.

„Es gibt da unter Ihren Schriften eine, Herr Goethe“, sagte Napoleon am 2. Oktober 1808, „die ich, so viel will ich Ihnen verraten, bereits sieben Mal gelesen habe und mit Gewinn immer wieder lesen werde.“ – „Ihre Majestät haben die Güte, mich zu hoch zu ehren“, sagte Goethe. „Der Titel des besagten Werkes“, fuhr Napoleon fort, „lautet: ‚Die Leiden des jungen Werthers‘.“ – „Nicht das!“ beschwor ihn Goethe mit gepeinigter Stimme, „Ich flehe Ihre Majestät an, nicht schon wieder, nicht schon wieder das!“

Tatsächlich war der „Werther“ volle 35 Jahre vor diesem Gespräch, das ich so ziemlich Talleyrands „Erinnerungen“ entnehme, erschienen. Goethe hatte in dem dritten Jahrhundert seine Pflicht nicht vernachlässigt. Er hatte ganz ausnehmende Romane, Dramen und Epen in die Welt gesetzt; im Augenblick bereitete er die „Wahlverwandtschaften“ vor, die einem gutgearbeiteten Stück Prosa bereits sehr nahekommen würden. Nicht jeder, will ich andeuten, wird sich glücklich schätzen, dem in seinen Kinderjahren ein „Werther“ zustößt und lebenslang anhaftet, und ich tue hier nach wohl besser, nicht allzu stark zu betonen, daß jeder, aber wirklich jeder DDR-Mensch den „Holt“ gelesen hat.

Der Held im „Kippenberg“ ist ein Professor, kein Schüler wie Holt. Die Romane haben den Verfasser und außer dem so gut wie nichts gemeinsam.

Die Kippenberghandlung ist eine ästhetische Leistung, keine biographische Erfahrung, Der Autor hat sie hergestellt, nicht sich von der Seele geschaufelt. Das Muster des sozialistischen Gesellschaftsromans ist deutlich angegangen. Der Stoff greift in die Mitte der Gesellschaft: nicht „in die Produktion“ nämlich, sondern in die Produktivitätsfrage. Es ist die Geschichte eines Gelehrten, welcher die Theorie und Praxis seiner Wissenschaft mit dem in der Politik erreichten Bewußtseinsstand der DDR in Übereinstimmung zu bringen trachtet.

Das war alles nicht leicht zu machen und wurde dadurch erschwert, daß die Klassenlage der 60er, worin der Plan zum „Kippenberg“ entstand, dem Verfasser in den 70ern, vom VIII. Parteitag, unter dem Hintern weggezogen worden war. – Sie erkennen sicher, daß, wenn der „Holt“ Nolls „Werther“ war, der „Kippenberg“ sein „Faust“ wurde. Auch der „Faust“ erhält seinen Reichtum und seine Schwierigkeit daher, daß sich nicht feststellen läßt, in welcher Epoche er spielt.

Vom „Werther“-Typ sind die Bücher, die sich gleichsam von selber schreiben. Vom „Faust“-Typ sind diejenigen, die sich beim besten Willen nicht schreiben lassen. Ich will den anspruchsvollen Vergleich nicht ins Müßige hineindehnen. „Holt“ ist von Dieter Nolls Hauptwerken das erfolgreichere, „Kippenberg“ das besser geschriebene und das wichtigere. Wenigstens in dem Punkt sind Kunstwerke barmherzig, daß sie uns nicht zwingen, uns zwischen ihnen zu entscheiden.

Nolls Werdegang ist so nach der Regel, daß er fast nur in der DDR möglich war. Der Abiturient studierte die Germanistik und andere Kunstwissenschaften, anschließend ging er ins Verlagswesen. Sein erstes Buch, der „Holt“, erschien in seinem ersten Verlag. So normal, so berufsmäßig läuft das hier ab.

Und doch ist Noll kein Schriftsteller nach der Regel.

Er ist in erstaunlichem Maße das Gegenteil eines Schöngeists. Mit musischen Sachen befaßt er sich ohne Not kaum. Seine Aufmerksamkeit gehört Gegenständen wie dem Krieg gegen Nazideutschland und den Naturwissenschaften. Wenn ich eine Auskunft über einen Sowjetmarschall oder über organische Chemie benötige, wende ich mich an Noll. Unter den Fächern der Gelehrsamkeit verehrt er die Systematik. Darauf muß einer erst einmal kommen. Viele von den Jahren, während deren ich ihn kenne, widmete er dem Handwerk des Edelsteinschleifens, und seine Werkstatt ähnelte der, die die encyclopédie abbildet.

Noll dichtet besonders ungerne, selbst für einen Berufsschriftsteller. Er haßte es, den „Kippenberg“ zu schreiben, aber ich glaube, er schrieb nicht einmal den „Holt“ gern. Er gebiert Text so widerstrebend und unter solchen Erschütterungen wie der Berg Ätna seine Lava. Zwischen seinen Arbeiten klaffen oft große Abstände. Keinerlei Schaffensdrang hindert ihn, die Feder beiseite zu legen. Dieter Noll, da müssen wir uns um ihn nicht sorgen, kann die Literatur mühelos lassen. Wenn er jetzt 75 wird, aber Dinge der Art fechten ihn wenig an.

Die vornehmsten Leidenschaften seines Lebens, will mir scheinen, waren das Segeln und der Kommunismus. Als 1989 die Akademie der Künste der DDR sich versammelte, um der Konterrevolution beizutreten, ging Noll zu meiner Überraschung hin, und sein Hingehen bewirkte, daß der Eintritt der Akademie in die Konterrevolution mit einer, Nolls, Gegenstimme beschlossen worden ist.

Wenn alle untreu werden, Noll nicht.

GEBRECHLICHER VIELVÖLKERSTAAT

Gebrechlicher Vielvölkerstaat,
Deutschland, wie soll das enden?
Zwei Welten, die in Rat und Tat
Sich nimmermehr verständigen,

Gepreßt in eine Zwangsunion
Von Rußlands dummem Bären,
Die Ostnation, die Westnation,
Wie wenn sie eine wären.

Die Ostnation, die Westnation
Ersticken in einem Reiche.
Man spricht die gleiche Sprache schon,
Doch denkt man nicht das gleiche.

Es überbrückt solch tiefen Riß
Kein Leimen und kein Kleben,
Nur Wut erwächst und Bitternis
Aus dem Zusammenleben.

Entlasse, Deutschland, so mein Schluß,
Die trüben Existenzen
Vom Rheinstrom und vorn Isarfluß
Aus deinen engen Grenzen.

O laß sie atmen, laß sie gehn.
Wir wollen ihnen gönnen,
Daß wir, wenn wir sie nicht mehr sehn,
Sie wieder mögen können.

Die Selbstbestimmung war ein Ziel,
Ein schwer errungenes.
Zwei heile Länder sind besser
Als ein gesprungenes.

Peter Hacks

Die KPD lud zu einem Treffen nach Strausberg

Aktionseinheit im Mittelpunkt

Für den 30. November hatte das Zentralkomitee der KPD zu einem Treffen in den Strausberger „Klub am See“ eingeladen, um das Zusammenwirken von Mitgliedern linker Parteien und Organisationen, Verbände und Vereine zu befördern. Die Veranstaltung zeigte: Ein solches Anliegen entspricht nicht nur dem Wunsch der Genossen der KPD, sondern auch den Vorstellungen aller übrigen Teilnehmer, unter denen sich auch Mitglieder des „RotFuchs“-Fördervereins e. V. befanden.

KPD-Vorsitzender Werner Schleese ging in seinem einleitenden Referat von der Feststellung aus, daß derzeit keine Organisation oder Zeitung allein in der Lage sei, die notwendige Kooperation der linken Kräfte im Kampf gegen Neofaschismus und Sozialabbau, für Frieden und Sicherheit zustande zu bringen. Unsere Zersplitterung sei den Herrschenden sehr willkommen, und die Medienkonzerne könnten hemmungslos Alte gegen Junge, Arbeitslose gegen Berufstätige, Deutsche gegen Ausländer ausspielen. Die Aktionseinheit müsse mit der Suche nach den Gemeinsamkeiten der verschiedenen Kräfte beginnen – dabei werde niemand etwas verlieren. Er halte zwar die Schaffung eines alle umfassenden Gremiums für die Aktionseinheit noch nicht für möglich, appelliere jedoch an die Anwesenden, sich in ihrem politischen Wirkungsfeld dafür einzusetzen.

Ausnahmslos alle 14 Diskussionsredner unterstützten das Anliegen der Konferenz und erweiterten es zum Teil mit interessanten Vorschlägen. Der durch seinen mutigen Widerstand bekannt gewordene Wehr- und Zivildienstverweigerer Ringo Ehler, der im blauen Hemd der FDJ an das Rednerpult trat, warb für das gemeinsame Auftreten linker Organisationen bei der Demonstration zu den Gräbern von Karl und Rosa am 12. Januar. Brigitte Queck, Vorsitzende des Vereins „Mütter gegen den Krieg“, rief zur Unterstützung von Antikriegsaktionen auf, um noch mehr öffentliche Wirksamkeit zu erzielen. Jörg Lorenz berichtete von den Reinigungsarbeiten am Berliner Ernst-Thälmann-Denkmal, bei denen sich immer „ein Stück Aktionseinheit“ realisiere. Aus Dresden kommend, zeichnete Lothar Neumann ein lebendiges Bild von der Tätigkeit des „Revolutionären Freundschaftsbundes“ e. V., der sich stets an den Koordinierungstreffen mit Friedensorganisationen beteilige; in wenigen Tagen solle eine erste gemeinsame Mitgliederversammlung mit DKP, KPD und KPF der PDS stattfinden. Reges Interesse riefen auch die Ausführungen eines Genossen der Türkischen KP sowie der Vertreter aus Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg hervor. Ein Höhepunkt der Diskussion war zweifellos der Beitrag einer jungen Kubanerin, die u. a. auf die unvergeßlichen Traditionen revolutionärer Solidarität zwischen der DDR und ihrem Land verwies.

Als offizieller Vertreter des „RotFuchs“-Fördervereins e. V. warb dessen Sekretär Frank Mühlefeldt aus gegebenem Anlaß um mehr Toleranz zwischen Vertretern marxistischer Kräfte. „Um auf eine Frage Werner Schleeses einzugehen: Wir stimmen sowohl in der klassenmäßigen Einschätzung der in Deutschland agierenden Kräfte als auch in der Verteidigung des revolutionären Erbes der DDR weitgehend überein. Und das ist doch schon eine ganze Menge“, sagte er und erneuerte die Einladung auch an die KPD, sich an der Tätigkeit des Vereins zu beteiligen. Seinem Vorstand sollten Genossen der DKP, der KPD, der PDS sowie parteilose Kommunisten/ Sozialisten gleichberechtigt angehören. Das werde z. B. in der Regionalgruppe Freiberg bereits so gehandhabt. Die KPD sei zur Mitarbeit auf allen Ebenen herzlich eingeladen. Die RF-Leserkonferenz am 8. Februar 2003, bei der alle Anwesenden willkommen seien, biete eine weitere Gelegenheit, über „die sich schnelllebig verändernde Lage zu reden und eine unseren Möglichkeiten entsprechende Reaktion abzustimmen“.

Als Gründungsmitglied des RF-Fördervereins unterbreitete Prof. Dr. Hans Fischer den Vorschlag, am 12. Januar 2003 ein Treffen der Chefredakteure marxistisch orientierter Zeitungen und Zeitschriften zu veranstalten. Er nannte einen ganzen Kata-

log von Problemen, über die man sich zwischen „junge Welt“, UZ, „RotFuchs“, „Die Rote Fahne“, „offensiv“ und anderen Publikationen verständigen könnte. Wünschenswert sei es, sich auf die periodische Wiederholung solcher Treffen zu einigen. Später griff der Berliner KPD-Vorsitzende diesen Gedanken auf.

Als Mitglied des RF-Fördervereins („Wenn ich 60 Jahre jünger wäre, würde ich in die FDJ eintreten“) machte Prof. Kurt Tiedtke in dem wohl eindrucksvollsten Beitrag des Tages darauf aufmerksam, daß die internationale Lage gefährlicher sei, als uns das bewußt werde. Das deutsche Monopolkapital verhalte sich in der gegenwärtigen Krise gegenüber dem von Bush vorbereiteten Irak-Krieg zögerlich, weil es noch zu schwach sei und erst weiteres Potential sammeln müsse, z. B. durch die Osterweiterung. Unbedingt aber wolle es bei der Neuverteilung der Welt dabei sein. Die harte Kritik der USA an der Euro-Einführung und an der EU-Eingreiftruppe offenbare z. B. die tiefen Widersprüche zwischen den führenden imperialistischen Mächten. Die Verdeutlichung dieser Zusammenhänge sei unerlässlich, um uns der Aktionseinheit näher zu bringen.

Alles in allem: Eine gelungene Veranstaltung, der man Wirkung wünscht. Denn nun beginnen die „Mühen der Ebene“.

Frank Mühlefeldt

SPD-Geld für »Haar-Streit«

Berlin. Die SPD hat im »Haar-Streit« zwischen Gerhard Schröder und »Neuer Revue« den Prozesskostenanteil des Kanzlers aus der Parteikasse beglichen. Eine Vorstandssprecherin bestätigte dies: »Wenn sich der Parteivorsitzende gegen diffamierende und ehrabschneidende Äußerungen zu Wehr setzen muss, ist es eine Selbstverständlichkeit, wenn der SPD-Vorstand die daraus resultierenden Kosten trägt«.

„Neues Deutschland“, 28. November 2002

Der Haar-Streit

Im Frühjahr dieses Jahres ließ Gerhard Schröder gerichtlich klären, welche Haarfarbe er hat. Dazu ist mir folgendes Gedicht eingefallen:

Des Kanzlers Haare und des Teufels Bart bewegen die Gemüter stark.

Ob grau, ob schwarz, es ist so wichtig, man könnte glauben, einer tickt . . .

Das schwarze Haar ist eine Tugend aus des Kanzlers ew'ger Jugend.

Lothar Rennert

Zu Verlauf und Ergebnissen des 16. DKP-Parteitags

Noch nicht gesamtdeutsch

Die DKP betrat 12 Jahre nach dem 1956 widerrechtlich erfolgten Verbot der KPD durch das Bundesverfassungsgericht als legale kommunistische Partei der BRD die politische Bühne. Sie hat seitdem trotz aller Rückschläge und Konflikte, denen sie ausgesetzt war, Wichtiges geleistet und große Zeiten, aber auch die gemeinsame Niederlage aller deutschen Kommunisten von 1989/90 erlebt. An ihrer Spitze standen im Laufe der Jahre so verdienstvolle Arbeiterführer wie der Ehrenvorsitzende Max Reimann, wie Kurt Bachmann und Herbert Mies.

Die Konterrevolution in Deutschland, die zur Zerstörung der DDR führte, warf auch die DKP weit zurück. Sie wurde – schon vorher durch Einwirkungen des Gorbatschowismus und dessen Wiederhall bei Teilen der Parteiführung und –mitgliedschaft erheblich geschwächt – zahlenmäßig dezimiert und verlor neben ihrer materiellen Basis (Apparat, Tageszeitung, Verlage, Druckereien, Gebäude usw.) fast ihr gesamtes theoretisches Potential (Frankfurter Institut u. a.). Das erklärt manche heutigen Defizite aber nur zum Teil. Sie hängen nicht zuletzt auch mit seit Jahren zu beobachtenden subjektiven Führungsschwächen zusammen. Die Tatsache, daß die DKP seit 1978 – außer den bemerkenswerten Thesen zur Programmatischen Orientierung vom Januar 1993 – kein aktualisiertes Parteiprogramm zustande brachte, ist deren Ausdruck.

Im Vorfeld des am 30. 11. und 1. 12. 02 durchgeführten 16. Parteitags war eine programmatische Diskussion geführt worden, zu der zwei Dokumente vorlagen – der „Erste Entwurf...“ des PV (Stehr/Hager) und der „Verbesserungsvorschlag“ von Holz/Köbele. Von dessen Verfassern ist – auch auf dem Parteitag – immer wieder hervorgehoben worden, daß es ihnen bei aller prinzipiellen Auseinandersetzung um die Bewahrung der Einheit der Partei geht.

Während der „Verbesserungsvorschlag“ eine präzise Imperialismus-Analyse sowie die differenzierte Bewertung des Sozialismus, der Sowjetunion und der DDR enthält, ist der „Erste Entwurf...“ selbst im Urteil seiner Verfasser mit erheblichen Mängeln behaftet. So mußte die ursprüngliche Absicht, ihn zur einzigen Arbeitsgrundlage zu erklären, aufgegeben werden. Auch Bestrebungen der Parteispitze, selbst eine kurze inhaltliche Debatte auf dem Kongreß zu verhindern, wurden von der Mehrheit der Delegierten abgelehnt. Fast alle hierzu sprechenden Redner stellten den „Verbesserungsvorschlag“ in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen. Mit viel Sympathie und Applaus wurden u. a. die Diskussionsbeiträge des Philosophen Hans Heinz Holz und der Bezirksvorsitzenden Patrik Köbele (NRW) und Hans-Günter Szalkiewicz (Berlin) aufgenommen.

Zuvor hatte der bei 25 Gegenstimmen wiedergewählte Parteivorsitzende Heinz

Stehr (auch seine bisherigen Stellvertreter Nina Hager und Rolf Priemer waren bei 35 bzw. 2 Gegenstimmen bestätigt worden) in seinem Bericht eine gedrängte Darstellung der nationalen und internationalen Situation sowie der Aufgaben der Partei gegeben. Er hob besonders auch die beispielhafte und unverzichtbare Kuba-Solidarität der DKP hervor. In der anschließenden Diskussion kamen Delegierte aus verschiedenen Bereichen und Regionen zu Wort. Als gegen Ende des Kongresses die inhaltlich und politisch dürftige „Handlungsorientierung „2003/2004 – das Hauptdokument – nach heftiger Debatte der Ablehnung verfiel und zur Überarbeitung an den PV zurückverwiesen wurde, war es klar: Dieser Parteitag stand in mancher Hinsicht unter einem günstigeren Stern als seine Vorgänger. Zu seinen Beschlüssen gehört eine von Brandenburg vorgeschlagene Resolution mit der Forderung nach sofortiger Beendigung der politischen Strafverfolgung von DDR-Bürgern.

Das höchste Gremium der DKP war nach Düsseldorf einberufen worden. Abermals verzichtete man darauf, in einem der Zentren Ostdeutschlands bzw. in der Metropole Berlin zusammenzukommen. Die DKP

Ein bulgarischer Arzt

Als der „RotFuchs“ im Herbst ein zweites Mal im ND inserierte, meldeten sich wiederum über 150 Interessenten bei uns. Unter ihnen befand sich auch der bulgarische Arzt Dr. Ratscho Ratschew. Er wohne im thüringischen Schmölln, ließ er wissen. Als Kommunist und ehemaliger Oberst im Medizinischen Dienst der bulgarischen Volksarmee wolle er den „RotFuchs“ lesen. Wir schickten ihm einige Exemplare. Seine Reaktion überwältigte uns: Er überwies sofort 700 Euro und übernahm damit die Gesamtkosten der Annonce. Den Winter über lebt Ratscho in seiner Heimatstadt Warna. Dorthin gehen unser tiefer Dank und ein solidarischer Gruß!

R. F.

ist übrigens die einzige erwähnenswerte deutsche Partei, deren Hauptquartier noch immer nicht dorthin verlegt wurde. Die Tatsache, daß die Partei – sie ist mit ihren 4 700 Mitgliedern die größte unter den derzeit ausnahmslos sehr kleinen kommunistischen Organisationen in Deutschland – bis heute auf früherem DDR-Gebiet nur wenig Fuß fassen konnte, erklärt u. a. ihren insgesamt begrenzten Einfluß. Obwohl es in dem 40 Jahre sozialistisch gewesenen Landesteil heute vielleicht das größte Potential nichtparteigebundener Sozialisten und Kommunisten Europas gibt – zu ihnen müssen noch die ansprechbaren Genossinnen und Genossen hinzugerechnet werden, die sich von der PDS enttäuscht ab-

gewendet haben und nach einer neuen politischen Heimat suchen –, besitzt die DKP dort nur einige hundert Mitstreiter.

Warum ist das so? Die DKP, in der zwischen Hamburg und München Tausende mutige und erfahrene Klassenkämpfer organisiert sind, ist immer noch keine gesamtdeutsche Partei, sondern eine „Westpartei“, was eine Feststellung und keine negative Aussage über die Genossen in der Alt-BRD sein soll. Auch ihre wenig Fluidum verströmende Zeitung – die UZ – besitzt eher „West-Appeal“. Als auf der zweiten Beratung ostdeutscher DKP-Mitglieder 1996 das Verlangen artikuliert wurde, die Partei solle sich – bei eindeutigem Bekenntnis zur DDR als der historisch größten Errungenschaft der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung – für den Zusammenfluß zweier unterschiedlicher Erfahrungsströme (Sozialismus/Kapitalismus) und für eine daraus resultierende „neue Legierung deutscher Kommunisten“ entscheiden, blockte man in Essen ab. Als später die DKP-Gruppe Berlin-Nordost, aus der der „RotFuchs“ hervorging, ihre bekannten „11 Forderungen für Ostdeutschland“ unterbreitete, wies der PV diesen „spalterischen“ Vorstoß sogar durch Beschluß zurück. Jetzt aber wurde vom Parteitag ein „Ost-Papier“ beschlossen, das so manches stillschweigend übernimmt. Kontraproduktiv wirkten sich bestimmte Züge der Personalpolitik der Parteizentrale aus. Ist es etwa ein Zufall, daß auf der jüngsten PV-Tagung fast alle Bewerber, die aus dem Osten kamen, von der Kandidatenliste für den neuen PV gestrichen wurden? Wenn er in eine dortige DKP-Gruppe gehe, habe er stets das Gefühl, „in einer ganz anderen Partei zu sein“, hatte Heinz Stehr vor der geheimen Abstimmung wissen lassen. Auch auf dem Parteitag selbst wurde das Ungleichgewicht zum Nachteil der Genossen aus dem Osten, gegen das sich auch etliche Delegierte aus dem Westen wandten, nicht behoben. Ein Antrag, die Zahl der PV-Mitglieder um drei Vertreter aus der früheren DDR zu erweitern, unterlag nur knapp, nachdem sich Heinz Stehr und andere Redner des PV dagegen ausgesprochen hatten. Brigitte Müller (langjähriges PV-Mitglied und Landesvorsitzende in Brandenburg), Karl-Heinz Reinhardt (Leipzig), Iris Rudolph (Berlin-Nordost) und Jürgen Ebenhöf (Neubrandenburg) wurden nicht gewählt. In diesem Sinne klappte die Regie. Im übrigen setzten sich Delegierte aus Ost und West – darunter solche, die hohes Ansehen in der Partei genießen – engagiert für das Zusammenwirken deutscher Kommunisten aus allen Bezirken der BRD ein. In Düsseldorf haben sich jene vielen Genossinnen und Genossen, die marxistisch-leninistische Standpunkte vertreten, unüberhörbar zu Wort gemeldet. Sie waren der Auffassung, eine Festigung der DKP könne nur auf soliden programmatischen Fundamenten erfolgen. **Konrad Strehl**

Am 8. Februar bei der „RotFuchs“-Leserkonferenz mit dabei:

Der Singeclub „Ernesto Che Guevara“

Richard Neubert – der Name einer Dresdner Schule, der wie viele andere der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zum Opfer gefallen ist, einer Schule, die in diesem Jahr ihr 100jähriges Jubiläum feierte und ihr bestes und anhänglichstes Kind vergaß. 17 Jahre war dieses Kind in der Schule zu Hause, baute sich in 8 000 Arbeitsstunden auf dem Schulboden einen eigenen Club aus, spendete jedes Jahr für mehrere hundert Mark Grünpflanzen für die Räume der Schule und half auch sonst, wenn Hausmeister oder Heizer helfende Hände brauchten. Dieses Kind, der Singeclub der 63. Oberschule Richard Neubert Dresden, wurde am 27. Oktober 1974 geboren.

Geburtshelfer waren der ehemalige Pionierleiter der Schule und drei Jugendliche, von denen einer, der seit nunmehr 28 Jahren dieses Ensemble leitet, mit einschlägigen Erfahrungen von den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten 1973 in Berlin nach Dresden zurückkehrte. Dieser Club, der wie 2 500 andere der FDJ-Singebewegung erst das Laufen lernen mußte, die Hürden beim Beschaffen von Instrumenten, bei der Auswahl der Mitglieder und vor allem bei der Auswahl der Lieder zu bewältigen versuchte, unterschied sich von anderen Singeclubs trotzdem ganz wesentlich. Von Anfang an standen nicht eigene Texte im Mittelpunkt, sondern ganz bewußt wurde vorhandenes Liedgut gesucht, gesichtet, bearbeitet und in die Breite getragen. Mit seinem Publikum singen – ein Credo des Clubs bis heute. Der zweite wesentliche Unterschied zu vielen anderen Gruppen des politischen Liedes bestand darin, anderen bei ihrer kulturellen Freizeitarbeit zu helfen. Die Gruppe wurde Leitsingeclub des Singezentrums Dresden Ost und arbeitete zeitweise mit bis zu 36 weiteren Singegruppen zusammen. Mög-



lichkeiten, von denen man heute nur träumen kann. 1978 bekam der Singeclub von der Kubanischen Botschaft in der DDR den Namen „Ernesto Che Guevara“ verliehen. Immer wieder gab es auch kritische Stimmen u. a. zur Programmgestaltung des Clubs – aber die „Kritiker“ sind verschwunden, den Singeclub gibt es noch heute. Neben den unzähligen Veranstaltungen mit Jugendlichen in unserem Land zeugen auch die internationalen Konzerte unseres Clubs von der anhaltenden Aktualität und Beliebtheit unserer Programme.

Der Urknall – 1989 – ... und keinem sollte es schlechter gehen. Was wir sehr schnell am eigenen Leib zu spüren bekamen. Nach 17 Jahren nahm sich die 63. Oberschule die Freiheit, ihren Singeclub einfach auf die Straße zu setzen, nahm sich die FDJ die Freiheit, den Ersatzprobenraum in der ehemaligen Stadtleitung der FDJ zu kündigen, und nahmen wir uns die Freiheit, im Wohnzimmer unseres Clubleiters weiterzuprobieren. Von den ehemals 80 Mitgliedern des Clubs (mit Nachwuchsgruppen) und von den ca. 150 Auftritten pro Jahr waren wir weit entfernt. Und auf die gutgemeinten Ratschläge diverser „Freunde“, doch besser unseren Namen abzulegen, nahmen wir uns die Freiheit, zu sagen: Nun erst recht! Die Geschichte des Clubs hat außerdem gezeigt, daß sich hohe künstlerische Qualität nicht durch falsch verstandene „Demokratisierung“, sondern nur durch eine straffe Leitung und Organisation erreichen läßt.

Es dauerte immerhin noch 9 Jahre, bis linke Organisationen in den alten Bundes-

ländern merkten, daß es da noch ein Ensemble des politischen Liedes im Osten gibt. Der inzwischen eingetragene Verein gastierte unter anderem mit großem Erfolg 1999 beim Pressefest der UZ in Dortmund, anlässlich der Liebknecht-Luxemburg-Ehrung 2001 in Berlin und im Jahr 2002, organisiert durch die Genossen der DKP aus Freiburg im Breisgau, in Basel und in Freiburg.

Zwischenzeitlich gelang es uns, einen neuen Probenraum im Jugendhaus „East End“ anzumieten. Kein Idealzustand, aber das Einzige, was die gestreßten Portemonnaies der Clubmitglieder hergeben können. Der alte VW-Bus, den wir schon liebevoll „unseren Kleinen“ nennen, steht seit sieben Monaten und wartet darauf, daß der defekte Motor und das Getriebe überholt werden können. Vielleicht finden sich unter den „RotFüchsen“ großzügige Freunde, die mithelfen, „unserem Kleinen“ wieder auf die Sprünge zu helfen ...

Weit davon entfernt aufzugeben, wächst die Mitgliederzahl des Clubs wieder, und die erste Sohn- und Tochtergeneration der Gründungsmitglieder verstärkt inzwischen unsere Reihen. Das Repertoire des Clubs umfaßt neben den traditionellen Liedern der Singebewegung auch zeitaktuelles politisches Lied, immer noch steht das Miteinander-Singen im Vordergrund der Arbeit.

Wir freuen uns auf den 8. Februar und verbleiben mit solidarischen Grüßen

Eure Ches

Wolfgang Klötzer (Clubleiter) und Steve Kühne (Vorstandsvorsitzender)

Genossinnen und Genossen, auf nach Berlin!

Wir laden alle „RotFuchs“-Freunde aus Ost und West, Nord und Süd zur

2. Zentralen Leserkonferenz des RF am 8. Februar 2003 nach Berlin-Mitte

(in den Saal 2 des Hauses am Köllnischen Park, ehemalige Parteihochschule), Rungestraße, Nähe Bärenzwinger, herzlich ein.

Die Beratung beginnt um 10.00 Uhr und wird gegen 17.00 Uhr abgeschlossen. **Von 13.30 Uhr bis 14.30 Uhr findet das Konzert des Dresdener Singeclubs „Ernesto Che Guevara“ statt.**

Ein Mittagessen kann gegen Bezahlung im Restaurant des Hauses eingenommen werden.

Verkehrsverbindung: S-Bahnhof Jannowitzbrücke, U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße, kaum Parkmöglichkeiten. ■

Anmerkungen zum ND-Interview eines von Gera Entsetzten

Das „politische Halloween“ des Dr. G.

Nun geht es also wieder um – das „Gespenst des Kommunismus“. Zwar noch nicht, wie im Kommunistischen Manifest verspottet, in ganz Europa, immerhin aber schon in einer Partei: der PDS. Jedenfalls warnte in einem ND-Interview am 2./3. November Gregor Gysi: Auf dem Geraer Parteitag habe dieses Gespenst sein Unwesen getrieben, indem die Mehrheit der Delegierten einem „neuen Hang zu staatssozialistischen Ideen“ frönte. Zudem habe sich die – allen grob wie fein gesponnenen Intrigen zum Trotz wiedergewählte – Parteichefin Zimmer zu dem schockierenden Satz „Kein Friede mit dieser Gesellschaft!“ hinreißen lassen.

Um solchem „kommunistischen Spuk“ zu begegnen, greift Gysi zu der alten Faustregel, daß sich der Teufel am besten mit dem Belzebub austreiben lasse. Zeitgemäß veranstaltet er so etwas wie ein „politisches Halloween“ und malt seinerseits ein Gespenst an die Wand – das Gespenst der „Isolation“: Der Partei gehe jegliche Einflußmöglichkeit auf die Gesellschaft verloren, falls sie ihr sozialistisches Profil auf eine Weise zu stärken versuche, wie sich das in Gera andeutete.

Gegen solche Isolation gibt es für Gysi und seinen „Reformer“ genannten Anhang nur ein probates Mittel: weiterhin ihren Kurs des „Ankommens“ in dieser Gesellschaft, des Verzichts auf Systemopposition, des Strebens nach Machtteilhabe und der Totaldistanzierung von der DDR zu verfolgen. Dies ungeachtet der Tatsache, daß eben diesem Konzept bei der Bundestagswahl von den potentiellen Wählern der PDS eine Absage erteilt wurde, wie sie deutlicher kaum hätte ausfallen können. Eben weil die PDS durch die Politik ihrer reformistischen Parteispitze das Bild einer systemkonformen Allerweltpartei bot und den Ruf verlor, echte Alternative zu sein, büßte sie derart an Vertrauen ein.

Da wirkt es, mit Verlaub, einigermaßen grotesk, wenn sich ausgerechnet der spiritus rector eines Konzepts mit solch „isolationistischer“ Wirkung als Warner vor drohender Isolierung aufspielt. Abgesehen davon, daß in Gera keineswegs das erfolgte, was man eine Richtungsentscheidung nennen könnte, schreckte dieser Parteitag dennoch Gysi und die Seinen auf. Denn dort gab es – obwohl nur zaghaft – so etwas wie ein Rückbesinnen darauf, daß eine Partei jeweils als politische Interessenvertreterin eines bestimmten Bevölkerungsteils wirkt und sich dazu auf eine ihr gemäße soziale Basis stützen muß. Die Basis einer sozialistischen Partei aber sind nun einmal die Lohnabhängigen und Ausgegrenzten, die Benachteiligten und Ausgebeuteten, jene Volksmehrheit also, die als Nichtbesitzer von Produktionsmitteln vom Verkauf der Ware Arbeitskraft zu leben gezwungen ist – so sich denn überhaupt ein Käufer findet.

Diese Binsenweisheit war vor geraumer Zeit auch Dr. Gysi geläufig. Am 13. Dezember 1989 verkündete er jedenfalls noch per ND-Schlagzeile, die PDS wolle „politische Heimat aller Werktätigen“ sein. Inzwischen ist nicht nur der Begriff „Werktätige“ aus seinem Vokabular verschwunden. Die Sorgen, die Dr. Gysi nunmehr drücken, gelten einer ganz anderen Spezies. In besagtem Interview eifert er gegen Dr. Diether Dehm, der zur Heilung dieser Gesellschaft von ihrem Grundleiden einen fundamentalen Wandel der Eigentumsverhältnisse für unumgänglich hält. Die „Schnitte ins Unternehmerrager“, um die es Parteilinken wie Dehm geht, betreffen die Kapitaleigner der Großkonzerne und Finanzmagnaten, die Vertreter der „Kapitaldominanz“ (die ja angeblich sogar die Reformer „brechen“ wollen). Es geht also um das Kernproblem des Übergangs zu einer Gesellschaft, die dem Namen Sozialismus entspräche. Um es in Erinnerung zu rufen: Im Kommunistischen Manifest wird von den Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus klipp und klar gesagt, daß „die Eigentumsfrage ... die Grundfrage der Bewegung“ darstelle. „In diesem Sinne können die Kommunisten ihre Theorie in dem einen Ausdruck Aufhebung des Privateigentums zusammenfassen.“ Sozialismus wird zur leeren Worthülse, wenn man sich von diesem Grundsatz lossagt, wie Gysi und die „Reformer“ es tun.

Was aber setzen sie an dessen Stelle? Statt „Eigentümerwechsel“ sollen „erweiterte Einflußmöglichkeiten der Gesellschaft“ angestrebt werden. Was diese Formulierung meint, wird im Interview nebulös angedeutet: Die PDS vor allem als Opposition zu sehen, sei „keine hinreichende Antwort“. Gysi macht deutlich, daß es vielmehr um Regierungsbeteiligungen gehen müsse, wobei die SPD nicht als Gegner, sondern als Koalitionspartner zu gelten habe.

Das „Sozialismus-Modell“ der (wie sie sich selbst verstehen!) weltanschauungsfreien

Pragmatiker erschöpft sich darin, auf dem Weg von Reformen „mehr soziale Gerechtigkeit“ durchzusetzen und so den Kapitalismus „menschlicher, sozialverträglich“ zu machen. Was so in modischer Kostümierung daher kommt, ist jedoch durchaus nicht neu. Es entspricht in seinem Kern genau jenem System, das bereits vor gut 154 Jahren hierzulande „Ökonomen, Philanthropen, Humanitäre, Verbesserer der Lage der arbeitenden Klassen, ... Winkelreformer der buntscheckigsten Art“ als Patentlösung anboten: „Den sozialen Mißständen abzuweichen, um den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft zu sichern.“ Marx und Engels bezeichneten das als „konservative oder Bourgeoisozialismus“. (MEW 4/484 f.)

Als systemstabilisierende Dienstleistungspartei hat sich die SPD vor und nach dem 22. September neuerlich bewährt. Inzwischen wird sie wegen permanenten Bruchs ihrer Wahlversprechen mit katastrophalen Umfragewerten bedacht. Angesichts dieses Dilemmas wartet Gysi mit einem Rezept auf, das Abhilfe schaffen soll. Zwar brauche man keine zweite SPD, aber: „vielleicht fehlt sogar eine richtige Sozialdemokratie“. Zu der soll, so es nach ihm ginge, die PDS werden. Er liefert auch gleich den „Befähigungsnachweis“ dafür mit und legt eine „Positivliste“ vor, die der PDS-Regierungsteilhabe auf Landesebene zu danken sei. Seiner ausgeprägten Abneigung gegenüber der DDR Ausdruck verleihend behauptet er, daß von der PDS „Ängste abgebaut wurden, vor allem in der ostdeutschen Gesellschaft, in der die SED über 40 Jahre fast allein regiert hat“.

Wer so von „angstfreien“ Zuständen in bundesdeutschen Gefilden schwärmt, muß weit abgehoben von der Realität leben. Ihm scheint zu entgehen, welche Ängste Menschen bedrücken, die ständig vom Verlust ihres Arbeitsplatzes bedroht sind, so sie diesen nicht bereits verloren haben, oder die sich Unternehmerwillkür beugen, nur um den „Job“ zu behalten. Er muß wohl auch verdrängen, welche Befürchtungen angesichts von Neonazi-Demonstrationen ausgehen, die durch „unabhängige“ Richter erlaubt und von „demokratischer“ Polizei abgeschirmt werden. Erzeugt es etwa keine Angst, daß Deutschland seit Jugoslawien und Afghanistan wieder kriegführendes Land, Aggressor oder Aggressionskomplize ist?

Von solchen Ängsten gab es keine in der DDR! In der bundesdeutschen Gesellschaft gehören sie zum Alltag. Sich damit abzufinden und mit ihr „seinen Frieden zu machen“ – darauf läuft Gysis Konzept hinaus.

Um der Gefahr der Isolierung zu entgehen, sind – bei aller gebotenen Skepsis – in Gera erste Wegweiser gesetzt worden. Gysis Richtungsempfehlung hingegen würde die PDS in die politische Sackgasse führen.

Wolfgang Clausner



Sorgen eines PDS-Genossen aus Mecklenburg-Vorpommern

Den Finger auf die Wunde

Vor der 1. Koalition war die PDS-MVP noch stark. Nach der 1. Koalition war/ist sie für die zweite noch zu gebrauchen. Was wird aus ihr nach der 2. Koalition geworden sein?

Diese Abwandlung des Brechtschen Gleichnisses vom großen Karthago möchte ich meinen Bemerkungen voranstellen.

Es ist schon erstaunlich, wie schnell Äußerungen bürgerlicher Politiker, man müsse die PDS entzaubern, indem man ihr Verantwortung überträgt, ihre Bestätigung fanden. Die jetzige Situation ist vor allem oder sogar fast ausschließlich den PDS-Politikern anzulasten, die auf Bundesebene, im Bundestag und in den Ländern MVP, Sachsen-Anhalt und Berlin Verantwortung trugen und tragen. Es waren diese Politiker und sind es zum Teil noch, die alle Kritiker aus den eigenen Reihen sehr schnell als „Hardliner“, „linke Dogmatiker“, „Betonköpfe“ etc. abqualifizieren. Selbst umgeben sie sich jedoch gerne mit dem Heiligenschein hehrer „Reformer“.

Hier sei noch einmal an den Geraer Parteitag erinnert. Mir sind die zu Masken erstarrten Gesichter auch der PDS-MVP-Politiker Ritter, Holter, Gramkow, Schulz usw. in guter Erinnerung, als Gabi Zimmer ihre kritische, aber vor allem konstruktive Rede hielt. Auch die Intrigen, die sofort versucht wurden, und bei denen Politiker der PDS aus MVP mitmischten, sind mir nicht verborgen geblieben.

Die bisherigen Beteiligungen an bzw. Tolerierungen von SPD-Regierungen durch die PDS zwingen zu Parallelen: Die Regierungseintritte kommunistischer und linker Parteien in anderen europäischen Ländern dienten und dienen letztendlich immer dazu, dem Kapitalismus über bestimmte „Durststrecken“ hinwegzuhelfen; der linken Bewegung haben sie aber fast immer geschadet.

Trotz alledem; die PDS in MVP war zur erneuten Koalition verdammt. Sie wird aber in der Bedeutungslosigkeit verschwinden, wenn sie aus der 1. Koalition nicht ernsthafte Konsequenzen zieht. Als Mitglieder haben wir ein Recht darauf, daß dieses öffentlich geschieht. Die Politiker der PDS-MVP laden mit dieser erneuten Koalition eine Riesenburg für die gesamte Partei auf sich. Von ihrer Arbeit, ihren Ergebnissen wird es in hohem Maße abhängen, ob es die PDS in zehn Jahren bundesweit überhaupt noch gibt.

Gerne werden in den letzten Wochen 600 Neueintritte kolportiert. Sehr erfreulich. Warum gibt es aber keine Zahl zu den in der gleichen Zeit erfolgten Austritten? Hier sehe ich ein weiteres Problem. Es scheint in den Führungsetagen niemanden zu interessieren, warum ein Mitglied die Partei verläßt, in der es einmal seine politische Heimat gesehen hat. Wäre da eine Untersuchung nicht der Mühe wert?

Wenn ich verschiedene Äußerungen richtig deute, dann wissen bestimmte PDS-Po-

litiker mit dem Begriff „Regieren und Opponieren“ nicht so recht etwas anzufangen. Es ist doch furchtbar, was von ihnen erwartet wird! Nun regieren sie schon, da verlangt man auch noch von ihnen, zu opponieren. Hierzu einige Denkanstöße.

Bei allem, was von der PDS angeregt wird, kommt der Finanzierungsvorbehalt. (Welch scheußliche Wortschöpfung!) Selbst der Koalitionsvertrag ist unser diesen Vorbehalt gestellt. Eine herrliche Ausrede auch für PDS-Politiker, wenn etwas Versprochenes nicht eingehalten wird. Nun ist doch das gute Verhältnis und die treue Gefolgschaft unseres „Landesvaters“ Harald Ringstorff zu seinem Oberboss Schröder bekannt. Sogar dem Angriff auf Jugoslawien stimmte dieser zu. Nach Medienberichten war und ist die BRD hieran mit 30 bis 50 Milliarden DM beteiligt. Der Euro-Fighter, Kriegseinsätze als Gefolgsmann der USA in anderen Regionen verschlingen weitere Milliarden. Wäre es nicht „Regieren und Opponieren“, wenn PDS-Politiker bei sogenannten „Finanzierungsvorbehalten“ den Landesvater mit derartigen Vorhaltungen und Fragen konfrontieren würden?

Zum Schluß einige Gedanken zu Gregor Gysi. Allmählich scheint er sich zu einer tragischen Figur zu entwickeln. Im ND vom 2./3. 11. 02 klagte er wieder, daß man auf ihn nicht hören wolle; keiner hätte ihn nach Gera eingeladen etc. Merkt denn der Mann nicht oder will er es nicht wahrhaben, daß die Gedanken, die er in dem Interview äußerte und mit denen er der PDS schließlich ein Jahrzehnt lang die Politik vorgab, maßgeblich zur jetzigen Situation

der Partei geführt haben? Gehört er denn keiner

Basisorganisation an oder einem Kreisverband, die ihn nach Gera hätten delegieren können? Glaubt denn wirklich noch jemand, daß es sein lauterer Charakter, seine Moral waren, die ihn bewogen haben, den Senatorenhut wegen einiger läppi-scher Flugmeilen in den Ring zu werfen? Es war besonders die unsoziale Politik des Berliner Senats, welche er und die PDS-Senatoren wesentlich mit zu verantworten hatten, die ihn zu diesem Schritt bewog. Das Konzept „Die Kleinen schröpfen, um die Pfründe der Reichen zu sichern“ – hier vor allem in Gestalt des Verbrecherclans der Berliner Bankgesellschaft – wurde von den PDS-Vertretern mit bedient. Welchen Unterschied gibt es da zu bürgerlichen Politikern?

An dieser Stelle möchte ich Gysi (ND vom 2. 1. 1995) zitieren: „Nur eine Partei, die in die Gesellschaft hineingeht, kann diese verändern.“ Ich nehme an, daß er auch die Regierungsbeteiligung als ein solches „Hineingehen“ versteht. Vielen wird erinnerlich sein, wie es in Berlin dazu kam. Kann man das als „Hineingehen“, vielleicht sogar mit aufrechtem Gang, verstehen? Ich meine nein. In diese Koalition sind Gysi und seine Gefolgsleute hineingekrochen. Als Holter vor sechs bis sieben Jahren begann, den Gedanken einer Regierungsbeteiligung in Schwerin zu äußern, stellte ich ein Orakel: Das sei der Anfang vom Ende der PDS. Sollte sich diese Voraussage bestätigen? Ich hoffe sehnlichst, daß es nicht so kommt.

Hartwich Splisteser, Dümmer

Warum Katharina Pfeffer Wut im Bauch hatte Worte einer Delegierten

Die Wahlniederlage der PDS am 22. September war für viele Mitglieder und Sympathisanten eine herbe Enttäuschung, machte aber auch deutlich: Ein Weiter so kann und darf es in unserer Partei nicht geben. Völlig unverständlich muß es wohl für manchen von uns gewesen sein, als wir nach dieser Niederlage nicht das Wie weiter mit der PDS? gehört haben, sondern ein rücksichtsloses Gerangel um den Vorsitz in der Partei einsetzte. Unverständlicher Streit im Führungsteam statt gemeinsamer inhaltlicher Diskussion. Sind wir auch in diesem Punkt den Parteistreitigkeiten aller anderen Parteien ähnlich geworden? Versteht man es so etwa, im Westen angekommen zu sein? (...) Es gab keinen Parteitag seit Münster, aus dem ich zufrieden mit der Politik meiner Partei herausgegangen wäre. Auch mich störte in den letzten Jahren sehr, daß das Wort Sozialismus immer weniger auftauchte, der Begriff Macht- und Koalitionsbeteiligung aber immer öfter. Die Parteibasis geriet völlig in Vergessenheit.

So fuhr ich also mit einer gehörigen Wut im Bauch nach Gera. (...)

Als ich den Tagungssaal betrat, beruhigten mich Plakate auf der Gästetribüne. Da stand z. B. „Keine Macht den Machtgeilen!“, „Sozialismus statt Sozis!“, „Sozialismus statt Bartschismus!“ und ähnliches. Ich war mit meiner Meinung also nicht allein.

Ich denke, wenn es zur Wahl von Bartsch oder Claus gekommen wäre, hätte eine neue Parteibasis gesucht werden müssen, denn die bestehende fühlt sich momentan kaum mehr verstanden und auch nicht vertreten. (...)

Aus „Der Vogtlandbote“, Nr. 11, 2002

Aus einem Offenen Brief Gerhard Branstners an Gabi Zimmer

Nachlese

Als Du das erste Mal zu unserer Vorsitzenden gewählt wurdest, habe ich Dir geschrieben, daß wir noch mal Glück gehabt haben. Nicht, weil Du auf diesen ungeheuer wichtigen Posten gelangt bist, sondern weil uns weit schlimmere Genossen erspart geblieben sind. In Gera hatten wir die gleiche Konstellation. (...)

Ich hatte damit gerechnet, daß Du als Vorsitzende bestätigt wirst und Bartsch und Co abblitzen. Was die Möglichkeit und die Notwendigkeit eröffnet, den Druck von links auf Dich zu verstärken. Denn: Was Sozialismus wirklich ist, was wirklicher Sozialismus ist, weißt Du nicht und willst Du nicht wissen. (...)

Der Kapitalismus ist ein absterbendes System. (...) Es läßt sich nicht reformieren, vielmehr muß seinem Fall nachgeholfen werden. Die Revolution ist näher als die Reform. (...)

Ich beteilige mich doch nicht an einem absterbenden System. Alles Gerede über solche Beteiligung ist Illusion, Selbsttäuschung und Irreführung. Die Gier nach Regierungsbeteiligung hat den Willen zur

Opposition erheblich geschwächt. Wir haben nie erlebt, was wirkliche Opposition ist. (...)

Zur Befindlichkeit der PDS nach Gera: Die PDS war noch nie so gut, weil noch nie so links wie heute. Der Vorstand war noch nie so gut, weil noch nie so wenig rechts wie heute. Das Gerede Wolfgang Gehrckes und Wolfgang Hübners im ND (14. 10.) von einer „sehr beschädigten“ PDS hat mit der

Wirklichkeit nichts zu tun. Es ist blanker Unsinn. Die PDS steht so gut da wie nie zuvor, aber sie ist schlecht genug, um in die nächste Pleite zu schlittern. Weil ohne wissenschaftliche Vision.

Die Moral von der Geschichte: „Der König muß an Klugheit nur die oberste besitzen – die Klugheit anderer zu nützen.“ Begreif das, liebe Gabi, sonst bist Du selber schuld.

Die Freiheit hat zwei Seiten, das läßt sich nicht bestreiten

Ein Hammel trat vor den Tiger und beschwerte sich darüber, daß es den Wölfen ungestraft erlaubt sei, die Schafe zu fressen. Euch soll Gerechtigkeit werden, sprach der Tiger. Und er erließ ein Gesetz, das den Schafen erlaubt, die Wölfe ungestraft zu fressen. Da freute sich der Hammel und rief: Jetzt haben wir den absoluten Rechtsstaat. Das wurde auch Zeit, meinte der Tiger, die Wölfe haben sich schon lange genug darüber geärgert, daß man ihnen vorwerfen konnte, sie seien vom Gesetz bevorteilt.

Aus: **Gerhard Branstner**: Die Weisheit des Humors

Warum Diether Dehm rausgekickt wurde

Böses Omen

Wie zu erwarten, haben die rechten Kräfte in der PDS, die sich jetzt als „Reformer-Netzwerk“ konstituieren wollen, massiven Druck ausgeübt, um die Personalentscheidung von Gera nachträglich zu ändern. Erstes Opfer ihrer Aktivitäten wurde der stellvertretende Parteivorsitzende Diether Dehm. Man benutzte die sogenannte Wachbuch-Affäre - Dehm soll einen Mitarbeiter des Wachdienstes im Karl-Liebknecht-Haus dazu aufgefordert haben, dem ehemaligen Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch beim möglichen Herausschaffen von Material aus seinem Büro etwas auf die Finger zu schauen -, um den vom linken SPD-Flügel kommenden Politiker als repressiven SED-Finsterling zu porträtieren. Statt das Ränkespiel gegen Dehm richtig einzuordnen und die Provokation gegen den Politiker zurückzuweisen, zog sich der PDS-Vorstand an der Sache hoch. Dehm wurde durch gezielte Diskreditierung zur Aufgabe gezwungen. Die Ausschaltung des gerade erst wiedergewählten Vizevorsitzenden ist Teil eines Intri-

gengeflechts, mit dem gegen den Kurs und die Entscheidungen von Gera sowie gegen die Parteilinke vorgegangen werden soll.

R. F.



**Oben: Diether Dehm
Rechts: Gabi Zimmer**

„Kultur des Drucks und der Erpressung“

Falsche Ratgeber

Mehr als seltsam ist diese Art von Logik: Um die Geraer Beschlüsse umzusetzen „sucht der Vorstand verstärkt das Gespräch mit G. Gysi, A. Brie, D. Bartsch, H. Modrow und anderen“. (ND vom 26. 11. 02) Das heißt, er orientiert sich vorrangig auf jene, die diese Beschlüsse „für fataler halten, als die schlimme Wahlniederlage vom 22. 9.“ In deren Amtszeit fällt das, was Gabi Zimmer gerade kritisiert: „Seit 1995 hat sich in der PDS zunehmend eine Kultur des Drucks und der Erpressung breitgemacht.“ (ND 26. 11.) Von diesen Leuten will sich der Vorstand jetzt beraten lassen. Wer kann denn aber so naiv sein und glauben, daß von den drei Erstgenannten andere Ratschläge zu erwarten wären sind als jene, welche sie gleich nach Gera erteilt haben: „Nun macht (endlich) Frieden mit dieser Gesellschaft!“. Und um diese Art von Politik programmatisch zu untersetzen, muß der Brie-Brie-Klein-Entwurf (wenn auch ein bißchen modifiziert) schnellstens als verbindliches Programm angenommen werden. Dann wäre die PDS vollends so, wie sie

sich Gysi, Brie und Bartsch wünschen. Wenn es der neugewählte Vorstand mit dem in Gera beschlossenen „Nicht weiter so!“ ernst meint, dann müßte er sich auch mit solchen Genossen beraten, deren Meinung und Vorschläge jahrelang unerwünscht waren und deshalb mißachtet wurden. Die Teilnahme erfahrener und kompetenter Nicht-oder Nichtmehr-Mitglieder wäre mit Sicherheit eine wertvolle Bereicherung.

Gerhard Wetzels, Berlin



Ist Geschichte brutal? Oder ist es der Umgang mit ihr?

Ruges giftiges Gemüse

Nun wissen wir es ganz genau: Marx hat als Wahrsager versagt, den verarmten Adelsproß Lenin trieb die Erinnerung an seinen gehenkten Bruder mit einem Häuflein verbitterter Juden auf den Pfad der Revolution, die Aufständischen von Petrograd erhoben sich nur mal so und wußten schon am Tag danach nicht mehr, was sie mit der Macht anfangen sollten. Die sowjetischen Generäle praktizierten im Kampf gegen die faschistischen Aggressoren nichts weiter als den dumpfen russischen Grundsatz „Dampfwalze voran“, und vom Sieg der chinesischen Revolution 1949 blieb auch nur das leere Wort vom Sozialismus übrig. Genauso schwadronierte am 7. November 2002 auf einer ganzen Seite des ND ein ehemaliger Professor am Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR über die Oktoberrevolution anlässlich ihres 85. Jahrestages. Wie er dabei das die bourgeoise Weltordnung erschütternde Ereignis beurteilte, dürfte bei diesem Manne kaum noch jemanden wundern. Ignoranz anstelle wirklich wachsender Erkenntnis ist ein altes Rezept dafür, den objektiven Verlauf der Geschichte aus subjektiv zweckbestimmter Sicht immer wieder neu zu interpretieren.

Es ist nicht das erste Mal, daß sich Wolfgang Ruge in rüdem Boulevardstil mit Zerrbildern sozialistischer Theorie und Praxis einen Namen zu machen versuchte. Aber bei dieser ihm jüngst durch ein sozialistisches Blatt eingeräumten Gelegenheit bemühte sich das Mitglied des Ältestenrates der PDS, wie es schien, besonders auffällig und verblüffend deutlich, mitzuteilen, daß er den Ideen des Sozialismus nach Marx und Lenin endgültig eine Absage erteilt hat. Er rät den Lesern wie den Linken überhaupt, sich definitiv von „überlebten Visionen“ zu trennen. Man sehe ja, was es gebracht habe. Der Sozialismus in seiner bisherigen Form habe versagt, eine Neuaufgabe nach diesen Theorien sei völlig zwecklos. Zynisch unterstellt Ruge schon im Titel seines Traktats dem bereits vom Tod gezeichneten Führer der Revolution aus diesem Grunde, nach dem Roten Oktober resignierend auch „... nur noch Gemüse züchten“ gewollt zu haben. Zweideutig und höhnisch kommentiert er den Untergang des realen Sozialismus aus „heutiger Sicht“, wenn er schreibt: „Offenbar geht es nicht ohne das widerwärtige Privateigentum, das die Widernisse in der Öde hervorruft.“ Fast zufrieden klingt sein Seufzer: „Der Eigner ist dem Philanthropen voraus.“ Tatsachen bleiben auf Dauer ein hart Ding. Wer wollte denn ernsthaft bestreiten, daß die Oktoberrevolution mit dem Jahr Siebzehn, trotz aller Fehler, Irrtümer und Verstöße gegen die sozialistische Gesetzmäßigkeit, die Uhren in der Welt 75 Jahre anders gehen ließ? Die Geschichte, ihre Realität, Wirkung und Lehre unterwirft sich nicht dem Drängen gewisser nach „Selbsterhö-



Vor 80 Jahren wurde die UdSSR gegründet

hung“ strebender Historiographen und schon gar nicht jener „im Nebel unbekannter Kontraste“ nachfragwürdigem Erkenntniszuwachs herumstochernden Story-Autoren.

Den Mann aus Potsdam stört das alles nicht. Verbissen setzte er auch dieses Mal die Axt an den Wurzeln an, kritisiert mit Schärfe vor allem Karl Marx, weil der „die Abfolge der Gesellschaftsformationen wahrzusagen sich erkühnte“ und mit der Anerkennung der Arbeiterklasse als geschichtlich handelnde Kraft einem „kapitalen Fehlschluß“ unterlegen sei. Nach Ruges Logik habe das „Proletariat, das – trotz aller Äußerlichkeiten – eine ausgebeutete Klasse bleibt (!) ... kein Eigentum und kann sich deshalb auch nicht in die von Eigentum und Eigentümern geprägten Widernisse einbringen“. Was wohl im Klartext heißen soll, daß historische Initiativen auch künftig ausschließlich den Eigentümern und ihrer geistigen Elite vorbehalten bleiben müssen.

Oktoberrevolution in Rußland, Novemberrevolution in Deutschland, nach Ruge alles unbedeutende „Nachkriegseruptionen“. Hat sich der Rauch erst einmal verzogen, wird nach seiner Meinung – auch wenn es länger dauert – die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft offensichtlich immer wieder von den Ideen der legendären mecklenburgischen Landesverfassung bestimmt: Alles bleibt beim Alten. Der Endzustand der Geschichte scheint aus seinem Blickwinkel mit der Herrschaft der Bourgeoisie erreicht.

Wer so aus einer provinziellen Tiefebene Marx nachsagt, er hätte sich zu seiner Zeit „von der Illusion verführen lassen, ein Dia-

lektiker zu sein“ und sei deshalb blind für neu ins Spiel gekommene Begriffe gewesen, die mit den von ihm entdeckten Klassen nichts zu tun gehabt hätten, weist eher nach, hinsichtlich geschichtlicher Ereignisse und Phänomene in unseren Tagen selbst unter erheblicher Sehschwäche zu leiden. Es sind auch die Erkenntnisse der Vergangenheit, weshalb die Jungen gegen die „Widernisse“ einer brutalen Gegenwart rebellieren, und die Alten bemüht sind, Erreungen zu verteidigen.

Man fragt sich schon, was einen ehemaligen Historiker der Akademie der Wissenschaften der DDR wohl immer wieder umtreibt, beflissen die Klischees bürgerlicher Geschichtsauffassung zu bedienen und damit, außer seinem Professorentitel freilich, erhebliche Teile seines – so noch vorhanden – wissenschaftlichen Nachlasses auf die Opferbank der „Neuzeit“ zu legen. Vor 20 Jahren schrieb der damals marxistische Historiker Wolfgang Ruge zum gleichen Thema jedenfalls noch, daß der „Sieg des Roten Oktober ... den Beginn einer neuen Epoche – der Epoche des gewaltigsten gesellschaftlichen Umbruchs seit Menschengedenken ...“ – markiert habe.

Die „Geschichte ist brutal“, fabulierte Ruge gleich mit der ersten Druckzeile seines aktuellen Pamphlets, um jeden Verdacht von sich zu weisen, ein wissenschaftlicher Wendehals zu sein. Doch nicht erst nach dem Lesen der letzten Zeile ist man geneigt zu sagen: Irrtum, Euer Ehren, brutal ist der Umgang mit der Geschichte, wie es besagtes Blatt und sein Autor am 7. November 2002, 85 Jahre danach, bewiesen haben.

Hans-Dieter Krüger

War die Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten eigentlich falsch?

Zum historischen Platz der SED

Als wir im Frühsommer 2001 an die Reorganisation unserer bis dahin der DKP zugehörigen, von deren Führung aber verschmähten Zeitung gingen und damit ein von Parteien unabhängiges kommunistisch-sozialistisches Blatt schufen, debattierten wir natürlich über unseren spezifischen Beitrag zur Zusammenführung möglichst breitgefächelter linker Kräfte. Der „RotFuchs“ müsse eine Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland werden, meinten wir in jenen Tagen. Jede sektiererische und dogmatische Enge sei zu vermeiden, zugleich müsse ein Höchstmaß an Prinzipienfestigkeit angestrebt werden. Wir wandten uns an Genossen mit und ohne Parteibuch, zumal die meisten für den gemeinsamen Kampf Gewinnbaren – vor allem im Osten – derzeit nicht politisch organisiert sind. In der weiteren Perspektive – nicht kurzfristig – müsse die Formierung einer wirklich einflußreichen gesellschaftlichen Kraft angestrebt werden, die dazu imstande ist, gegen den Klassenfeind mit Massenschubkraft anzutreten. Vorerst seien die Voraussetzungen dafür nicht gegeben; aber in dieser Richtung müsse von allen in Deutschland existierenden kommunistischen und sozialistischen Kräften gearbeitet werden.

Damals schrieb Dieter Itzerott einen viel diskutierten Artikel, in dem er das „Tabu“ SED brach und die These aufstellte, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands sei trotz offenkundiger Defizite und ihrer Funktionsunfähigkeit in der Endphase die insgesamt erfolgreichste Partei der deutschen Arbeiterbewegung gewesen. Er begründete seinen Standpunkt damit, nur die SED habe die arbeitende Klasse – beschirmt von der im Osten stationierten Sowjetarmee – auf revolutionäre Art zur Macht und deren 40jähriger Behauptung geführt und den Kampf um den Sozialismus gewagt.

Über Itzerotts Beitrag gab es lebhaftere Diskussionen.

Seine Befürworter beriefen sich sowohl auf die SED des Aufbruchs der frühen DDR-Jahre als auch auf unvergeßliche Leistungen in späterer Zeit. Tatsächlich gab es wohl nichts Großartigeres in der Geschichte von Kommunisten und Sozialisten in

Deutschland als den Zusammenschluß der beiden damaligen Arbeiterparteien auf marxistischer Grundlage. Das war ein strategischer Sieg für den wissenschaftlichen Sozialismus und eine schwere Niederlage für den Opportunismus. Nicht zufällig läuft das Sinnen und Trachten der im April 1946 Geschlagenen wie ihrer zeitgenössischen Nachfahren darauf hinaus, politische Revanche zu üben und diesmal eine Vereinigung von Sozialdemokraten und Sozialisten auf der konterrevolutionären Basis des Sozialdemokratismus anzustreben. Gewisse „Reformer“ in der PDS träumen seit Jahren davon. Auch Schröders Öff-



nung der SPD für „nichtdogmatische PDS-Mitglieder“ zielt in diese Richtung. Am Projekt SED, das zunächst auch die Unterstützung Hunderttausender Werktätiger im Westen fand, war prinzipiell nichts falsch. Es entsprach der seinerzeitigen Kräftekonstellation und den historischen Erfordernissen jener Periode, die auf den vom Hitler-Faschismus verlorenen Aggressionskrieg folgte. Das Geschehen von damals ist heute so nicht nachzuvollziehen, da eine völlig andere – durch die Niederlage des Sozialismus in Europa und den zeitweiligen Sieg des Imperialismus geprägte – Lage eingetreten ist. Doch der Grundgedanke von 1946 – die Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten auf mar-

xistischer Basis zu einer den Massen zugewandten großen revolutionären Kampfpartei – bleibt eine inspirierende Vision. Sich für sie zu engagieren, lohnt den Einsatz. Daß bestehende kommunistische Parteien und die Marxisten in der PDS dabei eine überaus wichtige Rolle spielen müßten, steht außer Zweifel.

Die Kritiker des Itzerott-Artikels über die SED erinnerten nicht nur an die verhängnisvolle Periode der Sprach- und Führungslosigkeit, an den schmachvollen Untergang von 1989, sondern verwiesen zu Recht auch auf unverzeihliche Fehler und Abweichungen vom Marxismus-Leninismus: die fortschreitende Ersetzung der Diktatur des Proletariats – also der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse – durch Entscheidungen von aufgeblähten und verselbständigten Apparaten; die immer stärkere Personifizierung der Macht; die Vernachlässigung unverzichtbarer Kriterien der Kaderarbeit, die zum Entstehen eines Heers von Karrieristen – übrigens auch aus der Arbeiterklasse – und zu einer Verwässerung der Qualität der Partei führten; die Ersetzung der zunächst üblichen schonungslosen Kritik und Selbstkritik durch Vertuschen und Schönfärberei; die zunehmende Trennung der Partei von den Massen und der Parteiführung von den Mitgliedern; Erscheinungen des Zurückweichens vor dem Feind, vor allem 1989.

Kritik muß man sicher auch an voluntaristischen Praktiken bei der Beschleunigung des Reifeprozesses der Partei üben. So richtig es war, die für eine sozialistische Umwandlung der Gesellschaft unerläßliche Avantgarde – eine Partei neuen Typus – zu schaffen, so übereilt war es, schon bald sämtliche SED-Mitglieder als Kommunisten zu bezeichnen, was sie tatsächlich nicht oder noch nicht waren. Auch die Tatsache, daß dem bis 1950 bestehenden Parteivorstand der SED 30 Vertreter der westdeutschen KPD angehörten, engte den Gedanken des breiten Zusammenschlusses linker Kräfte im Westen unnötig ein.

Wenn man vom Abstieg der Partei in den 70er und 80er Jahren spricht, dann muß man vor allem begreifen, daß ihm die ideologische Zersetzung durch den Revisionismus mit zugrunde liegt, wie sie sich am eklatantesten im SED-SPD-Meinungstreitpapier von 1987 offenbarte. Es stellte einen Sieg der auf Wandel durch Annäherung zielenden SPD-Unterhändler dar.

Fassen wir das Gesagte zusammen: Man sollte ohne Scheu von der SED und ihren historischen Leistungen sprechen. Hier gibt es für uns keine Tabus.

Dabei kommt es – mit Blick auf die aus den Klassenkämpfen der Arbeitenden und Ausgebeuteten eines Tages hervorgehende große Partei des Sozialismus – darauf an, alles Positive aus unserem revolutionären Erbe zu bewahren und für die Zukunft aufzuheben.

Klaus Steiniger

Hoffnung

Es ist der Weg zurück ins Tal,
der uns im Traum voraus
die Müh und Qual der Höh
vergessen läßt und hoffen
auf die Rast vor neuem Aufstieg
in den Berg

Hans-Dieter Krüger (1990)

Über Faktoren, die der Konterrevolution den Sieg erleichterten

Erfahrungen eines 1. Kreissekretärs

Als Marxisten stehen wir in der Pflicht, nach der Niederlage das ganze politische Rüstzeug, über das SED und DDR verfügten, auf den Prüfstand zu stellen. Wir müssen uns die Frage beantworten, was Bestand hat und wovon man sich aus historischer Sicht trennen muß. Kommunisten und Sozialisten, die sich dieser Aufgabe widmen, tun das mit dem Ziel, Lehren für kommende Kämpfe zu ziehen, in denen es noch in diesem Jahrhundert unweigerlich um die Frage „Sozialismus statt Barbarei“ gehen wird. Die Benennung von Defiziten muß absolut ausschließen, daß der Sozialismus und die DDR als solche in Zweifel gezogen werden. Die marxistische Analyse darf kein Spielmaterial für DDR-Delegitimierer und -Kriminalisierer beliebiger Art liefern.

Wer die Dinge untersucht, muß davon ausgehen, daß im Rückblick alles viel einfacher, klarer und überschaubarer erscheint, als es auf die damaligen Akteure in deren konkreter Situation wirkte. Und noch etwas ist zu beachten: Begangene Fehler usw. dürfen nicht pauschal auf die gesamten 45 Jahre des Kampfes im Osten Deutschlands bezogen werden. Denn die einzelnen Entwicklungsetappen trugen durchaus unterschiedlichen Charakter und besaßen ihre jeweilige Spezifik.

Als ehemaliger 1. Sekretär einer SED-Kreisleitung, als ein Funktionär, der jahrzehntelang Mitverantwortung trug, will ich mich ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit zu einigen Fragen äußern, die die Partei betreffen. Mein Fazit lautet: Was uns mißriet, ging nicht wegen des Marxismus-Leninismus, sondern aufgrund der Abweichung von seinen Prinzipien schief.

Ein Kardinalfehler war z. B. die Vernachlässigung der ständigen objektiven Bewertung des tatsächlichen Bewußtseinsstandes der Klassen und Schichten der DDR-Bevölkerung wie der eigenen Parteimitgliedschaft. Es gab die Neigung, das Niveau des Massenbewußtseins zu überschätzen. Man hielt, wie Genosse Heinz Keßler bemerkte, an einer vereinfachten Sicht auf die Arbeiterklasse fest und beschränkte sich auf die verbale Betonung ihrer Rolle als historisches Subjekt; ja, man ging sogar zu ihrer Idealisierung über. Die Langzeitwirkung bürgerlicher Denk- und Ver-

haltensweisen wurde unterschätzt. Es gab Zeiten spürbarer Fortschritte bei der Bewußtseinsentwicklung, z. B. in der zweiten Hälfte der 50er Jahre und in den 60er Jahren. Doch Ende der 70er und in den 80ern kam es zur Erosion des Klassenbewußtseins, was von uns nicht zur Kenntnis genommen wurde. Das hatte zur Folge, daß bei anstehenden komplizierten Aufgaben das Tempo willkürlich forciert wurde, ohne Rücksicht auf den wirklichen Reifegrad der Partei und der Massen zu nehmen. Verbunden mit der Abkehr vom Prinzip, den DDR-Bürgern auch unangenehme Wahrheiten offen zu sagen und entstandene Probleme mit ihnen auszudiskutieren, wurden zunehmend administrative Methoden angewendet. Die restriktive Informationspolitik der Medien (zu Zeiten von J. Hermann und G. Schabowski) stieß zu Recht auf Ablehnung. Schönfärberischer Aktionismus, dauernde Erfolgsmeldungen, Kampagnehaftigkeit und peinliche „Hofberichterstattung“ prägten zunehmend deren Bild. Besonders verhängnisvoll war die defensive Reaktion auf die mit der Schlußakte von Helsinki (Korb 3) ausgehende „Menschenrechtskampagne“ des Imperialismus. Haben wir in den 80er Jahren überhaupt noch um sozialistisches Bewußtsein der Massen ernsthaft gekämpft?

Bei der Bewertung des Wirkens einer marxistisch-leninistischen Partei ist die Frage nach Niveau und Verfaßtheit ihrer theoretischen Arbeit von großer Bedeutung. Die SED verfügte über leistungsfähige Theoriekapazitäten und besaß marxistisch gebildete Kader. Auf vielen Gebieten wurde eigenständige innovative Forschung betrieben. Andererseits haben Erscheinungen wie die Leugnung und Unterschätzung von Widersprüchen im Sozialismus sowie der voluntaristische Umgang mit der „Gesetzmäßigkeit“ seines Sieges (Unumkehrbarkeitsthese) fatale Wirkungen gehabt. Die parallel zum „Eurokommunismus“ anwachsende Tendenz revisionistischer Auffassungen in einigen Theoriezentren wurde nicht erkannt oder nicht ernst genommen. Zeitweilig schien die Theorie eine bloße Rechtfertigung der Politik der Parteiführung zu sein. In der Schulungsarbeit wurde viel geleistet. Aber nur allzu oft ging es dabei nicht um inhaltliche Qualität,

sondern um Zahlenhascherei. Die theoretische Orientierungskraft der Partei nahm immer mehr ab und versagte dann in der Endphase. Ihre Massenbasis bröckelte zunehmend. Im Sommer und Herbst 1989 erreichte dieser Prozeß ein Stadium, in dem die konterrevolutionären Kräfte inner- und außerhalb der Partei zum Generalangriff übergehen konnten.

Auch die Verletzungen der innerparteilichen Demokratie als einer entscheidenden Voraussetzung des demokratischen Zentralismus trugen maßgeblich zur Abschwächung des marxistisch-leninistischen Charakters der SED bei. Sie besaß das entsprechende Statut, das aber nicht mehr konsequent angewandt wurde. Das führte zu einer unzulässigen Verschärfung bürokratisch-zentralistischer Tendenzen. Die Grundorganisationen und die Mitglieder wurden in den letzten Jahren bei Entscheidungsfragen faktisch nicht mehr einbezogen. Immer öfter setzte die Zentrale Beschlüsse nachgeordneter Leitungen außer Kraft. Eine Form der „Disziplinierung“ waren z. B. die „Beratungen des ZK mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen“. Anfangs wurde nach dem Referat des Generalsekretärs diskutiert. Das änderte sich jedoch bald. Nun dauerte der Bericht vier bis fünf Stunden und ersetzte die Debatte. Eine Diskussion fand nicht mehr statt. Die Rede mußte in den Folgetagen wörtlich vor den Kreisparteiaktiven verlesen werden. In ihr wurde Kritik an der Arbeit einzelner Kreisleitungen geübt, von der sich diese nicht öffentlich äußern konnten. Entsprechende Bemerkungen zur Arbeit des zentralen Parteiapparates fehlten völlig. Das alles zeigt, wie sich dieser verselbständigte und über die gewählten Leitungen erhob.

Eine negative Rolle spielte der in die Kaderpolitik eingeführte „Laufbahnmechanismus“. Folgen dieser und anderer Tendenzen waren eine Aufweichung des kommunistischen Parteibewußtseins und das Hochkommen des Karrierismus. Die ursprünglich richtige Losung „Wo ein Genosse ist, da ist die Partei“ verkam so immer mehr zum bloßen Schlagwort.

Das Übrige taten ab 1985 der Gorbatschovismus und der mit ihm verbundene Zersetzungsprozeß. Nur so läßt sich erklären, warum eine jahrzehntelang festgefügte revolutionäre Kampfpartei, deren frühere Massenverbindungen verloren gegangen waren, im Augenblick des konterrevolutionären Ansturms nicht standhielt.

Trotz der hier dargestellten negativen Erscheinungen und gewisser Abstriche blieb die SED nach meiner Überzeugung in allen Etappen ihrer Entwicklung eine dem Wesen nach marxistisch-leninistische Partei. „Die eigenen Fehler waren es nicht, die über SED und DDR das Todesurteil sprachen“, stellte Kurt Gossweiler fest. Daß sie den Kräften der inneren und äußeren Konterrevolution den Sieg erleichterten, ist indes unbestreitbar.

Dieter Itzerott

Ein treuer und standhafter Kommunist, unser Vereinsmitglied

Genosse Sepp Trupp aus Havelberg

ist ganz plötzlich gestorben. Er wurde 70 Jahre alt. Sepp stand in den Jahren der DDR an verschiedenen Kampfabschnitten für den Schutz und die Stärke des Sozialismus ein. Nach dem Sieg der Konterrevolution blieb er seiner Gesinnung treu.

Ehre seinem Andenken!

Dem Rechtswesen der BRD um eine Epoche voraus

War die DDR-Justiz demokratisch? (3)

Als gesellschaftliche Gerichte wirkten in den Betrieben der DDR Konfliktkommissionen und in Genossenschaften und Wohngebieten die Schiedskommissionen. Sie hatten die Aufgabe und Befugnis, auf Antrag der Beteiligten deren Arbeits- und Zivilrechtsstreitigkeiten zu schlichten und ohne Inanspruchnahme der staatlichen Gerichte beizulegen. Sie wurden in den Betrieben und Genossenschaften unter Verantwortung der Gewerkschaften bzw. der satzungsgemäßen Organe der Genossenschaft und in den Wohngebieten in der Regie der örtlichen Volksvertretungen aus dem Kreis der Kollegen bzw. Einwohner gewählt. Als Mitglieder der gesellschaftlichen Gerichte wurden geachtete, lebenserfahrene und oftmals in Rechtsdingen bewanderte Mitbürger, Arbeitskollegen, Nachbarn tätig. In arbeitsrechtlichen Streitigkeiten zwischen Betrieb und Werk tätigen war die Anrufung der Konfliktkommissionen zwingend vorgeschrieben, bevor bei Gericht eine Klage eingereicht werden durfte. Von der hohen Qualität und Wirksamkeit der Konfliktkommissionen zeugt die Tatsache, daß im langjährigen Durchschnitt mehr als 90 % aller Arbeitsstreitfälle durch die Konfliktkommissionen endgültig geklärt und gar nicht erst vor Gericht gebracht wurden. Nur ein kleiner Anteil der Beschlüsse von Konfliktkommissionen, die Gegenstand gerichtlicher Nachprüfung wurden, mußte abgeändert werden. Ich erachte das als Ausweis der hohen Autorität, die diese Gremien zu Recht genossen.

Es waren vor allem die Autorität bei den Werk tätigen und die erzieherischen Wirkungen ihrer Beratungen, welche die SED- und Staatsführung veranlaßten, im Jahre 1960 die Zuständigkeit dieser gesellschaftlichen Organe der Rechtspflege auf die Beratung und abschließende Entscheidung von erstmalig begangenen und geringfügigen Straftaten, wie einfachen Diebstählen von gesellschaftlichem oder persönlichem Eigentum, leichte Körperverletzungen oder andere kleinere Gesetzesverstöße auszuweiten. Damit wurde abermals Neuland in Richtung auf die weitere Demokratisierung der Rechtspflege beschritten, was nach meiner Kenntnis in anderen sozialistischen Ländern durchaus unstritten war und für „zu liberal“ gehalten wurde. Im Zentrum dieser Form der „Ahndung“ geringfügiger Rechtsverletzungen stand die öffentliche Beratung über die Verfehlung und den „Täter“, sein bisheriges Verhalten und seine Bereitschaft zur Wiedergutmachung des Schadens. Daran konnten sich alle, die bei der nach der Arbeitszeit stattfindenden Zusammenkunft zugegen waren, beteiligen. Das trug sich sozusagen in vertrauter Umgebung zu, wo der Rechtsverletzer bekannt war und nun vor seinen Arbeitskollegen Farbe bekennen mußte. Der moralische Druck, der von solchen öffentlichen Erörterungen auf den

Täter selbst und auch auf andere Kollegen ausging, die ähnliche labile Haltungen offenbarten, welche ebenfalls zur Sprache gebracht werden konnten, war oftmals wirkungsvoller als der einer Gerichtsverhandlung.

Die Konfliktkommissionen als gesellschaftliche Organe der Rechtspflege wirkten auf der Basis der Freiwilligkeit. Auch der Rechtsverletzer konnte nicht zur Teilnahme gezwungen werden, wiewohl seine Weigerung für ihn mit Sicherheit unangenehmere Folgen gehabt hätte. Den Konfliktkommissionen wie auch den später in Genossenschaften, Gemeinden und Wohngebieten gebildeten Schiedskommissionen waren weder Möglichkeiten zur Bestrafung noch andere Sanktionen gegeben. Ihre Kraft war die öffentliche Meinung, und ihr Wirken war auch deshalb so erfolgreich, weil es auf der Gemeinsamkeit der

oder anderweitige Missachtung der öffentlichen Ordnung, mit offensiven ideologischen Auseinandersetzungen reagiert und derartige Vorkommnisse nicht den Justiz- und Sicherheitsorganen „zur Erledigung“ überlassen hätten.

Die kollektive erzieherische Kraft der gesellschaftlichen Gerichte war ein starker Quell bei der schrittweisen Zurückdrängung von Straftaten und anderen Rechtsverletzungen aus unserem gesellschaftlichen Leben. Mit ihrer wachsenden Erfahrung bei der Behandlung derartiger „Konflikte“ konnten den gesellschaftlichen Gerichten zunehmend von den Untersuchungsorganen, der Staatsanwaltschaft und den Gerichten geeignete Fälle zur selbständigen Beratung übertragen werden. So kam es dazu, daß im langjährigen Mittel etwa ein Drittel aller bekannt gewordenen Straftäter nicht mehr vor Gericht

Der Gründer und Chefredakteur des „RotFuchs“,

Genosse Dr. Klaus Steiniger, Vorstandsmitglied des RF-Fördervereins, begeht am 28. Dezember 2002 seinen 70. Geburtstag. Sohn des international bekannten Völkerrechtlers der DDR Prof. Dr. Peter Alfons Steiniger, begann er seine Laufbahn als Staatsanwalt und Bürgermeister in Mecklenburg. Nach kurzer Tätigkeit beim Fernsehen und mehrjähriger Arbeit im Außenministerium der DDR folgte ein journalistischer Lebensweg, der den ND-Berichterstatler an Brennpunkte der Klassenauseinandersetzung in den USA, Japan, Portugal und vielen anderen Ländern führte. Zur publizistischen Ausbeute gehören nicht nur weit über 3000 Beiträge für Zeitungen und Zeitschriften, sondern auch fünf Bücher. Fest mit Partei und Land verbunden, zählte er zu den stets kritischen Geistern in der DDR. Diesem Arbeits- und Lebensprinzip ist er bis heute treu geblieben. Ohne sein hohes theoretisches Wissen, die reichen internationalen Erfahrungen, organisatorisches Können und sein brillantes publizistisches Talent, von dem im „RotFuchs“ seine „Reporterskizzen“, zahlreiche Leitartikel und viele weitere Beiträge zeugten, wäre unsere Zeitschrift auf ihrem heutigen Niveau nicht denkbar.

Lieber Freund und Kampfgefährte! Im Namen des Vorstandes und für mich selbst sprechend einen herzlichen Geburtstagsgruß! Noch viele Jahre Schaffenskraft für unseren gemeinsamen Kampf zur Vorbereitung eines neuen sozialistischen Anlaufs!

Dr. sc. Gerhard Feldbauer, Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins e. V.

materiellen und ideellen Interessen aller Angehörigen des betreffenden Arbeitskollektivs bzw. der Bürger des Wohngebiets beruhte. Wer wollte schon einen unbelehrbaren Dieb oder Schläger neben sich haben! Ich selbst bedaure sehr, daß die Erfahrungen aus solcher Art kollektiver Erziehung und Selbsterziehung auf anderen Feldern, wo es um die Auseinandersetzung mit falschen und gar schädlichen Einstellungen und Verhaltensweisen unter der Bevölkerung ging, ignoriert und oftmals durch administrative und bürokratische Arbeitsmethoden „ersetzt“ wurden. Manch ein Strafverfahrener hätte dem Betroffenen und der Gesellschaft erspart werden können, wenn die politischen Führungsgremien am Ort oder im Betrieb schon bei den ersten Anzeichen für unsozialistische und schädigende Verhaltensweisen einzelner, z. B. Arbeitsscheu und Alkoholismus, aber auch das beabsichtigte Verlassen der DDR

gestellt und bestraft werden mußte. (Die Übergabe ihrer Verfahren an ein gesellschaftliches Gericht war keine Vorstrafe und wurde daher nicht im zentralen Strafregister eingetragen.) Und ein weiterer, nicht gering zu schätzender Effekt dieser Art Reaktion auf Rechtsverletzungen war: Der Anteil derjenigen, die sich vor einem gesellschaftlichen Gericht zu verantworten hatten und danach erneut eine Straftat begingen, hielt sich konstant auf einem sehr niedrigen Niveau.

Die gesellschaftlichen Gerichte in der DDR und der Platz, den sie im System der Rechtspflegeorgane einnahmen, sind eine Erscheinung, für die ein Pendant in einer kapitalistischen Gesellschaft mit ihren unversöhnlichen Widersprüchen zwischen Herrschenden und Beherrschten wie zwischen den Individuen selbst schlechterdings undenkbar ist. **Dr. jur. Hans Kaiser**

Ein eigenartiger Streit mit grotesken Zügen

Über Antisemiten und Philosemiten

In den zurückliegenden Wochen und Monaten ist ein eigenartiger öffentlicher Streit entstanden, der manchmal schon groteske Züge annahm. Es ging um den Vorwurf angeblichen oder tatsächlichen Antisemitismus, der gegenüber Schriftstellern, Politikern, Künstlern und anderen Personen des gesellschaftlichen Lebens erhoben wurde. Dabei traten oft recht seltsame, um nicht zu sagen absurde Konstellationen zutage. Leute, die bisher als links und daher anti-imperialistisch galten, traten merkwürdigerweise als Verteidiger der israelischen Militärpolitik auf und bezichtigten z. B. Kritiker Scharons als Antisemiten oder braun eingefärbte („Konkret“-Herausgeber Gremlixa). Andere, die bislang als eingefleischte Gegner jeder revolutionären Aktion, also keineswegs als Anhänger anti-imperialistischer Befreiungskämpfe, bekannt waren, sprachen plötzlich davon, sie könnten sich vorstellen, mit der Waffe in der Hand gegen die israelischen Aggressoren zu kämpfen („Mr. 18 Prozent“ Möllemann). Was die beiden gegensätzlichen Parteien in diesem Konflikt bemerkenswerterweise verband, war die jeweilige Rechtfertigung von Gewaltanwendung. Und alles das mit der Begründung, „das bedrohte Volk“ der Israelis bzw. der Palästinenser vor einem Genozid schützen zu wollen.

In solch verworrenen Zeiten erscheint es daher äußerst dringlich, dem Problem des häßlichen Antisemitismus und des edel erscheinenden Philosemitismus, als des vermeintlichen Gegenteils bis an seine Wurzeln nachzugehen. Es sei einem Theologen erlaubt, dazu einmal jene alten Schriften heranzuziehen, die von der Entstehung, vom Kampf und von der Bedrohung des israelitischen Volkes und damit einer jüdischen Existenz handeln. (Mit „israelitisch“ wird das in den biblischen Schriften so genannte Volk bezeichnet, im Unterschied zum israelischen Volk, das sich durch die Staatsgründung 1948 neu konstituiert hat.)

Eine jüdische Existenz begann sich erstmals in der Geschichte herauszubilden, als sich bestimmte semitische Nomadenstäm-

me aus der Versklavung unter ägyptischen Herrschaftsstrukturen lösen konnten. Ich beschreibe diesen Vorgang so vage, weil es dazu keine verlässlichen Originaldokumente gibt. Vorhanden ist das eindringliche literarische Ergebnis dieses „Exodus“ (dt. Auszug) aus Ägypten, der im 2. Buch Mose bearbeitet und legendenhaft ausgeschmückt wurde. Hier taucht „Israel“ als Synonym für Jakob als Stammesführer (bzw. als Name des ganzen Stammes) erstmals auf. Den Angehörigen dieser Jakobsstämme sind im Verlauf ihrer Befreiungs- oder Loslösungsprozesse bestimmte sozialethische Einsichten erwachsen, die sie als Geschenk jenes göttlichen Wesens begreifen, das sich für sie als Befreiergott aus der Fremdherrschaft erwiesen hatte. Deshalb beginnt das Manifest dieser Befreiung auch mit einer Erinnerung an diesen Vorgang: „Ich bin der Herr, dein Gott, der ich dich aus Ägyptenland, aus der Knechtschaft, geführt habe. Du sollst keine anderen Götter haben neben mir.“ (Ex. 20,2 f.)

Was nun folgt, sind die weiteren neun Gebote in einer Reihe von zehn wichtigen Grundsätzen, die das Zusammenleben dieses Volkes bestimmen sollten. Auch die dann im weiteren Verlauf der Volks- und Staatsgeschichte Alt-Israels daraus abgeleiteten Bestimmungen für Wirtschaft, Recht und Religion werden insgesamt unter dem Begriff der „Thora“ zusammengefaßt. Das Problem, das mit dieser Rechtsetzung auftauchte und die weitere israelitische Geschichte bis zum vorläufigen Ende durchzog, ist die wieder und wieder erfolgte Verletzung der vom Befreiergott JHWH (in neuerer Zeit wurde er vorrangig „Jahwe“ oder „Jehova“ genannt) gegebenen Thora-Regeln durch die Angehörigen dieses Volkes selbst. Von daher hat sich dieser Gott sozusagen als der erste und furchtbarste „Antisemit“ in der Geschichte Israels erwiesen. Denn bald zeigte sich, daß nicht nur Übertretungen von Speise-, Fasten- und Opferregeln ihm „ein Greuel“ waren – wovon an vielen Stellen der Mose- und Prophetenbücher berichtet wird –

sondern auch die Gier nach Gold, die Praxis des Menschenopfers, zauberische Praktiken, falsche Maße und Gewichte und ähnliche Symptome schreiender Ungerechtigkeit. Der Prophet Jeremia übt beißende Kritik an den führenden Schichten dieses Volkes, das sich um 600 v. u. Z. unter seinem König Jojakim meilenweit von den Regeln des JHWH entfernt hatte. „So spricht der Herr Zebaoth, der Gott Israels: Bessert euer Leben und euer Tun, so will ich bei euch wohnen an diesem Ort. Verlaßt euch nicht auf Lügenworte, wenn sie sagen: Hier ist des Herrn Tempel, hier ist des Herrn Tempel, hier ist des Herrn Tempel!, sondern bessert euer Leben und euer Tun, daß ihr recht handelt gegen den anderen und keine Gewalt übt gegen Fremdlinge, Waisen und Witwen und nicht unschuldiges Blut vergießt an diesem Ort, und nicht anderen Göttern nachlauft zu eurem eigenen Schaden ...“ (Jeremia 7,3 ff.)

In diesem Sinne ging es weiter durch die Geschichte. Gott, der diesem Volke Gutes tun will, und auch zahlreiche Propheten, also Mahner und Erzieher des Volkes, traten auf als seine härtesten Kritiker, also zugleich als seine besten Freunde. In der oben beschriebenen Lesart müßten sie als schlimme Antisemiten gelten, die sie natürlich schon damals nicht waren und auch heute nicht sind – wie etwa Uri Avnery von der israelischen Friedensbewegung, der Scharons Terror anprangert.

Andererseits müssen es sich diejenigen, die jetzt als bedingungslose Philosemiten auftreten („Wer Israel kritisiert, macht sich des unterschweligen Antisemitismus verdächtig!“), gefallen lassen, falsche Freunde eines Volkes und Staates genannt zu werden, der als Mitglied der Vereinten Nationen an den Grundsätzen des für alle geltenden Völker- und Menschenrechts zu messen ist. Wer terroristische Gewalt zur Durchsetzung berechtigter Ziele anwendet, zerstört damit die Einlösung seiner Hoffnungen. Das gilt für palästinensische Terroristen genauso wie für israelische. Es gibt keinen Frieden ohne Gerechtigkeit – und das bedeutet konkret die gesicherte Existenz eines palästinensischen und eines israelischen Staates. Mögen das viele betroffene Menschen in der Nahostregion begreifen, aber genauso Bürger Deutschlands, in dessen Namen die schlimmsten Verbrechen an Menschen verübt wurden: an Juden, Christen und Atheisten. Die Dummheit des Antisemitismus wie die Dummheit des Philosemitismus lenken gleichermaßen davon ab, daß es um eine ausbeutungsfreie und friedliche Welt für alle geht – und die ist nur ohne die Macht des Kapitals denkbar. Möge uns im Kampf um diese neue Welt die alte Weihnachtsbotschaft Inspiration sein: „Ehre sei Gott in der Höhe, und Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!“

Peter Franz, ev.-luth. Theologe

Herzliche „RotFuchs“- Glückwünsche

gehen an zwei große Antifaschisten,
Kämpfer für den Sozialismus und
bedeutende Wissenschaftler der DDR:
den Philosophen

Prof. Dr. Walter Besenbruch

zum 95. (25. Dezember 2002)

und den Biochemiker

Prof. Dr. Samuel Mitja Rapoport

(27. November 2002)

nachträglich zum 90. Geburtstag.

Bitte der Buchhaltung

1. Beiträge bitte vierteljährlich, halbjährlich oder jährlich zahlen (möglichst nicht monatlich).
2. Noch in DM erteilte Daueraufträge bitte auf Euro umstellen.
3. Mitgliedsbeiträge für 2002 bitte innerhalb von vier Wochen bezahlen – soweit noch nicht geschehen.

Die FüÙe auf dem Boden, den Kopf in den Büchern

Als Bauer in der DDR (1)

Genosse **Werner Döring** war ein Pionier der DDR-Agrarrevolution. Jetzt hat der 77jährige staatlich geprüfte Landwirt, der nacheinander Einzelbauer, Brigadier, Vorsitzender einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) und Leiter der zwischengenossenschaftlichen Kooperation Jungrinderaufzucht in der Sächsischen Schweiz war, seine Biographie aufgeschrieben. Er sandte sie dem „RotFuchs“. Wir veröffentlichen den Text in Auszügen.

Die 1951 umgehende Parole, daß sich alle Bauern der DDR zu „Dorfgenossenschaften“ zusammenschließen müÙten, hatte sich als Gerücht erwiesen. Oder wurde das Vorhaben aus anderen Gründen fallengelassen? Deutschland war ein geteiltes Land, deshalb mußte die Politik auf vieles Rücksicht nehmen.

Für den Bereich der Bäuerlichen Handelsgenossenschaft Ehrenberg und Umgebung sollte in drei Monaten ein Viehwirtschaftsberater ausgebildet werden. Der Ehrenberger Bauer Karl Kurze war angesehen und sein Wort „Das macht Döring“ hatte Gewicht. Damit waren für mich die Würfel gefallen. Meine Lehrer waren bis dahin fortschrittliche Bauern aus der näheren Umgebung. Nun sollte ich ein ganzes Vierteljahr lang Gelegenheit zum Lernen bekommen. Ich zögerte nicht mit meiner Zustimmung. Meinen Schwiegervater hatte ich bereits dafür gewonnen, sich freiwillig der Milchleistungsprüfung anzuschließen. Damit hatte ich mir in seiner Wirtschaft die Möglichkeit geschaffen, die soeben erlernte Theorie unmittelbar an der Praxis zu messen.

Der Lehrgang fand in einer Spezialschule für Viehwirtschaft in Plauen-Oberlosa statt. Als wir vier Kollegen aus dem Kreis Pirna im Zug nach Plauen saßen, kamen wir mit einem Viehhändler und seiner Frau ins Gespräch. „Sie werden aus euch Kommunisten machen“, warnte er uns. „Mit uns machen sie das nicht“, erwiderten wir im Brustton der Überzeugung. Es sollte nicht der letzte Irrtum in meinem Leben sein.

An der Schule herrschte eine herrliche, geistig freie Atmosphäre. An der Wandzeitung stritten wir uns über politische Themen. Mein Denken wurde besonders durch die Begegnung mit einem Kollegen, der eine Antifaschule in der Sowjetunion besucht hatte, beeinflusst. Über das soeben Gelernte hielt jeweils ein Schüler ein Kurzreferat und ein anderer das Ko-Referat. Mitunter stritten wir uns heftig. Doch es war produktiv. Die Prüfungen bereiteten mir keine großen Schwierigkeiten. Ich schloß mit „Gut“ ab.

Nach Beendigung des Lehrganges probierte ich in unserer Wirtschaft manches Neue aus. Ich fand sogar für viele Ideen Verständnis. Das war bei älteren erfahrenen Bauern nicht selbstverständlich. Meine

Frau und meine einfühlsame Schwiegermutter unterstützten mich dabei.

Bereits nach zwei Jahren wurden unsere Rinder in das Herdbuch für Rinderzucht eingetragen. Wir beantragten, daß unser Bestand als tuberkulosefrei anerkannt würde. Der zuständige Kreistierarzt Dr. Glöckner reagierte darauf nicht. Ich hatte bereits einige Beiträge für die Bauernzeitung geschrieben. Nun nutzte ich die Beziehung zu den Redakteuren für eine öffentliche Kritik an seiner Haltung. Als der Doktor wenig später auf unserem Hof aus dem Auto stieg, beeilte er sich zu bemerken: „Herr Döring, denken Sie nicht, daß ich wegen des Zeitungsartikels komme.“ Hauptsache, er war gekommen.

Wir waren die ersten im Dorf, an deren Stalltür die Plakette „Tbc-freier Rinderbestand“ angebracht werden konnte. Emil Datheschüttelte mit dem Kopf: „Woas hoastn du do doavunn?“ Kurze Zeit später hatte auch er die begehrte Plakette. Begehrt war sie deshalb, weil es drei Pfennig mehr für jeden Liter Milch und 25 % mehr beim Verkauf von Nutzvieh gab.

Auch beim Aufstellen einer Schweinehütte waren wir Vorreiter und schafften zusätzliche Stallplätze. Unser Tierarzt Dr. Fischer staunte, als ihm mitten im Winter unsere Muttersau Emma und neun putzmuntere Ferkel im Schnee entgegenkamen.

Vom Landesvorstand der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) wurde ich als Viehwirtschaftsberater für fünf Orte bestellt. Es war eine Zeit des Aufbruchs. Ich konnte interessierten Bauern Neuerungen erläutern und sie mit ihnen praktisch in ihre Wirtschaft einführen. Der Staat förderte jede Mehrproduktion finanziell und durch zusätzliche Futtermittel.

Politisch und wirtschaftlich hatte der Kalte Krieg zwischen der kapitalistischen Welt und den Ländern, die den Sozialismus aufbauen wollten, begonnen. In der zwei Jahre alten DDR war dieser Krieg deutlich zu spüren. Die Ernährung der Bevölkerung mußte aus eigener Kraft gesichert werden. Das gelang immer besser. Wütend versuchte die Adenauer-Regierung, unsere Bauern über den RIAS zu beeinflussen. Mit ihren Bemühungen war sie erfolgreich. Heftig wurde auch gegen die Ackerbau- und die Viehwirtschaftsberater agitiert. Viele Bauern sahen uns scheel an. Öffentlich wurden wir als „Landplage“ beschimpft.

Nicht jeder, der ein Amt bekleidete, beherrschte es souverän. Auch in revolutionären Zeiten stimmte der alte Spruch „Wem der Herr ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand“ nicht immer.

Der Wille zum Wiederaufbau des Landes war in den 50er Jahren von einem grenzenlosen Zukunftsoptimismus getragen. Der Mensch sei imstande, die Natur nach seinem Maßstab unbeschränkt zu verändern. Mitschurin stand hoch im Kurs mit seinen Worten: „Wir können von der Natur

keine Geschenke erwarten. Sie ihr abzurufen, ist unsere Aufgabe.“ Wir waren davon überzeugt, daß wir es noch erleben würden, daß der Mensch das Wetter beherrscht und sibirische FlüÙe von Norden nach Süden umleitet, um die Trockensteppen auf Dauer zu bewässern. Wie der Hunger besiegt werden könne, wurde nicht nur diskutiert, sondern auch geplant. Wenn wir damals in den Versammlungen über die Zukunft sprachen, winkten die alten Bauern nur ab: „Die Natur kann man nicht umstoßen!“

Ilse Eltern waren nun über 60. Sie hatten einen stattlichen Bauernhof mit Kopf und Händen aufgebaut, den sie uns verpachteten. Nun waren wir richtige Bauern. Anfangs halfen uns auch meine Eltern bei der Bewältigung der Arbeit. Wir probierten viele „Neuerer Methoden“ aus, beispielsweise das Nestpflanzverfahren beim Kartoffelanbau, die Futtermilchpilz- und Strohsilos. Als erste im Ort bauten wir Futtermais an. Nicht alles hatte Bestand. Am waghalsigsten war wohl die Einführung der „Offenställe“. Noch als Viehwirtschaftsberater lud ich den Initiator dieser Form der naturgemäÙen Tierhaltung, Landwirtschaftsrat Rudolf Ohl aus Jena, zu Vorträgen in unsere Dörfer ein. Ich halte Offenställe auch heute noch für eine mögliche Form, die Tiere zu halten. Aber in der DDR wurden sie rigoros eingeführt und administrativ durchgesetzt. Das führte zum Fiasco. Ohl verließ das Land.

Als 1952 die ersten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der DDR gegründet wurden, berieten auch wir Lohsdorfer darüber. Zwei Gründe sprachen dafür: der effektivere Einsatz der schweren Technik durch die staatlichen Maschinenausleihstationen (MAS) und die Aussicht auf Erleichterungen bei der körperlich schweren Arbeit.

Drei Bauern wagten am 31. Dezember 1952 – Stalins Geburtstag – den Schritt. Die LPG „Vereinte Kraft“ Lohsdorf war geboren. Als meine Frau und ich ihren Vater als Verpächter darüber informierten, daß wir der LPG beitreten wollten, hatte er ernsthafte Vorbehalte. „Kumpanie ist Lumperie“, meinte er. Schnell „vermachte“ er seiner ältesten Tochter das Ausgedingehaus, in dem sie mit ihrer Familie wohnte. Außerdem den dazugehörenden Obst- und Gemüsegarten. Die Wirtschaftsflächen und das Haus sollten nicht der LPG gehören. Dennoch wurde er Jahre später – schon hochbetagt – als Ratgeber in unseren Mitgliederversammlungen gehört. Das hohe Alter hatte ihn nicht am Umdenken gehindert.

Werner Döring, Hohnstein

Was ist der Unterschied zwischen der Schröder-Regierung und einer Telefonzelle? In der Telefonzelle zahlt man vor der Wahl.

Rußland ist heute zu Amerikas technischem Handlanger abgesunken

Hegemonismus im All

Am 11. Januar 2000 wurde in den USA ein Bericht der sogenannten Rumsfeld Commission veröffentlicht. Darin empfahlen die Verfasser eine Revision internationaler Abkommen und nationaler Richtlinien, die amerikanischen Weltraumplänen im Wege stehen. Die Kommission behauptete, daß Sicherheit und Wohlergehen der Vereinigten Staaten, ihrer Verbündeten und Freunde davon abhingen, die Herausforderungen und Probleme des Weltraums zu meistern. Es sei daher in ihrem Interesse,

1. den derzeitigen Stand der technologischen Kapazität Amerikas für militärische Zwecke im Weltraum zu nutzen, um die nationale Sicherheit, internationale Beziehungen und die amerikanische Wirtschaftsentwicklung zu fördern;
2. defensive und offensive Waffensysteme im Weltraum zu stationieren, um feindliche Angriffe abzuwehren und zu verhindern, daß der Weltraum zu Zwecken genutzt werde, die nicht den Interessen der Vereinigten Staaten entsprechen.

Die Kommission empfahl u. a.,

■ die beschleunigte Umgestaltung existierender amerikanischer Kampf-Satelliten-Systeme in eine moderne Streitkraft, die defensiv und offensiv gegen Bedrohungen des Territoriums der Vereinigten Staaten, ihrer vorgeschobenen Verteidigungslinien, ihrer Alliierten und ihrer globalen Interessen eingesetzt werden kann;

■ die Entwicklung neuer Technologien zu fördern, zum Schutz gegen feindliche Angriffe auf Kommunikations- und Befehlssysteme;

· militärische und zivile Spezialisten auf dem Gebiet der Weltraum-Technologie zu

mobilisieren und die dazu notwendige staatliche Infrastruktur zu schaffen;

■ die Priorität technisch hochwertiger Programme für die totale Erneuerung bestehender Satelliten-Systeme zu unterstützen, deren Kosten im Laufe der nächsten zehn Jahre schätzungsweise über 60 Milliarden Dollar betragen sollen.

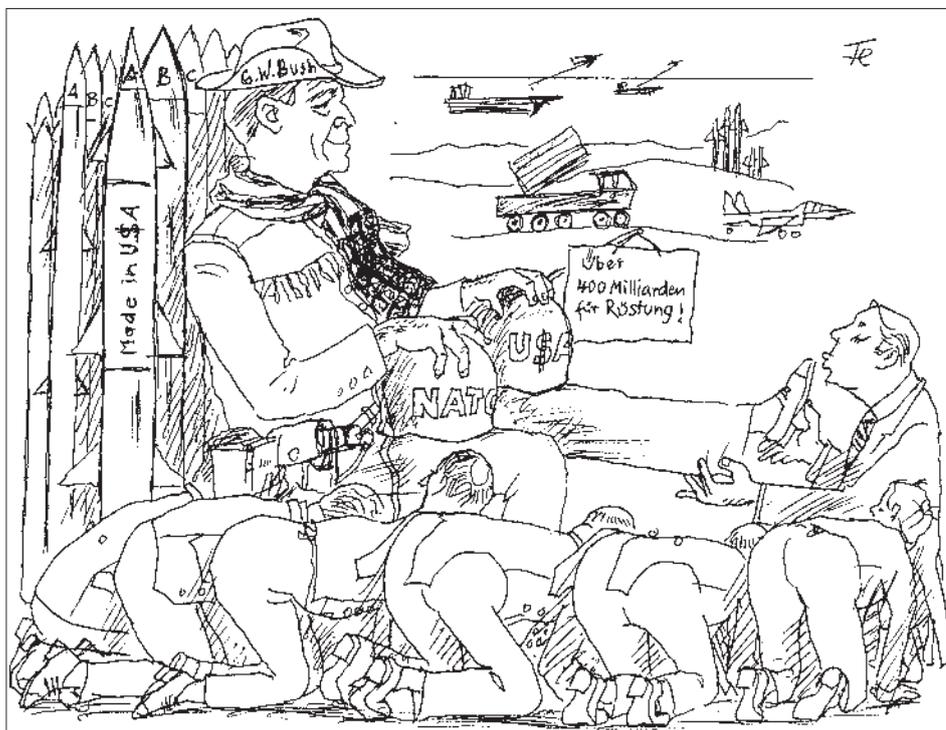
So werden im neuen Jahrtausend amerikanisch-russische Beziehungen von veränderten Realitäten bestimmt. Rußland befürchtet mit Recht, daß Washington seine politische und militärische Zielsetzung von einer Position der Stärke, also als konkurrenzlose globale Führungsmacht, formulieren werde. Jedoch zählt heute Moskaus Meinung nicht viel. Nach der Vernichtung der „MIR“-Station ist Rußlands Rolle im Kosmos auf die eines Taxichauffeurs für die amerikanische Raumstation beschränkt. International gültige Richtlinien für Aktivitäten im Weltraum erkennen u. a. das Recht der Selbstverteidigung an und stellen die Tätigkeit von Verteidigungssystemen im Rahmen bestehender Abkommen nicht infrage. Allerdings verbot der ABM-Vertrag von 1972, der von Nixon und Brezhnev unterzeichnet worden war, im Art. 5 die Nutzung des Alls für Anti-Raketensysteme und für die Stationierung strategischer, offensiver Waffensysteme. Mitte 2002 kündigte Amerika den ABM-Vertrag trotz russischer Einwände, womit auch der Gesamtkomplex der zusätzlichen Abmachungen von 1972 hinfällig geworden ist. Ohne die Beschränkungen des ABM-Vertrags, schrieb Prof. Oleg V. Golubjew, Stellvertretender Hauptkonstrukteur und Abteilungsleiter für Radiotechnologie des Instituts für Raketenabwehr,

in der „Sowjetskaja Rossija“, sei Rußland nicht mehr imstande, einen massiven amerikanischen Raketenangriff mit modernisiertem Arsenal abzuwehren oder auch nur abzuschrecken. Die Neuentwicklung technisch fortgeschrittener strategischer Langstreckenraketen sei daher für Rußlands Sicherheit unerlässlich. Allerdings büßte das Institut im Laufe der letzten Jahre rund 90 % seiner hochqualifizierten Ingenieure, Wissenschaftler und Mitarbeiter ein und ist jetzt gezwungen, den Bankrott zu erklären und seine Anlagen „auf dem Markt“ zu verhöckern.

Im April 2000 verkündete Rußland eine neue Militärdoktrin, nach der die militärische Überlegenheit im Weltraum ausschlaggebend für den Ausgang von Konflikten zur See und in der Luft sei, und im März 2001 wurde eine „Kosmische Militärformation“ gebildet. Allerdings sind Moskaus militärische Kapazitäten im Weltraum infolge der russischen Wirtschaftsschwäche ins Hintertreffen geraten. Nach Angaben der „Financial Times“ waren im Jahr 2001 von 190 sowjetischen Satelliten nur noch 111 im Erdumlauf. Von diesen waren 80 % veraltet. Von den ursprünglich acht Beobachtungs-Satelliten, die amerikanische Raketen überwachten, funktionierte nur noch einer.

Trotzdem sind westliche Unternehmen wie Amerikas Hughes Space and Communications und Lockheed Martin sowie Frankreichs Aerospatiale und Ariespace an Rußlands noch immer führender Raketentechnologie interessiert. Verträge wurden unverzüglich mit privatisierten russischen Unternehmen abgeschlossen. Laut „Financial Times“ haben Energomasch und RSC Energija Abkommen mit Lockheed Martin unterschrieben, um eine neue Serie von Weltraumraketen mit dem angeblich fortschrittlichsten Antriebssystem – als EELV bezeichnet – für die US-Luftwaffe zu entwickeln. „Es hätte bei uns Jahre gedauert und mehrere Billionen Dollar gekostet, um ein solches technisches Niveau zu erreichen“, meinte Patrick Loudon von Pratt & Whitney.

Das Geschäft hat nur eine Kehrseite: Da die geplanten EELV-Raketen für das amerikanische Militär bestimmt sind, müssen die Russen sämtliche Entwürfe und technischen Details in Milliarden-Wert an Lockheed Martin aushändigen, denn nach amerikanischem Gesetz ist die Rakete komplett in Amerika herzustellen. Im Endergebnis derartiger Privatinitiativen unerfahrener und skrupelloser russischer Unternehmen werden also russische Raketen in Zukunft amerikanische Spionagesatelliten in den Weltraum schießen, um westlichen Geheimdiensten einen besseren Einblick in die Vorgänge auf russischem Territorium zu ermöglichen.



Zum Prager NATO-Gipfel – Die sieben Neuen. Grafik: Arno Fleischer

Dr. Vera Butler, Melbourne

Generaloberst a. D. Fritz Streletz bei den Berliner „RotFuchs“-Genossen

Sichten eines sozialistischen Militärs

Genosse Fritz Streletz, Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung und Chef des Hauptstabes der Nationalen Volksarmee sowie Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, sprach am 15. November 2002 vor der Berliner Regionalgruppe des RF-Fördervereins. Er äußerte sich zu Aspekten der gegenwärtigen militärpolitischen Weltlage – „aus der Sicht eines sozialistischen Militärs“. Mit dem Zerfall der Sowjetunion und des Warschauer Vertrages sei eine neue strategische Lage in der Welt entstanden, sagte der Generaloberst a. D. einleitend. Die USA hätten ihre Position als Weltgendarm gefestigt und bestimmten in zunehmendem Maße den Verlauf des internationalen Geschehens. „Es gibt z. Z. keine Kraft, die den Weltherrschaftsplänen der Vereinigten Staaten Einhalt gebieten könnte.“ Da die Truppen der USA zu allen denkbaren Einsatzgebieten einen See- oder Luftweg von 5 000 bis 7 000 km zu überwinden hätten, habe das Pentagon seit Ende des Zweiten Weltkrieges immer mehr kampffähige Verbände in anderen Ländern stationiert, z. Z. fast 250 000 Mann. Allein in Deutschland befänden sich noch 70 000 amerikanische Soldaten, in Japan seien es 40 000, in Südkorea 37 000. Bis zum Überfall auf Afghanistan waren US-Truppen in 28 Ländern präsent, jetzt in 33. Washington habe bereits erklärt, daß die in Afghanistan, Pakistan, Kirgisien, Usbekistan, Tadschikistan und Kasachstan geschaffenen neuen Militärbasen auch nach Beendigung des Krieges zum „Schutz“ der Öl- und Gasförderung bestehen bleiben müßten. Nach der vor einem Jahr beschlossenen „Verteidigungs“-Strategie der Bush-Administration wird die USA-Kriegsführung bestimmt durch: mehrfache militärische Überlegenheit, vor allem auf technischem

Gebiet; Vermeidung eigener Verluste bei Kriegshandlungen; Ausschluß von Rückwirkungen der Kämpfe auf das US-Territorium. Gleichzeitig sei eine Reorganisation der Streitkräfte im Gange. Es solle „eine völlig neuartige Armee entstehen, die mit weltraumgestützter Technologie aus der Distanz Kriege führt“.

Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, wollen die USA ihren Militärhaushalt in großen Schritten aufstocken: In diesem Jahr belief er sich auf 334 Mrd. Dollar. Bis 2007 soll er auf 451 Mrd. steigen. Die Vergleichswerte für Rußland betragen 50 Mrd. Dollar jährlich, für China 21 Mrd. Dollar. Die militärische Situation in der Welt liefere also keinerlei Gründe für derartige Sprünge bei den US-Rüstungsaufwendungen. Vermutlich solle nicht nur der Abstand gegenüber den Verbündeten ausgebaut, sondern auch Druck auf sie ausgeübt werden, ihre eigenen Rüstungsanstrengungen zu steigern. Dasselbe gelte für Rußland und China.

Die NATO werde unter diesen Bedingungen zur militärischen Hilfstruppe der USA degradiert. Die Wehretats aller europäischen NATO-Staaten zusammen betrügen 140 Mrd. Dollar, der militärtechnische Abstand liege bei 10 bis 15 Jahren. „Die NATO hat 1989/90 ihr wichtigstes Ziel erreicht und sich selbst überflüssig gemacht.“

Der Redner ging dann auf Fragen der BRD-Militärpolitik ein. Die NATO-Osterweiterung habe Deutschland in eine äußerst günstige militärgeographische Lage gebracht. „Nach Norden, Süden und Westen besitzt die BRD ein militärisches Vorfeld von über 1 000 km, nach Osten von über 500 km. Das bringt viele Vorteile mit sich.“ Nachdem der Bundestag der Militarisierung der Außenpolitik Tür und Tor geöffnet habe, laufe der Umbau der Bundes-

wehr von einer Ausbildungs- zur Einsatz- und Interventionsarmee auf vollen Touren. Anhand eines ganzen Katalogs von praktischen Maßnahmen wurde nachgewiesen, wie „Deutschland auf militärischem Gebiet die Nr. 1 in Europa werden will“. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr kosteten schon jetzt jährlich 1,7 Mrd. Euro. Dies hänge auch mit den hohen Auslandszulagen zusammen, die pro Mann und Tag bis zu 90 Euro betrügen. Die Akzeptanz der Bundeswehr unter den jungen Männern sei in Ost- und Westdeutschland deutlich unterschiedlich: Während aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit etwa 30 % der Wehrpflichtigen aus dem Osten kämen, habe die Zahl der Wehrdienstverweigerer im Westen mit annähernd 180 000 Mann – bei 400 000 Gemusterten – eine Rekordhöhe erreicht.

Abschließend behandelte der Redner u. a. militärische Aspekte der Irakproblematik und die diesbezügliche neue Resolution des Weltsicherheitsrates.

An der lebhaften Diskussion beteiligten sich 10 Genossinnen und Genossen mit Fragen und ergänzenden Bemerkungen. In seinen Antworten vermittelte Genosse Streletz eine Fülle weiterer Fakten und Informationen, so über den Umfang der US-Hilfe für Israel, über die Personalkosten der Bundeswehr im Vergleich mit anderen Armeen, auch der NVA, und über den Zustand der russischen Streitkräfte. In einigen Beiträgen zeigten sich unterschiedliche Wertungen besonders zur Situation in Rußland, zur Rolle von Präsident Putin und hinsichtlich der Rivalitäten zwischen den imperialistischen Großmächten. Zum Verständnis der Haltung der VR China ergänzte Botschafter a. D. Rolf Berthold wesentliche Gesichtspunkte. Er ging von einer strategischen Pentagon-Analyse (1999) aus, in der das 21. als das asiatisch-pazifische Jahrhundert charakterisiert werde. Die Hauptauseinandersetzung werde danach zwischen den USA und China stattfinden. Der kritische Zeitpunkt sei im Jahre 2025 erreicht, wenn das Bruttoinlandsprodukt Chinas dem der USA gleichkomme oder es übertreffe – wobei chinesische Einschätzungen diesen Zeitpunkt deutlich später ansetzten. Die amerikanische Politik müsse alles tun, um China zu schwächen, bevor es zu stark werde. Ziehe man diese Einschätzung in Betracht, dann erhielten die neuen US-Militärbasen in Zentralasien ihr spezifisches Gewicht. China werde alles unternehmen, um eine bewaffnete Auseinandersetzung zu vermeiden und seine internationale Politik entsprechend einrichten. Dieser widerspräche es, sich auf Bündnisse einzulassen, die zu einer Konfrontation mit anderen Staaten oder Staatengruppen führten. Chinas Ziel sei nicht eine Neuauflage der vergangenen Bipolarität in der Welt, sondern eine Art „Multipolarität“, an der viele Staaten beteiligt sein müßten. **Frank Mühlfeldt**



Fritz Streletz

Welche Rolle spielt die Politik beim Hochwasserschutz?

Jahrtausendflut im Elbtal

Die Bewohner des Elbtals waren schon immer mit Hochwasserfluten konfrontiert. Im Vergleich zu den seit dem Jahr 1015 erfaßten 19 größten Hochwassern steht die Flut vom August dieses Jahres an 5. Stelle. Nach den Hochwasserständen, die in den Elbeortschaften markiert wurden, lag der Wasserspiegel im März 1845 mit Abstand am höchsten. Auch damals wurden Häuser bis in den 1. Stock überflutet. Das diesjährige Hochwasser erreichte vergleichbare Höhen. In Dresden, Pirna und Bad Schandau stand es noch 30 bis 90 cm darüber. Bad Schandau hat einen normalen Pegel von 2 bis 3 Metern. Im August war die Elbe auf über 12 Meter gestiegen. Nur wenige Häuser blieben verschont.

Eine vollständige Regulierung dieser Wassermassen ist auch in unserem Zeitalter des Hightech nicht erreichbar. Aber es gibt Möglichkeiten, sie teilweise aufzufangen und einzudämmen. Doch dazu ist der Staat gefragt. Die Politik der BRD sieht ihre Hauptaufgaben darin, Bedingungen dafür zu schaffen, daß die Konzerne profitabel operieren können. Dringende Aufgaben des Gemeinwohls bleiben auf der Strecke. Die KPD hat sich bereits wenige Jahre nach ihrer Gründung mit dem Problem des Hochwasserschutzes beschäftigt. Am 11. Dezember 1930 forderte ihr Pirnaer Reichstagsabgeordneter Siegfried Rädels vor dem Parlament im Auftrag seiner Fraktion von der Regierung den Bau von Hochwasserschutzanlagen. Doch es geschah nichts. Erst in der DDR wurde dieses Anliegen verwirklicht. Minister Hans Reichelt berichtete im „RotFuchs“ 11/2002, daß allein in Sachsen vier Talsperren (Rauschenbach, Gottleuba, Bautzen und Eibenstock) neu gebaut wurden. Im Einzugsbereich der Gottleuba entstanden zusätzlich vier Rückhaltebecken. Zwei von ihnen wurden von der Freien Deutschen Jugend geschaffen. 1974 konnte das gesamte Hochwasserschutzsystem „Gottleuba“ mit einem Einzugsgebiet von 115 km² eingeweiht werden.

Prof. Dr. Gerd Schmitz vom Institut für Hydrologie und Meteorologie der TU Dresden bezeichnete jetzt in der „Sächsischen Zeitung“ das Hochwasserschutzsystem „Gottleuba“ als beispielhaft. Damit konnte die Gottleubaflut um fast die Hälfte reduziert werden. Ohne diese gewaltigen Bauleistungen der DDR wäre die Katastrophe in den Städten Pirna, Heidenau, Dresden und weiter elbabwärts noch wesentlich größer gewesen. Indes: Wieviel Wohnungen hätten mit dieser Kapazität neu und schöner gebaut, wieviel Häuser in den Stadtzentren restauriert werden können!

In diesem Jahr wurde mit dem Bau des Rückhaltebeckens im Einzugsgebiet der Müglitz bei Lauenstein (Osterzgebirge) begonnen. Prof. Schmitz vertritt die Auffassung, daß es im geplanten Umfang beim Auguthochwasser fast nichts bewirkt hätte. Nun soll das Fassungsvermögen um

5,2 Millionen Kubikmeter erhöht werden. Aber damit kann man eine Katastrophe immer noch nicht abwenden. Nach Schmitz wäre ein Stausystem wie an der Gottleuba erforderlich. Doch dafür wird der Staat – wie schon in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts – kein Geld bereitstellen wollen. Hochwasserschutzanlagen bringen keinen Profit. Sie lassen sich auch nicht vermarkten, wenn ihr Zweck erhalten bleiben soll.

In den betroffenen Orten hat es viel Kritik am Informationssystem und auch an der Arbeit der Katastrophenstäbe gegeben. In der DDR wurden Katastropheneinsatzübungen regelmäßig durchgeführt. In den letzten 12 Jahren hat das hier niemand mehr erlebt. Seit der Zugehörigkeit zur BRD wurden in unserem Gebiet auch keine nennenswerten Hochwasserschutzanlagen gebaut. Vorhandene sollten nach einem Plan der Landesregierung, der nach dem Auguthochwasser wieder fallengelassen wurde, aus Kostengründen nicht mehr bewirtschaftet werden.

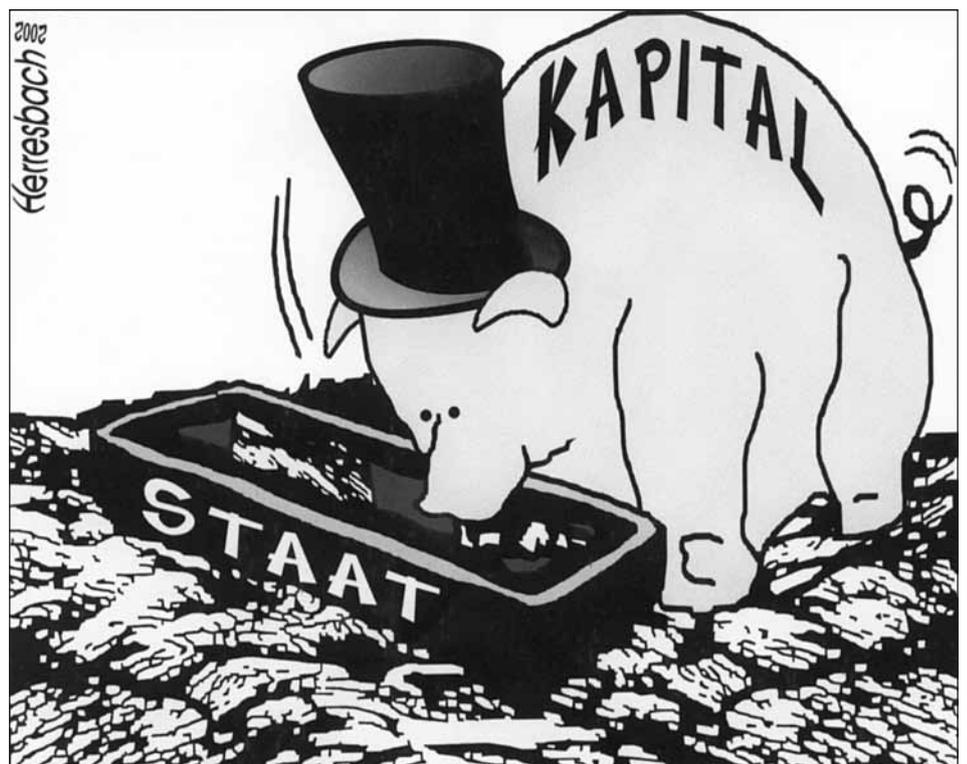
Die bestehenden Talsperren erhielten neue Funktionen als Trinkwasservertriebsanlagen oder Tourismuszentren. Daran ergaben sich natürlich auch andere Regelungen für das prophylaktische Absenken der Wasserhöhe. Es wurden nur 10 bis 15 % des gesamten Stauraumes für den Hochwasserschutz verfügbar gehalten. Ein weiteres Absenken erfolgte auch in der Tage zuvor bekannten kritischen Situation im August nicht, da sonst – wie argumentiert wurde – die Trinkwasserversorgung und der Touristenbetrieb gefährdet gewesen seien. Das Trinkwasserversorgungsgebiet der Talsperre „Gottleuba“

wurde in den vergangenen 12 Jahren gewaltig ausgebaut. Es erstreckt sich inzwischen bis nach Pirna, Königstein, Bad Schandau, Heidenau, Glashütte und Kreischa. Qualitativ und quantitativ völlig ausreichende territoriale Trinkwasseraufkommen mußten – auch gegen den Willen der Gemeinden – dichtgemacht werden. Mit dieser Politik der Landesregierung entstanden aus den ursprünglich auf das Gemeinwohl orientierten Hochwasserschutzanlagen gewinnbringende Unternehmen.

Und noch ein Beispiel für die verfehlte Politik sei genannt. In Röderau-Süd bei Riesa wurde nach 1990 in einer Elbaue ein Neubaugebiet mit 400 Einwohnern errichtet. Die Einfamilienhäuser standen im August bis zu den Dächern unter Wasser. Das Regierungspräsidium Dresden hatte die Baugenehmigung erteilt. Auch zu DDR-Zeiten war die Besiedlung der Elbaue in der Diskussion. Wegen der Überflutungsgefahr wurde damals davon Abstand genommen. Das Geländeniveau liegt in der Höhe des normalen Elbwasserspiegels. Jetzt stellte eine Kommission fest, daß für dieses Bebauungsgebiet ein Hochwasserschutz nicht möglich ist. Die Landesregierung Sachsen hat daraufhin beschlossen, die Einwohner des gesamten Areals umzusiedeln. Der Aufwand beträgt 50 Millionen Euro, die der Freistaat Sachsen zu Lasten der Steuerzahler übernimmt.

Das Hochwasser war nicht zu verhindern. Aber die Katastrophen hätten mit einer auf die Interessen der Allgemeinheit gerichteten Politik in vielen Fällen verhindert oder gemildert werden können.

Dr.-Ing. Hans Köckeritz, Kurort Gohrisch



„RotFuchs“-Fördervereinsfamilie erhält Zuwachs

Neuer Kessel in Freiberg

Mit der Gründung des RF-Fördervereins im Juli 2001 fanden auch in der sächsischen Region Freiberg bisherige Leser den Weg zu ihm; inzwischen ist die Zahl der Mitglieder – und auch die der Leser – weiter gestiegen. Allerdings blieben die Kontakte untereinander bislang nur sporadisch, vielen erschien das unzureichend. So bildete sich – vorrangig auf Initiative eines Genossen, der den RF seit Jahren in seinem Buchladen gegen Spende abgibt – ein kleiner Kreis von Vereinsmitgliedern, der sich zum Ziel setzte, nach dem Beispiel an-

Das Regenbogenhaus

Das Freiburger Regenbogenhaus, in dessen Räumen sich unsere Regionalgruppe konstituierte, ist ein Hotel besonderer Art. In ihm arbeiten überwiegend Behinderte und alles ist so eingerichtet, daß sich Menschen mit Einschränkungen hier wohlfühlen können. Natürlich sind auch andere Hausgäste willkommen. Das an der Peripherie der alten Stadt des Silberbergbaus gelegene denkmalgeschützte Gebäude wurde mit einem Aufwand von 3,4 Millionen DM modernisiert und Ende 2001 in Betrieb genommen. Die Initiative war von Freiburger PDS-Genossen ausgegangen. Es entstanden hier ständige Arbeitsplätze in Küche, Service und Hauswirtschaft für 19 lern- und geistigbehinderte Jugendliche, die unter Anleitung von 6 auf gastronomischem und sozialpädagogischem Gebiet Erfahrungen tätig sind. Eine Chance, die sie in dieser Gesellschaft sonst mit Sicherheit nicht erhalten hätten. Das Hotel – inzwischen von Menschen mit Behinderungen aus fast allen Bundesländern entdeckt – hinterläßt einen hervorragenden Eindruck. Sein liebenswürdiger Geschäftsführer – ein PDS-Genosse, der zu Beginn der „RotFuchs“-Veranstaltung Erläuterungen gab –, ist ehrenamtlich tätig. **R. F.**

derer Landesteile auch bei uns eine Regionalgruppe zu gründen.

Schnell wurden wir uns über die Aufgaben und die Arbeitsteilung bei der künftigen Gruppenarbeit einig. Einladungen ergingen nun an alle uns bekannten Vereinsmitglieder sowie Bezieher des RF in Stadt und Region Freiberg. Am 18. November war es dann soweit. Der kleine Saal des Hotels Regenbogenhaus füllte sich mit etwa 30 Teilnehmern. Wir konnten Gäste aus Berlin begrüßen. Unserer Einladung waren vom Vereinsvorstand die Genossen Dr. Klaus Steiniger, RF-Chefredakteur, und Armin Neumann, Vertriebsleiter, gefolgt. Auch der Landessprecher der Kommunistischen Plattform der PDS Sachsen, Genosse Andreas Krämer, hatte sich eingefunden.



Wir nutzten die Gelegenheit, Informationen über die Vereinsarbeit aus erster Hand zu erhalten. Genosse Steiniger betonte, das Hauptziel der Zeitung – der Förderverein konzentrierte sich ganz auf politische Bildung – sei die Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch. Gesprochen wurde über die bisherige Vereinsentwicklung. Man unterbreitete Vorschläge für Veranstaltungen, z. B. über die Volksrepublik China, zur Sicherheitspolitik der DDR oder zum Prozeß gegen Milosevic, der sich vor dem NATO-

Gericht in Den Haag wie ein zweiter Dimitroff schlägt. Wir erhielten Auskunft zum Autorenkollektiv und Mitarbeiterkreis des RF; die Biographien in der Zeitung publizierender Genossen fanden Erwähnung. Genosse Steiniger berichtete auch über seine eigene journalistische und politische Tätigkeit in der DDR.

Nach der anregenden Debatte, die mehrere internationale und nationale Themen berührte, konstituierte sich die Regionalgruppe. Die Hauptgebiete ihrer Tätigkeit wurden vorgestellt: Bildungsarbeit, Traditionspflege, Öffentlichkeitsarbeit, Organisation und Finanzen. Acht Vereinsmitglieder kandidierten für den Vorstand, darunter zwei Vertreter der jungen Generation. Alle Bewerber wurden gewählt. Dem Buchhändler Dieter Rosenberg übertrug das neue Gremium den Vorsitz. Erfreulich ist, daß noch während der Versammlung vier Anwesende dem Förderverein beitraten.

Bei der Zusammenkunft wurde hervorgehoben, daß nach der Gründung von „RotFuchs“-Kesseln in den Großstädten Berlin, Hamburg, Schwerin, Halle und Leipzig nunmehr erstmals auch eine Regionalgruppe in einer kleineren Stadt (Freiberg zählt etwa 45 000 Einwohner) mit ländlichem Umfeld besteht. Wir hoffen, daß dieses Beispiel Schule macht.

Prof. Dr. Karl-Heinz Bintig

Lebhafte „RotFuchs“-Debatte in Schwerin

Noch stärker Anlaufpunkt sein

Seit Gründung unserer Regionalgruppe Mecklenburg-Vorpommern trafen wir uns bisher vor allem, um über innen- oder außenpolitische Fragen zu sprechen (Buch der MFS-Abwehr, Lage in Kolumbien usw.). Nun beschäftigten wir uns erstmals mit der Arbeit des Fördervereins und dem Profil unserer Zeitung „RotFuchs“. Nach kurzen einleitenden Bemerkungen des Gruppenvorsitzenden Dr. Norbert Pauligk fand eine lebhaft Diskussions statt, bei der die Meinungen bisweilen auch auseinander gingen – sowohl hinsichtlich der Bewertung der Rolle und der Aufgaben des RF als auch im Hinblick auf die Möglichkeiten des Fördervereins, unmittelbar in das politische Geschehen einzugreifen. Einerseits wurde deutlich unterstrichen, daß sich der Förderverein – gemäß seiner Satzung – vor allem politische Bildung auf seine Fahnen geschrieben hat; andererseits rieten Diskussions Teilnehmer an, aktiver in den politischen Meinungsfindungsprozeß einzugreifen und zu einem wichtigen Anlaufpunkt für Linke zu werden. In der Debatte zeigte sich, daß jeder einzelne, seinem Alter entsprechend, in der DDR unterschiedliche Erlebnisse gehabt und Er-

fahrungen gesammelt hat. Diese persönlichen Eindrücke und Erkenntnisse müßten sich bei der Behandlung der Geschichte der DDR auch im „RotFuchs“ deutlicher widerspiegeln. Auf der Leserkonferenz im Februar wird es dazu sicherlich Diskussionsbeiträge geben.

Gesprächsbedarf besteht weniger in bezug auf die inhaltliche Gestaltung der Zeitung als hinsichtlich der Einbeziehung auch jüngerer Autoren, da die biologischen Grenzen der älteren Generationen nun einmal gegeben sind. Wenn die aufklärende und entlarvende Rolle des RF auch in Zukunft zur politischen Bildung beitragen soll, dann steht die Gewinnung jüngerer Leser bzw. die Verteilung der Zeitung an Uni-Bibliotheken sowie weitere wissenschaftliche Einrichtungen und Institutionen mit im Vordergrund.

Wir haben uns jedenfalls vorgenommen, gerade interessierte Leser aus dieser Altersstufe zu gewinnen. Bei den Veranstaltungen des Vereins bringt jedes Fördermitglied jeweils einen neuen Besucher mit. Ein kleiner Schritt, mehr in die Breite zu kommen und Linken eine politische Heimat zu geben. **Heidi Polzer**

Ein Atelierbesuch in Görlsdorf

Die Malerin Martina Dost



Kürzlich besuchten wir unsere Leserin Martina Dost in Görlsdorf bei Seelow, wohin sie vor kurzem umgezogen ist. Die Industrienäherin, aus der sich in der DDR nach dem Studium eine Ökonomin im Oberbekleidungskombinat Berlin und im Ministerium für Leichtindustrie entwickelte, war später langjährig als Journalistin in der Wirtschaftsredaktion von Radio DDR tätig. Als sie die Umstände zwingen, sich nach einer neuen Tätigkeit umzuschauen, konzentrierte sie sich auf eine alte Leidenschaft: die Malerei. Ihr war sie schon als Mitglied von Zeichen- und Grafikkreisen zu DDR-Zeiten nachgegangen. Seit dem 1. Juni 2001 hat sich Martina Dost als Künstlerin selbständig gemacht. Schon seit 1995 bestritt sie größere Ausstellungen in und bei Berlin sowie in Mecklenburg, wo die gebürtige Gerarlin zeitweilig lebte.

Bei unserem Besuch in ihrem Atelier zeigte uns die Malerin eine Reihe von Aquarellen. Die Reproduktionen auf dieser Seite geben die Farben leider nicht wieder. Wir möchten sie aber dennoch unseren Lesern vorstellen und Martina Dosts Talent eine noch breitere Entfaltung wünschen.

R. F.

KP Chinas: Erfolgreiche Bilanz, Probleme und westliche Entstellungen

Was brachte der XVI. Parteitag?

In der Geschichte der KP Chinas wird der XVI. Parteitag (8.-14. November 2002) einen wichtigen Platz einnehmen. Die im Zyklus von 5 Jahren stattfindenden Tagungen des höchsten Organs der Partei sind keine sensationsprallen Schauveranstaltungen, sondern Beratungen zu Grundfragen der Entwicklung Chinas auf dem sozialistischen Weg. Die Entschlossenheit, diesen weiter zu gehen, hat auch der Kongreß mit großem Nachdruck unterstrichen. Die KPCh, durch über 2 100 Delegierte auf ihm vertreten, weiß sehr wohl um ihre hohe Verantwortung für die Zukunft des Landes und das Schicksal des Sozialismus in der Welt. Wenn „Neues Deutschland“ schon fast erwartungsfroh prophezeite, „die chinesische Krise verspricht die härteste von allen Asienkrisen zu werden“ (Robert Kurz, „China ohne Wunder“, ND 15. 11. 2002), dann wird sichtbar, welche Verwirrung bei der Beurteilung der chinesischen Entwicklung herrscht bzw. herbeigeredet werden soll.

Chinas Führung ist auf dem Parteitag ihrer Pflicht voll gerecht geworden. Sie hat die von objektiven internationalen Beobachtern und in erster Linie vom chinesischen Volk empfundenen großen Fortschritte des Landes gebührend gewürdigt, die Probleme und zu lösenden Fragen mit großer Offenheit aufgeworfen und Lösungswege genannt, wenn auch keine Patentlösungen angeboten werden konnten. Der von der VRCh beschrittene Weg des Sozialismus ist in der gegebenen internationalen Situation, unter den Bedingungen der zwar geringer gewordenen, aber immer noch deutlich sichtbaren Rückständigkeit Chinas außerordentlich kompliziert und auch nicht ohne Risiken. Kommunisten, alle aufrechten Linken, begleiten dieses vielschichtige Ringen um gesellschaftlichen Fortschritt und das Wohl des 1,3 Milliarden-Volkes mit Solidarität, Sympathie und besten Wünschen.

Auf dem Parteitag konnte resümiert werden, daß die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in den letzten Jahren weiter erfolgreich verlief. Insgesamt gesehen erreichte das Lebensniveau der Bevölkerung einen, wie es heißt, bescheidenen Wohlstand. Die Chinesen sind dabei, aus der Lage eines armen Volkes herauszutreten. Die Zunahme des Bruttoinlandsproduktes lag in den letzten Jahren weiterhin zwischen 7 und 8 %. Es wurde die Aufgabe gestellt, bis zum Jahre 2020 seine Vervierfachung im Vergleich zum Jahr 2000 zu erreichen. Die Voraussetzungen dafür sind durchaus gegeben. In diesem Zeitraum soll die Industrialisierung im wesentlichen realisiert, das soziale Sicherungssystem relativ vollständig und die Vollbeschäftigung im Prinzip erreicht sein. Bis zur Mitte dieses Jahrhunderts soll das Modernisierungsprogramm im wesentlichen umgesetzt und China zu einem reichen, starken, demokratischen und zivilisierten sozialistischen Staat aufgebaut werden.

Auf dem Parteitag wurde die Position der „drei Vertretungen“ besonders hervorgehoben. Sie wird mitunter mißverstanden und auch bewußt falsch interpretiert. Zusammenfassend wurden dieses Konzept vom Parteitag folgendermaßen formuliert: Die KP Chinas vertritt die Erfordernisse der Entwicklung fortschrittlicher Produktivkräfte, die fortschrittliche Kultur und die grundlegenden Interessen der überwiegenden Mehrheit des chinesischen Volkes. Damit werden die Erfahrungen berücksichtigt und Lehren aus der Niederlage des Sozialismus in der UdSSR und den europäischen ehemals sozialistischen Ländern sowie aus der inneren Krise in China Ende der 80er Jahre gezogen. Von der KPCh wird der Standpunkt vertreten, an den Grundprinzipien des Marxismus festzuhalten, aber gleichzeitig dessen dogmatisches und falsches Verständnis zu überwinden; sowohl die revolutionären Traditionen fortzuführen als auch Neues zu schaffen. Es wird die Forderung nach schöpferischem Herangehen gestellt. Die heutige Generation bringe Neues im Vergleich zur vorangegangenen hervor, die nächste Generation werde wiederum Neues schaffen. Viele Fragen seien mit den „drei Vertretungen“ verbunden, wie z. B.: die Entwicklung der Produktion und das Wohl des Volkes müßten tatsächlich im Mittelpunkt der Politik stehen, die Partei dürfe sich nicht vom Volk lösen, die Entwicklung der sozialistischen Demokratie, des sozialistischen Rechtsstaates müsse konsequent erfolgen, in der Kulturpolitik dürften keine Fehler zugelassen werden usw.

Es entwickelt sich ein Modell des Sozialismus, das auf den vier Grundprinzipien der KP Chinas (Festhalten am sozialistischen Weg, an der führenden Rolle der Partei, am Marxismus, an der demokratischen Diktatur des Volkes) basiert, sich aber in Vielem vom Sozialismusmodell der UdSSR und der europäischen sozialistischen Länder unterscheidet. Ausführlich werden in den Dokumenten des Parteitags die Erfahrungen und Ergebnisse auf den verschiedensten Gebieten dargelegt und die nächsten Schritte vorgezeichnet, ohne daß ein in sich geschlossenes Sozialismusmodell formuliert wird. Im Bericht des ZK an den Parteitag heißt es, „die größte Gefahr für die Partei nach der Machteroberung“ liege „in der Loslösung von den Massen“.

Die in vielen westlichen Veröffentlichungen enthaltene verkürzte Formel, die Position der „drei Vertretungen“ bedeute die Aufnahme von Kapitalisten in die Partei, ist so nicht zutreffend. Es handelt sich um folgenden: Im Zuge der Reformen in China haben sich neue gesellschaftliche Schichten herausgebildet, darunter das Personal in den Unternehmen mit ausländischem Kapital, Freiberufler, selbständige Unternehmer usw. Sie sind im Urteil der KPCh keine Gegenkräfte, sondern leisten einen Beitrag zum Aufbau des Sozialismus. Ihnen müsse ein gebührender Platz in der Gesellschaft eingeräumt werden. In der veränderten Fassung des Statuts der Partei

heißt es: „Jeder chinesische Arbeiter, Bauer, Angehöriger der bewaffneten Kräfte ... oder Angehörige anderer sozialer Schichten ..., der das Parteiprogramm und das Statut anerkennt, ... bereit ist, die Parteibeschlüsse zu erfüllen, ... kann um Aufnahme in die KP Chinas bitten.“ Eine solche Regelung schafft Bedingungen für einen gesellschaftlichen Zusammenschluß in der gegenwärtigen Entwicklungsphase, die durch die stabile politische Position der Partei und gleichzeitig die Anfangsphase des Sozialismus mit vielen Elementen vorsozialistischer Verhältnisse gekennzeichnet ist.

Ausführlich beschäftigte sich der Parteitag mit den existierenden gesellschaftlichen Problemen. Dazu gehören: Das Einkommen der Bauern und eines Teils der Stadtbevölkerung steigt nur langsam, die Zahl der Arbeitslosen nimmt zu. Die Einkommensentwicklung ist sehr unterschiedlich. An einigen Orten bestehen Probleme auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit. Es gibt Bürokratismus und Korruption. Besonders hervorgehoben wird, daß die Beschäftigungsmöglichkeiten mit allen Mitteln zu vergrößern seien und die Verbesserung des Lebensniveaus des Volkes Vorrang besitze. Wenn die Korruption nicht überwunden werde, bestehe die Gefahr, daß die Partei ihre Position verliere.

Wesentlicher Bestandteil der Parteitagsberatungen waren die Entscheidungen über die Zusammensetzung der Führung. Der bisherige Generalsekretär des ZK, Jiang Zemin, kandidierte nicht mehr für diese Funktion. Er hatte sie seit 1989 inne. Seine erfolgreiche Arbeit wurde durch den Parteitag gewürdigt. Auf ihm konnte festgestellt werden, alle wichtigen Entscheidungen, die das ZK seit dem XV. Parteitag getroffen hat, seien richtig gewesen. Jiang Zemin wird auf der Tagung des Parlaments Anfang 2003 ebenfalls sein Amt als Staatspräsident abgeben. Er bleibt Leiter der zentralen Militärkommission. Neben ihm haben andere führende Genossen, wie Parlamentspräsident Li Peng und Ministerpräsident Zhu Rongji, ihre Funktionen in der Parteiführung für jüngere Genossen zur Verfügung gestellt. Als neuer Generalsekretär des ZK wurde der 60jährige Hu Jintao gewählt, der seit zehn Jahren Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros ist. Der langfristig vorbereitete Übergang zu einer neuen Führungsgeneration erfolgte reibungslos. Auch die ausgeschiedenen Spitzenfunktionäre stehen weiterhin mit ihren Erfahrungen zur Verfügung. Die Zusammensetzung des Politbüros und des Zentralkomitees hat sich stark verändert. Die neue Führung tritt für eine konsequente Fortsetzung und schöpferische Weiterentwicklung des bisherigen Kurses der KPCh, für die Entwicklung Chinas zu einem hochentwickelten, modernen sozialistischen Land und die Lösung der vorhandenen Probleme ein. Der XVI. Parteitag der KP Chinas hat dafür wichtige Weichen gestellt.

Rolf Berthold

Ekudors Linke gewann Präsidentschaftswahlen

Milliardär geschlagen

Lateinamerika ist in Bewegung: Während sich in Brasilien der linksgerichtete Präsident Luis (Lula) da Silva gerade in seinem neuen Amt einrichtet und Venezuelas linkspatriotischer Staatschef Hugo Chávez die gegen ihn rebellierende Polizei der Hauptstadt Caracas kurzerhand dem Befehl präsidententreuer Armeeeinheiten unterstellte, um die heraufziehende Konterrevolution in dieser Runde abzuwehren, hat in Ecuador der 45jährige Linkskandidat Ex-Oberst Lucio Gutiérrez die Präsidentschaftswahlen gewonnen. Bei der Stichwahl erhielt er 54,3 % der Stimmen.

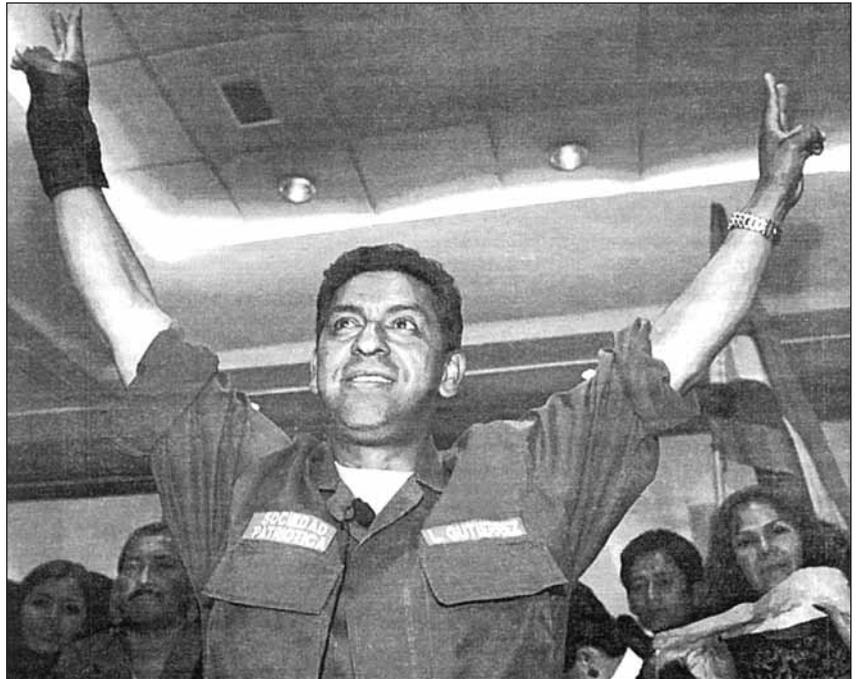
Mit Gutiérrez, der im ersten Wahlgang für ein Bündnis linker und demokratischer Organisationen kandidierte, siegte in Ecuador erstmals ein Bewerber, der sich an die Spitze der armen Bevölkerungsschichten und vor allem der indianischen Bewegung des Landes gestellt hatte. Er gilt als Kritiker der von den USA propagierten Gesamtamikanischen Freihandelszone, deren Gründung 2005 erfolgen soll.

In Ecuador sind die Klassenfronten klar. Gegenspieler von Gutiérrez war im zweiten Wahlgang der doppelte Dollarmilliardär Álvaro Noboa – reichster Mann des Landes und 14. unter den Magnaten Lateinamerikas. Im Fernsehen rief er die gläubigen Ekuadorianer dazu auf, „zwischen den Kommunisten und Gott zu entscheiden“. Er verglich Gutiérrez mit Castro und Chávez. Das Volk solle „ehrliche Geschäfts-

leute“ wie ihn, nicht aber die unkalkulierbaren „Roten“ wählen.

Gutiérrez verwies in einer Rede unmittelbar nach der ersten Runde, die ihn an die Spitze gebracht hatte, darauf, daß Kräfte der Linken eine „vitale Rolle“ in seiner Kampagne gespielt hätten. Später nannte

er sich einen „Präsidenten der Volkseinheit“. Die ekuadorianische Reaktion versucht jetzt das Land nach „bewährtem Muster“ darauf einzustimmen, daß der Sieg von Gutiérrez ausländische Investoren abschrecken und eine Kapitalflucht herbeiführen werde. **R. F.**



Kräfteverschiebung in Tschechien und der Slowakei

Kommunisten im Vormarsch

Wie wir bereits kurz berichteten, haben die kommunistischen Parteien Tschechiens (KSCM) und der Slowakei (KSS) in diesem Jahr bedeutende Fortschritte erzielt. Die KSCM kam bei den Parlamentswahlen im Juni auf einen Anteil von 18,5 % – 880 000 Stimmen oder 220 000 mehr als 1998. Sie gewann 17 zusätzliche Sitze. Unterdessen hat sich auch bei den Anfang November in Tschechien abgehaltenen Municipal- und Kommunalwahlen ein beachtlicher Erfolg der KSCM eingestellt. Die Kommunisten verteidigten nicht nur ihre 6 200 bisherigen Mandate, sondern eroberten 1 300 in den Kommunen hinzu. In den 16 größten Städten der Tschechischen Republik betrug ihr Zuwachs über 130 000 Stimmen – und das bei gesunkener Wahlbeteiligung. Besonders gut schnitt die KSCM in den Bergarbeiterstädten Karvina (34,4 %), Most (28 %) und Havírov (26 %) ab. In Ostrava – dem Zentrum der mährischen Schwerindustrie – erzielte die Partei 20,6 %.

Zur innerparteilichen Situation in der KSCM vertrat deren Vorsitzender Miroslav Grebeníček auf der ZK-Tagung im Oktober die Auffassung, es gebe in ihr sowohl

jene, die die Partei zu sozialdemokratisieren trachteten, als auch Mitglieder, die sie zu einer „pseudorevolutionären Sekte“ machen wollten. Hierzu hob Ken Biggs, Herausgeber der im Ausland vielbeachteten kommunistischen Publikation „Postmark Prague“, hervor, die überwältigende Mehrheit der 120 000 KSCM-Mitglieder habe Lenin und der sozialistischen Vergangenheit der CSSR nicht abgeschworen. Bei zwei Referenden seien Versuche verschiedener KSCM-Führer, das Wort kommunistisch aus dem Parteinamen zu entfernen, von der Basis als Bestrebungen zurückgewiesen worden, sich von den Traditionen der alten KSC und der im Februar 1948 eingeleiteten sozialistischen Revolution zu distanzieren. Besonders eindeutig seien die Verhältnisse im noch zahlenmäßig kleinen, aber kämpferischen Kommunistischen Jugendverband, der derzeit etwa 400 Mitglieder umfasse. Hierbei handle es sich um eine „sehr aktive, effektive und dem Marxismus-Leninismus ergebene Organisation“. Noch spektakulärer als der bemerkenswerte Aufschwung in Tschechien ist das Vordringen der slowakischen Kommuni-

sten. Sie zogen bei einem Wähleranteil von 6,3 % im September 2002 erstmals mit 11 Abgeordneten in den 150 Mitglieder zählenden Slowakischen Nationalrat – das Parlament – ein. Bei den letzten Wahlen hatten sie nur 2,8 % erhalten. Man muß hierzu wissen, daß die Anfang der 90er Jahre – nach der putschartigen Übernahme der in die „Demokratische Linke“ umgewandelten KP der Slowakei durch eine verräterische Clique – neugegründete Partei zunächst weder über eine Schreibmaschine noch über ein Telefon verfügte. Heute zählt die KSS bereits 23 000 Mitglieder. Die „Demokratische Linke“ – sie war zuletzt sogar in der Koalitionsregierung vertreten – hat bei den jüngsten Wahlen sämtliche 23 Parlamentssitze verloren. Sie sackte unter 2 % ab.

Wie der stellvertretende KSS-Vorsitzende Ivan Hopta der Prager KSCM-Zeitung „Haló Noviny“ gegenüber erklärte, sind viele der neuen Parteimitglieder jung oder im arbeitsfähigen Alter; 70-80 % gehörten vor 1989 nicht der KP der Slowakei an.

R. F., gestützt auf „Postmark Prague“

Wenn Kommunisten und Linksdemokraten gemeinsam handeln

Berlusconi kann besiegt werden

Das Europäische Sozialforum (ESF) in Florenz war mit rund 60 000 Teilnehmern und annähernd einer Million Demonstranten „ein außerordentlicher Erfolg“. So urteilte „Liberazione“, die Zeitung der Partei der Kommunistischen Neugründung (PRC). Es zeigte die reale Möglichkeit, einen breite Volksschichten erfassenden Widerstand gegen die vom Imperialismus ausgehende Kriegsgefahr und zur Verteidigung bedrohter sozialer Errungenschaften wie bürgerlich-demokratischer Rechte zu organisieren. In Europa und weltweit. Das ESF stellte eine empfindliche Schlappe für Italiens Berlusconi-Regierung dar. Dazu einige Bemerkungen.

Die Versuche, das ESF im Vorfeld zu kriminalisieren, wie das bereits gegenüber der PRC, den Gewerkschaften und der aus der IKP hervorgegangenen sozialdemokratischen DS (Linksdemokraten) praktiziert worden war, scheiterten. Bestrebungen, die Teilnehmer mit terroristischen Erscheinungen vom Typ Al Quaida oder einer Neuauflage der Roten Brigaden in Verbindung zu bringen und so zu isolieren, blieben erfolglos. Die Verhaftung von 20 Demonstranten, unter ihnen mehrere Gewerkschafter, löste landesweite Protestdemonstrationen und zahlreiche Streiks aus. Diese Kämpfe sind ein erneuter Beweis für den seit Monaten wachsenden und Massencharakter annehmenden Widerstand gegen die profaschistische Regierung. Höhepunkt war im Oktober ein zweiter Generalstreik. Zu ihm hatte die CGIL, mit über 5 Millionen Mitgliedern stärkste und einflussreichste der drei italienischen Gewerkschaften, aufgerufen. Der Ausstand richtete sich, wie bereits der im April, gegen den geplanten Abbau elementarster Arbeiter- und Bürgerrechte. Im Rahmen einer „Flexibilisierung des Arbeitsmarktes“ sollen der gesetzlich verankerte Kündigungsschutz beseitigt, die Tarifverträge aufgehoben und die Arbeitskontrakte zeitlich befristet werden. Auch davon, das Streikrecht einzuschränken und Demonstrationen in die Randbezirke der Städte zu verbannen, ist die Rede. Die Altersversorgung soll überwiegend an die Versicherungskonzerne übergehen. Besonders deren markbeherrschendes Unternehmen Mediolanum, bei dem Berlusconi 37 % der Anteile besitzt, würde seine Profite kräftig steigern.

Damit einher geht die Durchsetzung extrem reaktionärer Ziele der Regierung. Als politischer Rahmen ist ein Präsidialregime mit eingeschränkter Legislative und einer Exekutive vorgesehen, in der ein direkt zu wählender Staatspräsident autoritäre Vollmachten erhielt. Vizepremier Gianfranco Fini meldete auf dem Kongress seiner AN im April 2002 bereits Ansprüche auf dieses Amt an. Als Vorsitzender der eine halbe Million Mitglieder zählenden Partei wiedergewählt, bekannte sich Fini, sonst um Kosmetik bemüht, offen zur faschistischen Tradition. Vor den 2 000 De-

legierten, unter ihnen die Mussolini-Enkelin Alessandra, rief er aus: „Wir haben unsere Seele nicht verkauft.“ 200 Parteitagsteilnehmer begaben sich nach Mussolinis Geburtsort Predappio an dessen Grab, wo die „guten Taten“ des Duce gewürdigt wurden. „Wir schauen in die Zukunft, aber wir werden der Vergangenheit nicht abschwören“, hieß es dort.

Informationsminister Gasparri von der AN säubert unterdessen die staatliche Rundfunk- und Fernsehgesellschaft RAI von „linken Elementen“ und unterdrückt rigoros Kritik an der Regierung. Bossi, Chef der Lega Nord, setzte ein rassistisches Einwanderungsgesetz durch, das strenge Quoten, Fristen und Gefängnisstrafen vorsieht. In den nächsten Monaten sollen 90 000 Immigranten ausgewiesen werden. An

PRC erlagen den Einflüsterungen von Kapitalkreisen um den FIAT-Clan der Agnellis, sich nicht mit den Kommunisten einzulassen, wofür ihnen für die Wahlen 2005 entsprechende Protektion versprochen wurde. Die DS-Führung wandte sich daraufhin gegen den zweiten Generalstreik und beteiligte sich auch nicht am ESF in Florenz. Die Zentrumsparteien, an ihrer Spitze die Demokraten Roman Prodis, warten auf die Rückkehr ihres Parteichefs aus Brüssel, um mit ihm, der 1996 die profaschistische Koalition geschlagen hatte, erneut als Premier-Kandidat in den Wahlkampf zu ziehen.

DS-Vertreter signalisieren unterdessen Bereitschaft, bis dahin Burgfrieden zu halten, wenn Berlusconi die parlamentarischen „Spielregeln“ wahre. Im Schlepptau

Portugiesische KP bestätigte Ausschlüsse

Abfuhr für Rechte

Ein Plenum des Zentralkomitees der Portugiesischen Kommunistischen Partei (PCP) hat die Beschlüsse der Kontrollkommission und des Sekretariats in bezug auf drei ehemalige Führungsmitglieder bestätigt. Sie hatten die Abkehr vom Marxismus-Leninismus propagiert, einen Kurs prinzipienloser Anpassung an die rechtssozialdemokratische PS verfolgt und ihre Partei systematisch in den bürgerlichen Medien zu diskreditieren versucht. Nur 7 der mindestens 150 stimmberechtigten Teilnehmer der ZK-Tagung votierten gegen den Parteiausschluss der früheren Mitglieder der Politischen Kommission Edgar Correia und Carlos Luis Figueira sowie die zeitweilige Suspendierung des ehemaligen PK-Mitglieds Carlos Brito.

R. F.

den Schulen beginnt die „Säuberung“ der Bibliotheken von Büchern marxistischen Inhalts.

Gegen diesen Kurs erhebt sich zunehmend Protest. Er geht von den Arbeitern aus, ergreift aber auch viele Intellektuelle und andere Schichten. Nobelpreisträger Dario Fo warnte vor einer „Etablierung des Faschismus“ und rief zur antifaschistischen Aktionseinheit auf. Umberto Eco sieht im Regierungskurs Berlusconi ein Erbe des „übelsten Faschismus“. Auch bekannte Schriftsteller wie Andrea Camilleri und Antonio Tabucchi wandten sich öffentlich gegen die Regierung. Rund 200 namhafte Intellektuelle unterschrieben einen Appell zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten.

Strategische Akzente setzte die PRC im April mit ihrem Appell an die DS, eine neue Aktionseinheit herzustellen und das Mitte-Links-Bündnis in klarer Opposition gegen Berlusconi zu erneuern. Bei den Provinz-, Munizipal- und Gemeindevahlen kam es daraufhin im Mai vielerorts zu Wahlgesprächen zwischen der PRC und anderen Oppositionsparteien. Dadurch konnte der regierenden Koalition eine empfindliche Niederlage beigebracht werden. Seitdem aber stagniert das Projekt. Die Partner der

der DS kapitulierten auch die von ihr bzw. von katholischen Kreisen beeinflussten Gewerkschaften CISL und UIL. Sie sabotierten die einheitliche Kampffront der Gewerkschaften und schlossen mit Berlusconi einen „Pakt für Italien“, indem sie sich zu Verhandlungen über eine „Reform des Arbeitsmarktes“ bereit erklärten. Gegen den opportunistischen Kurs ihrer Führung wandten sich jedoch über 80 % der zusammen etwa 3 Millionen Mitglieder zählenden CISL und UIL. Sie nahmen am Generalstreik teil.

An der DS-Basis regt sich Widerstand gegen den aktionseinheitsfeindlichen Kurs der Parteiführung. Rücktrittsforderungen an DS-Chef Fassino werden laut. Die Parteiopposition führt der bisherige CGIL-Sekretär Cofferati an, der schon von vielen als „neuer Mann“ an der DS-Spitze gesehen wird. Noch ist der Ausgang indes offen. Das Anwachsen der Kampfbereitschaft zeigt jedoch, daß die Pläne der profaschistischen Regierung zum Scheitern gebracht und diese schließlich wie 1994 gestürzt werden kann. Aktionseinheit und gemeinsames Handeln der Mitte-Links-Opposition sind dazu erforderlich.

Gerhard Feldbauer

Wie man Slobodan Milosevic nach dem Leben trachtet

Gefahr in Den Haag

Beim Haager NATO-Tribunal gegen Slobodan Milosevic arbeiten Richter und Staatsanwälte augenscheinlich auf den Tod des „Angeklagten“ hin. Seit Beginn des Prozesses sind dessen Einpeitscher immer tiefer in die juristische und politische Sackgasse geraten. Das zur Rechtfertigung des Überfalls auf Jugoslawien und zur Vertuschung der Verbrechen der Aggressoren in Szene gesetzte Verfahren wurde vom „Angeklagten“ durch dessen mutigen, hartnäckigen und standhaften Widerstand ins Gegenteil verwandelt. Milosevic trat von Beginn an als Ankläger auf der Anklagebank auf. Waren die Regisseure des Schauspielers, die den jugoslawischen Präsidenten stürzen und nach Den Haag entführen ließen, wirklich so verblendet, daß sie glaubten, der Welt einen gebrochenen

sichts des „angeschlagenen Gesundheitszustandes des Angeklagten sowie der Länge und Komplexität des Verfahrens“ seien „vom Gericht Zweifel daran geäußert worden, daß dieses überhaupt abgeschlossen werden könne“. Über die Gründe des „Angeschlagenseins“ von Milosevic ist nichts zu erfahren. Man kann hier nur mutmaßen. Seit seiner Inhaftierung im Haager Gefängnis ist der jugoslawische Patriot einer ausgeklügelten Isolationsfolter unterworfen. Seine Zelle wird ständig videoüberwacht. Sie ist zeitweise Tag und Nacht beleuchtet. Solche Haftbedingungen können einen Gefangenen in relativ kurzer Zeit physisch und psychisch zermürben. Auch beim Transport zwischen Gefängnis und Gericht ist der aus dem Amt geputzte Staatschef einer erniedrigenden Behand-

Erst am 25. Juli und am 26. August beriet das Gericht darüber. Es entschied, den Ärzten „sinngemäß zu folgen ...“ Geschehen ist nicht viel. Die kurzzeitig reduzierte Verhandlungsdauer wurde inzwischen wieder verlängert, von einem Kardiologen fehlt bislang jede Spur. Am 31. Oktober hatte Milosevic dann so schwere Symptome von Angina pectoris, daß er anderntags nicht am Prozeß teilnehmen konnte. Das offenbar veranlaßte Richter May zu der oben erwähnten Pressemitteilung.

Der Kurs des NATO-Tribunals widerspricht total dem dringend Gebotenen: Statt sofortiger Freilassung, angemessener medizinischer Behandlung und bestmöglicher Wiederherstellung der Gesundheit, damit Milosevic weiter am Verfahren teilnehmen kann, ergeht sich der Vorsitzende in nebulösen Andeutungen über den Fortgang der Dinge. Will er so handeln wie einst der berühmte Richter Prinzing in Stammheim? Als dort offiziell benannte Gutachter die Verhandlungsunfähigkeit durch die Isolationshaft geschwächter RAF-Mitglieder feststellten, behauptete Prinzing, daran seien die Angeklagten selbst schuld. So verhandelte er ohne sie weiter. Ein Vorgehen, das der Gesetzgeber obendrein absegnete. Oder soll vielleicht, wie es die Anklägerin del Ponte fordert, gegen den Willen von Milosevic ein Zwangsverteidiger beigeordnet werden? Auch das ist aus der BRD-Praxis der 70er Jahre wie vom Dimitroff-Prozeß her bekannt. Milosevic bezeichnete del Pontes Vorstoß als „völlig illegal, absurd und bössartig“. Doch Richter May und seine Mitspieler brauchen keine Gesetze, weil das Tribunal sein Statut in eigener Entscheidung jederzeit selbst abändern kann (!!).

Die Einstellung des Verfahrens und die Freilassung von Slobodan Milosevic wären die schlimmste moralische Niederlage der Prozeßinszenierer, von deren Anklage kein Stein auf dem anderen geblieben ist. So bleibt zu befürchten, daß der Schauprozeß mit dem „natürlichen“ Tod des angeklagten Politikers „abgeschlossen“ werden soll. Das wäre die konsequente Fortsetzung der NATO-Schläge gegen Jugoslawien, denen Tausende Bürger des zerstückelten, verwüsteten und politischen Gangstern in die Hände gespielten Landes zum Opfer gefallen sind.

Die Solidarität von Millionen, vor allem aber das Handeln der Sowjetunion, retteten einst Dimitroffs Leben und Freiheit. Das sozialistische Bollwerk wurde zer schlagen. So ist das Hilfspotential heute ungleich schwächer. Und dennoch: Kämpfen wir für die Rettung und Befreiung von Slobodan Milosevic aus den Fängen der NATO! Dafür einzutreten ist nicht nur die Pflicht von Kommunisten und Sozialisten, sondern auch ein Gebot für jeden humanistisch gesinnten Menschen.

Werner Hoppe

FKP: Liquidatoren am Ende ihres Lateins Aus für Hue

Der Nationalvorsitzende - besser: Nationalliquidator - der Französischen Kommunistischen Partei, Robert Hue, der mit seiner in der ruinösen Regierungsbeteiligung unter Jospin gipfelnden Politik der Mutation (Umwandlung) eine besondere Verantwortung für den Niedergang der FKP trägt, hat jetzt das Handtuch geworfen. Unter dem Vorwand, die Doppelspitze Nationalvorsitzender/Nationalsekretär habe sich nicht bewährt, kündigte er für den im Frühjahr anstehenden Parteitag seinen Verzicht auf eine weitere Kandidatur an. Hue, der auf opportunistischen Positionen steht und die einstmals über bedeutenden Masseneinfluß verfügende FKP von Niederlage zu Niederlage geführt hat, war bei den diesjährigen Präsidentschaftswahlen weit abgeschlagen auf einem der letzten Plätze eingekommen und dann als Kandidat für die Französische Nationalversammlung in einer traditionellen FKP-Hochburg durch den Bewerber der Rechten geschlagen worden.

Der Rückzug Robert Hues wird von Kommunisten inner- und außerhalb der FKP, die sich für die marxistisch-leninistische Wiedergeburt dieser Partei einsetzen, als schwere Niederlage der revisionistischen Kräfte betrachtet. **R. F.**

und abschwörenden Mann vorführen zu können? Für ihre Verblüfftheit spricht die rasch erteilte Medien-Direktive, die Sache herunterzuspielen und weitgehend totzuschweigen. Andererseits gab es im Zusammenhang mit der Verschleppung auch deutliche Anzeichen dafür, dass schon in Belgrad ein Mord geplant war. Den Haag bestand jedoch auf der Auslieferung.

Slobodan Milosevic ficht das alles nicht an. Unermüdet kämpft er allein gegen die Meute seiner Feinde, unterstützt durch die Solidarität von Antiamerikanern in aller Welt. Die stärkste Hilfe kommt aus Jugoslawien selbst, wo nicht nur seine Sozialistische Partei fest zu ihm steht, aus Belarus, Rußland, der Ukraine, Griechenland und auch aus der BRD. Längst wird der Held von Den Haag mit Georgi Dimitroff - dem Helden von Leipzig - verglichen.

Man kann ermessen, was der Gegner in Sachen Milosevic im Schilde führt. Anfang November tauchte eine karge Meldung auf: Der Prozeß könne „nach einer Aussage des Vorsitzenden Richters May möglicherweise nicht zu Ende geführt werden“. Ange-

lung ausgesetzt. Im Gerichtsgebäude erhält er kein warmes Essen; die Verhandlung dauert von 9 bis 16.30 Uhr. Danach muß er sich zwischen dem Abendessen und einem kurzen Gang an die frische Luft entscheiden. Da er dem Tribunal nicht durch Bestellung von Rechtsanwältinnen eine Scheinlegitimation zu verschaffen gedenkt, braucht er viel Zeit, meist bis spät in die Nacht, um sich auf den weiteren Verhandlungsablauf vorzubereiten. Das „Anklagematerial“ umfaßt viele tausend Seiten. Während andere Haager Gefangene täglich unüberwachte Familienbesuche haben können, dürfen Milosevics Angehörige nur einmal monatlich an zwei bis drei Tagen unter Beaufsichtigung zu ihm. Die ärztliche Betreuung ist dürftig. Im vergangenen Sommer mußte sich das Tribunal den Appellen der Solidaritätsbewegung beugen und einer einmaligen Untersuchung durch holländische Allgemeinmediziner zustimmen. Sie fand am 11. Juli statt. Die Ärzte empfahlen dringend die Hinzuziehung eines Kardiologen. Die Belastungen des Prozesses müßten sofort reduziert werden.

Was wir beim Aufenthalt in Son My empfanden

Vietnam im Jahr 2002

Ende Januar 2003 ist es 30 Jahre her, daß der Pariser Vertrag über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam unterzeichnet wurde. Welche Entwicklung hat dieses Land seither genommen, welche Aufgaben stellt sich die Sozialistische Republik Vietnam angesichts des vermeintlichen Siegeszuges des Kapitalismus in der Welt?

Ich bin gerade erst dort gewesen. Eine Reise durchs Land vermittelt zunächst den Eindruck, daß Großes bei der Überwindung der Kriegsfolgen und beim Aufbau geleistet wurde. Das Verkehrsnetz ist wiederhergestellt und sichtbar erneuert worden. Die Landwirtschaft erweist sich als ein starker Wirtschaftszweig. Neue Häuser in Städten und Dörfern, unzählige Mopeds anstelle der früher vorherrschenden Fahrräder, allgegenwärtige Händler, die landwirtschaftliche und industrielle Produkte anbieten, zeugen von einem verbesserten Lebensniveau vieler Menschen. Doch Vietnam ist nach wie vor arm und unterentwickelt. Sein jährliches Bruttoinlandsprodukt (BIP) beträgt lediglich 400 Dollar pro Kopf. Dabei ist das Land heute zweitgrößter Reisexporteur der Welt, es führt große Mengen Kaffee, Tee, Kautschuk, Cashewnüsse, Meeresprodukte, Textilien und weitere Waren aus. Übrigens – auch die DDR ist in der SRV noch materiell präsent: Auf der Nationalstraße Nr. 1 begegneten uns zahlreiche LKW vom Typ IFA W50, liebevoll gepflegt und gut gewartet.

Wie weiter? Ein leitender vietnamesischer Politiker äußerte kürzlich, wenn das BIP 800 Dollar pro Kopf erreiche, könne in der SRV die Armut überwunden werden. Die Zahl der Armen und nicht ausreichend Ernährten wurde bereits auf 7,5 Millionen verringert. Ziel ist es, den Anteil armer Familien, der im letzten Jahr noch 16 % betrug, bis 2010 auf unter 10 % zu senken. Hierfür wird viel getan. Auch die Hilfe internationaler Organisationen spielt eine Rolle.

Im Rahmen des Fünfjahrplanes 2001-2005 ist ein jährliches Wachstum des BIP um 7,5 % vorgesehen. Schwerpunkte der Entwicklung sind nach wie vor Landwirtschaft, verarbeitende Industrie und Außenhandel. Gleichzeitig realisiert man langfristig Projekte, die die Wirtschaftskraft der SRV mit ihren 79 Millionen Einwohnern wesentlich stärken werden. Dazu gehören die Erschließung der Öl- und Gasvorkommen vor der vietnamesischen Küste – 2005 sollen hier 27-28 Millionen Tonnen gefördert werden (2002 sind es 16,8 Mio. t Erdöl); die erste einheimische Ölraffinerie mit einer Jahreskapazität von 6 Millionen Tonnen wird in Zentralvietnam errichtet und 2004 in Betrieb genommen; eine 500-KV-Verbundleitung von Nord nach Süd liefert bereits Strom; in wenigen Jahren wird eine Autobahn beide Landesteile verbinden. Der staatliche Sektor ist mit 40% am BIP beteiligt. Gemeinsam mit dem kollektiven

Sektor bildet er die solide Basis für die sozialistische Entwicklung des Landes. Die KP Vietnams hat auf ihrem IX. Parteitag im Jahre 2001 festgestellt, daß sich Vietnam in der Anfangsphase des Sozialismus befindet. Bei jüngsten Begegnungen mit kompetenten Persönlichkeiten der SRV wurde bekräftigt, daß die vietnamesischen Kommunisten den sozialistischen Weg nicht aufgeben wollen. China errichte den Sozialismus chinesischer, Vietnam den vietnamesischer Prägung. Der Übergang des Landes zum Sozialismus unter Umgehung des Kapitalismus sei ein langer Prozeß mit vielen Elementen und Erscheinungen, die den Ansprüchen der sozialistischen Gesellschaft noch nicht gerecht werden. Jedes Volk, so wurde erläutert, müsse seinen eigenen Weg zum Sozialismus gehen. Vietnam wolle kein neues Sozialismusmodell für die Welt, sondern ein Modell für Vietnam finden. Man gehe langsam und bedacht vor, um Fehler zu vermeiden. Die KP halte sich immer die Lehre vor Augen: Wenn eine politische Partei keine Basis im Volk hat, wird sie eine Niederlage erleiden. Das Andenken an den ersten Präsidenten und Vorsitzenden der KP Vietnams, Ho Chi Minh, wird im ganzen Land in Ehren gehalten. Seine Worte „Nichts ist wertvoller als Unabhängigkeit und Freiheit“ gelten als die wichtigste Erfahrung aus der vietnamesischen Geschichte und als Orientierung für heute und morgen.

In Vietnam sind viele Menschen jünger als dreißig; sie haben die Greuel des Krieges nicht selbst erlebt, aber die Erinnerung an die USA-Aggression und den heldenhaften Freiheitskampf des vietnamesischen Volkes ist allgegenwärtig. In vielen Orten sieht man gepflegte Friedhöfe für die dabei Gefallenen; zahlreiche Denkmale zeugen von den schweren Kämpfen. Es gibt

wohl kaum eine Familie, die keine Opfer zu beklagen hatte. Noch heute kommen Menschen durch Minen und Blindgänger um, besonders Kinder. Die Folgen des Einsatzes chemischer Waffen durch die USA werden auch in der nächsten Generation noch nicht überwunden sein. Im früheren Saigoner Verhörzentrum der CIA befindet sich eine erschütternde Ausstellung über die Kriegsverbrechen der USA in Vietnam. Insgesamt waren über 6,5 Millionen US-Soldaten im Einsatz, das größte Kontingent betrug 543 400 Mann gleichzeitig. U. S. Air Force und Navy warfen insgesamt 7 850 000 t Bomben über Vietnam ab (im 2. Weltkrieg hatten USA-Maschinen 2 057 244 t Bomben auf allen Kriegsschauplätzen ausgeklinkt), 75 Millionen Liter chemische Kampfstoffe wurden versprüht. Drei Millionen Vietnamesen wurden im Krieg getötet, weitere 4 Millionen verwundet. Folter, Morde an Zivilisten, Frauen und Kindern, Einsatz von Napalm gegen die Zivilbevölkerung, die Genozid-Verbrechen der USA werden nie verjähren. Son My, ein Ort in der zentralvietnamesischen Provinz Quang Ngai, in dem die US-Soldaten am 16. März 1968 über 500 Menschen, die gesamte Bevölkerung des Dorfes, bestialisch ausröteten, wurde zum Symbol der Untaten des Pentagon. Dort, wo vorher die Hütten der Dorfbewohner standen, befinden sich heute Gedenksteine mit den Namen der Ermordeten, meist Alte und Kinder.

Langes Schweigen herrschte nach dem Besuch in Son My unter uns. Und viele Diskussionen folgten, über das Heute, die Verpflichtung, diese Verbrechen nicht aus dem Gedächtnis der Völker tilgen zu lassen, über die Notwendigkeit, sich neuen imperialistischen Kriegen entgegenzustellen.

Rolf Berthold



Die damals 13jährige Vo Thi Lien überlebte als einzige das Massaker. Oberleutnant William L. Calley befahl die US-Mordkompanie, die in Son My wütete.

Der Schriftsteller Klaus E. Schneider über Mughtar Schachanow

Poet mit Profil

Als ich kürzlich einen Brief dorthin schrieb, kam er grundlos zurück. Ich mußte ihn neu absenden. Wahrscheinlich kannte die Deutsche Post AG das Land nicht. In diesem Jahr hatte ich Besuch von meinem Freund aus Alma-Ata. Zuletzt war ich Kussain in den 70er Jahren begegnet, als ich mein Buch über seine Heimat schrieb, wobei er mir mit Ratschlägen half. Wir verstanden uns nach der ersten Stunde Wiedersehen, als hätten wir uns 1978 gerade erst verabschiedet. Er ist Professor an der Universität und ein exzellenter Kenner der

deutschen Sprache. Meine Frau und mein Sohn sind von ihm begeistert. Kussain verkörpert durch seine Persönlichkeit die kasachische Nation, wie man es in einem Buch kaum darstellen kann. Kasachen sind unter anderem hervorragende mündliche und schriftliche Erzähler, außergewöhnlich sprachtalentiert und in allen Künsten bewandert, besonders in Musik. Im November lud uns die kasachische Botschaft zu einem Konzert in Berlin ein, bei dem Frau Shaniya Aubakirow auftrat, Volkskünstlerin, Pianistin und Rektor des Kasachischen Nationalen Kurman-

gasy-Konservatoriums. Sie ist Inhaberin des französischen Ordens für Literatur und Künste, Preisträgerin internationaler Wettbewerbe und spielte auf dem Steinway-Flügel Bach-Busoni, Brahms und Chopin. Der Beifall erzwang mehrere Zugaben. Man schätzt sie in den europäischen Hauptstädten, in Japan und anderswo auf der Welt. Ich erinnerte mich sofort an die zahllosen Erlebnisse mit Musik und anderen Künsten, wie ich sie in der damaligen Hauptstadt der Kasachischen SSR hatte.

Kussain erzählte mir von dem Schriftsteller Mughtar Schachanow, dessen Buch „Irrweg der Zivilisation. Ein Gesang aus Kasachstan“ ich erwarb (Pendo Verlag München Zürich), und das mir Kraft gab, gegen die imperialistische Aggression auf kulturellem Gebiet aufzutreten, wie sie aus den USA heute bis nach Asien hineinschwappet. Eine Scheinkultur, die vor allem die Jugend demoralisieren soll. Friedrich Hitzler übersetzte es meisterhaft aus dem Russischen. Es werden darin Fragen gestellt wie: Wer sind wir? Wo stehen wir? Wohin gehen wir? Wir müssen darauf antworten, nachdem die Sowjetunion untergegangen und die Massenkultur des Westens wie eine Sintflut über den Osten hereingebrochen ist. Tschingis Aitmatow, den man in der DDR wie unsere eigenen Autoren kannte, schrieb im Vorwort: „Ich sage es ganz offen, daß ich Derartiges in der modernen Dichtkunst noch nicht zu lesen bekam ... Mughtar Schachanow ist in Asien unsere Stimme, die vom Minarett des Geistes ertönt.“

Gegen wen wohl? Da muß man nicht dreimal raten. Vor nicht allzu langer Zeit setzten sich die Franzosen gegen die moderne Unkultur aus den USA zur Wehr. Der Kampf ist noch nicht ausgefochten. Bestärken können uns Dichter wie Schachanow aus Mittelasien: „Sag mir, welchen Idealen/Menschen dienen/Nach welchen Höhen der Moral/Sie streben, und ich sage dir, /In welchem Zustand/Ihre Völker sind./Zivil nennt sich die Welt/Des Westens, doch seine Götzen,/Die Könige im Rampenlicht,/TV-Wisente, Video-Bullen/ Der Shows für alle Welt,/Auch wir sind angeschlossen/An die neue Barbarei,/In der die Geistesgrößen/Aller Zeiten,/ Konfuzius und Shakespeare,/Ferdausi, Goethe, Dostojewski,/Beethoven, Bach und Mozart / Bis zur Unkenntlichkeit / Zusammenschumpfen ...“

Schachanow begann das Kapitel in diesem Buch, indem er sagt, daß Hitler sich einst brüstete, er lese nie einen Roman, fast nie das Feuilleton. Mit seinem Namen ist der Zweite Weltkrieg verbunden. Rainer Rupp schreibt vom bevorstehenden Dritten Golfkrieg. Es kann daraus der Dritte Weltkrieg werden. Die Alternative dagegen kommt auch aus Kasachstan. Das bestärkt uns. Noch ist Mittelasien von den „Siegern“ des Westens nicht völlig überrannt. Aber die NATO steht schon ante portas.

Philippinische Patrioten im Visier von USA und EU

Bubenstück gegen Sison

Die Bush-Administration, in deren Auftrag seit geraumer Zeit Einheiten der berüchtigten Special Forces auf den Philippinen operieren – ihr vor allem gegen die linke Befreiungsbewegung gerichteter Einsatz wird als Bekämpfung moslemischer Terroristen deklariert –, hat von der Europäischen Gemeinschaft Maßnahmen gegen philippinische Kommunisten „erbeten“. Zunächst wurde Holland in dieser Sache angegangen: Auf Washingtons Bitte entzog es neun politischen Emigranten – unter ihnen KPPH-Gründer José Maria Sison – die mit diesem Status verbundenen Rechte, spernte ihre Konten und bedroht sie mit Ausweisung. Am 28. Oktober 2002 folgte auch der Rat der Außenminister der EU, zu dem Joseph Fischer gehört, dem Verlangen der Bushisten: Es setzte die New People's Army (NPA-Neue Volksarmee), eine seit langem bestehende Guerilla-Organisation der Philippinen, und die KP des Landes sowie deren Führer Sison auf seine „Terroristen“-Liste. Zuvor hatte USA-Außenminister Colin Powell zur Begründung des amerikanischen

Ersuchens erklärt: „Die KPPH, eine maoistische Gruppe, wurde 1969 in der Absicht gegründet, die philippinische Regierung (des damaligen Diktators Marcos – R. F.) durch einen Guerilla-Krieg zu stürzen. Der militärische Arm der KPPH – die NPA – begegnet der Präsenz von Amerikanern auf den Philippinen mit äußerster Feindseligkeit und hat bereits USA-Bürger getötet.“

Der niederländische Außenminister Hoop Scheffer machte sich zu Powells Echo: „Die KPPH-NPA ist durch eine ausgeprägt anti-amerikanische Haltung charakterisiert. Die Organisation steht in scharfer Opposition zur proamerikanischen Politik der gegenwärtigen philippinischen Regierung und zur Anwesenheit amerikanischer Truppen im Besonderen.“

Daraus folgt: Wer sich – wo auch immer – gegen die Intervention des Pentagon und seiner Special Forces auflehnt, ist automatisch ein Terrorist! Eine seltsame imperialistische Logik!

R. F., gestützt auf „Solidaire, Brüssel



Despot Nasarbajew - Alleinherrscher in Kasachstan

Der Sultan aus der Steppe

In Kasachstan wird die Bevölkerung auf riesigen Plakaten mit dem Bildnis des Präsidenten Nasarbajew auf das Jahr 2003 vertröstet. Dann sollen alle in Wohlstand leben. Wer ist dieser Mann, der angesichts rapiden Niedergangs das Blaue vom Himmel verspricht?

Nursultan („strahlender, erfolgreicher Sultan“) Nasarbajew wurde 1940 als Sohn eines Hirten geboren. Nach dem Schulabschluß arbeitete er im Industriekombinat Karaganda. Er erhielt die Ausbildung eines Ingenieurs für Metallurgie. 1962 trat er der KPdSU bei. Einige Jahre später begann seine steile Parteikarriere. Zunächst Parteisekretär in Karaganda, wurde er nach dem Fernstudium an der Parteihochschule der KPdSU nach Alma Ata (Almaty) geholt. 1984 wählte man Nasarbajew zum Ministerpräsidenten der Kasachischen SSR, 1989 zum 1. Sekretär der KP Kasachstans. Im Juni 1990 hievte Gorbatschow den Vertikalaufsteiger ins Politbüro der KPdSU. Im Februar 1990 wurde er zunächst Vorsitzender des Obersten Sowjets, zwei Monate später Präsident der KSSR. Im Oktober 1990 erklärte das kasachische Parlament die staatliche Souveränität, ohne sich allerdings von der UdSSR loszusagen. Die Kasachstaner (unter 103 Nationalitäten befanden sich damals nur 40 % Kasachen) sprachen sich zu 82,7 % für einen Verbleib in der Sowjetunion aus.

Beim „August-Putsch“ 1991 – dem Versuch, das Ruder in letzter Minute herumzureißen – verhielt sich Nasarbajew abwartend. Nachdem jedoch in Moskau die Antikommunisten um Jelzin endgültig die Macht ergriffen hatten, beschritt auch er den Weg des Verrats. Er trat aus der KPdSU aus und „nationalisierte“ das Parteieigentum in Kasachstan. Im September 1991 wurde die KP offiziell aufgelöst und eine sozialdemokratische Nachfolgepartei geschaffen. Ein Teil der Basis lehnte diesen Schritt ab und gründete im Dezember 1991 eine neue kommunistische Partei.

Nasarbajew blieb vorerst parteilos. Am 1. Dezember 1991 ließ er sich als einziger Kandidat zum Präsidenten der Republik Kasachstan wählen. Er zählte auch zu den Initiatoren der Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), die am 21. Dezember 1991 in der kasachischen Hauptstadt erfolgte.

Nasarbajew ist faktisch Alleinherrscher. Zu seiner politischen Unterstützung wurde 1993 die Union der Volkseinheit geschaffen. Die Anhänger des Präsidenten verfügen im Parlament über die absolute Mehrheit. Trotz Glanz und Macht ist Nasarbajew politisch und wirtschaftlich gescheitert. Seine Konzepte gingen nicht auf. Kasachstan, das ressourcenreichste Land der früheren UdSSR, findet kaum Investoren, um die einheimischen Rohstoffe verarbeiten zu lassen. Die meisten Industrieanlagen mußten nach Kappung der Wirtschaftsbeziehungen zu anderen ehemali-

gen Sowjetrepubliken stillgelegt werden. Bis 1991 bezog die Republik 85 % aller Industriegüter von dort. Hinzu kommt, daß die einstige KSSR durch Moskau hoch subventioniert wurde. Diese Geldmittel und Güter fehlen heute. Die Leichtindustrie wurde durch Überschwemmung des Marktes mit billigen chinesischen, türkischen und anderen Produkten ruiniert.

Geografisch liegt Kasachstan ungünstig. Nur Rußland und China sind reale Exportländer. Sie bestimmen die Preise. Die Rohstoffausfuhr nach Westeuropa bringt durch Zollgrenzen wenig Gewinn. Einzig bei Erdöl klappt der Absatz. Hier liegt wohl auch Kasachstans Zukunft. Das Land verfügt über enorme Ölreserven, die westliche Begehrlichkeiten weckten. Die Kasachstaner haben davon nichts, da die Förderrechte an ausländische Konsortien verkauft worden sind. Der Gewinn füllte nur die Taschen hoher Regierungsbeamter und der neuen Kompradorenbourgeoisie. Das auch in anderen Bereichen „erwirtschaftete“ Geld wird nach Westeuropa und Japan oder in die USA transferiert.

Die Folgen sind katastrophal: Schon 1992 war der Lebensstandard gegenüber 1989 um die Hälfte abgefallen. Seitdem geht es weiter nach unten. Schätzungen zufolge hat noch nicht einmal die Hälfte der Kasachstaner Arbeit, die ohnehin sehr schlecht bezahlt wird. Löhne, Gehälter und Renten sind im Verzug oder werden

willkürlich gekürzt. Arbeitslose erhalten sechs Monate lang 80 % ihrer letzten Bezüge, dann stürzen sie total ab. Sozialleistungen gibt es nicht. Fernwärme und warmes Wasser werden den Städtlern nur von Oktober bis April in geringem Maße zur Verfügung gestellt. Überraschende Stromabschaltungen über viele Stunden sind die Regel. Die Auflösung der Kolchosen und Staatsgüter hatte Hunger und Landflucht zur Folge. Viele Schüler bleiben dem Unterricht fern, da es an Kleidung und Schuhwerk fehlt.

Wer durch Kasachstan reist, ist begeistert von dem, was in den Sowjetjahren in diesem Steppenland aufgebaut wurde, und entsetzt über die staatlich initiierte Vernachlässigung, den geduldeten Vandalismus und den allenthalben sichtbaren Niedergang einer einst blühenden Unionsrepublik: Kilometerlange Waldschutzstreifen aus Sowjetzeiten werden von der Landbevölkerung abgeholzt, weil sie sich anderes Brennmaterial nicht leisten kann. Überlandleitungen werden heruntergerissen und verkauft. Fabrikanlagen, Kolchosmaschinenparks und große ungenutzte Gebäude sind ausgeschlachtet und geplündert worden, als ob ein Krieg stattgefunden hätte. Die Mafia ist allgegenwärtig und hat teilweise schon staatliche Tätigkeiten übernommen. Oft werden Ämter nach feudaler Manier dem Meistbietenden überlassen.

Nasarbajew wollte alle Kasachstaner gleichbehandeln, in der Praxis werden Kasachen jedoch vorgezogen. Nichtkasachen, vor allem Russen und andere Slawen, verlieren Arbeit und Perspektive. Sie stellen bisher vor allem 82 % der Arbeiterklasse, einen bedeutenden Teil der technischen Intelligenz und kompetente Angestellte. Sie und die überwiegend in der Landwirtschaft tätig gewesenen Rußlanddeutschen verlassen die Republik, so daß Kasachen inzwischen 52 % der Bevölkerung ausmachen.

Längst gilt Nasarbajew als der reichste Mann Kasachstans. Seine politische Herrschaft läßt er durch massiven Wahlbetrug, Verfolgung oppositioneller Kräfte, Schikane gegen kritische Zeitungen u. a. m. absichern. Im Juni 2000 wurde vom Parlament ein Gesetz verabschiedet, das ihm und seiner Familie für Gegenwart und Zukunft kollektive Immunität garantieren soll. Seine 37jährige Tochter Dariga Nas wird von den Medien als mögliche Nachfolgerin gehandelt. Ihr Fernseh- und Zeitungsimperium kontrolliert 80 % der Medien. Darigas Ehemann ist Chef des kasachischen KGB-Nachfolgers KNB.

Der Sultan aus der Steppe hat die Partei und das Land, die ihm eine sozialistische Bilderbuchlaufbahn ermöglichten, verraten und das Vertrauen seines Volkes mißbraucht. Es bleibt abzuwarten, wie lange die Kasachstaner sich das noch bieten lassen.

Bernhard Majorow

In eigener Sache

Diesmal sieht der „RotFuchs“ ein bißchen anders aus. Vor allem im Interesse der älteren Leser haben wir einen etwas größeren und, wie wir hoffen, günstigeren Satztyp gewählt. Und noch etwas: Wir erscheinen – als besondere Weihnachtsüberraschung – erstmals mit 32 Seiten. Damit möchten wir uns bei allen bedanken, die uns durch ihre materielle Unterstützung in die Lage versetzt haben, die höheren Kosten für Druck und Versand zu tragen.

Frohe Weihnachten, liebe „RotFüchse“. Und: Auf ein Neues!

Die Redaktion

¡Presente!

■ Nur fünf Jahre nach dem Sturz der zaristischen Selbstherrschaft in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution schlossen sich die nun freien Völker zum ersten freiwilligen, allen Gleichberechtigung gewährenden sozialistischen Bruderbund zusammen. Umgeben und bedroht von einer zum damaligen Zeitpunkt zwar besiegt, aber immer noch aggressiven und gefährlichen Meute imperialistischer Wölfe, entstand im Sowjetland ein festes Bündnis der Nationen und Völker. Mehr über dieses Ereignis, die Gründung der **Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken**, deren 80. Jahrestag wir am 30. Dezember feiern, findet sich u. a. in

– Lenin, W. I.: Zur Bildung der UdSSR, Eine Auswahl, Dietz, Berlin 1972, 108 S.

– Laboor, Ernst: Lenin und die Gründung der UdSSR, Mit einem Dokumentenanhang, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1972, 104 S.

– Fünfzig Jahre UdSSR, Dietz, Berlin 1972, 384 S.

■ Geboren wurde er vor 75 Jahren, am 31. 12. 1927, in Riesa. Er ist bekannt geworden als Verfasser von Reportagen, Erzähler, Romanautor. Sein Vater war Apotheker, seine Mutter wurde während der Herrschaft der Faschisten wegen „nichtarischer Abstammung“ verfolgt. 1944 Soldat, amerikanische Gefangenschaft. Als Neunzehnjähriger Eintritt in die KPD. Studium der Germanistik, Kunstgeschichte und Philosophie in Jena. Seit 1950 in Berlin, zuerst als Redakteur und Mitarbeiter an der Zeitschrift „Aufbau“, später freischaffender Schriftsteller. 1955 Literaturpreis des FDGB. 1961 Heinrich-Mann-Preis. 1963 Nationalpreis. Seit 1969 Mitglied der Akademie der Künste der DDR. Der Autor begann mit Erzählungen und Reportagen, die neben den Erfolgen auch die Probleme und Schwierigkeiten beim Aufbau des Sozialismus widerspiegeln. („Die Dame Perlon und andere Reportagen“, 1953). Der Durchbruch gelang ihm mit seinem „Holt“-Roman, in dem die Erfahrungen der noch zuletzt von den Nazis „verheizten“ Jugend dargestellt sind. Der erste Band dieses breitangelegten Entwicklungsromans, „Die Abenteuer des Werner Holt, Roman einer Jugend“ (1960 von Joachim Kunert verfilmt) schildert am Irrweg eines jungen Menschen den Irrweg einer Nation:

Die vielfältigen, spannend erzählten „Abenteuer“ führen den Helden über die nazistische Schule in den verbrecherischen zweiten Weltkrieg und damit zur Desillusionierung. Der zweite Band, der „Roman einer Heimkehr“ (1963), berichtet von Holts ge-

stiger Reaktion auf die Nachkriegszeit; der in eine Krise gestürzte Held, den rechten Weg zu einem sinnvollen Leben suchend, steht der neuen Zeit noch passiv gegenüber.



Zeichnung: Klaus Ensikat

Dieter Noll – nicht nur Literaturkenner unter unseren Lesern haben natürlich längst erraten, daß von ihm die Rede ist –, unternahm hier den Versuch einer Bestandsaufnahme der inneren und äußeren Konflikte der Nachkriegszeit unter dem Aspekt der Epochenentscheidung. Durch den „Werner Holt“ wurde Noll weit über die Grenzen der DDR hinaus bekannt. Der erste Band hatte allein bis 1990 51 Auflagen mit etwa 2 Millionen Exemplaren insgesamt und ist in 12 Sprachen übersetzt worden; auch Band 2 erreichte 26 Auflagen. Anna Seghers sagte auf dem V. Deutschen Schriftstellerkongreß 1961 über Nolls „Bestseller“: „Die Hauptperson weiß nie mehr, als sie damals hat wissen können. Aber der Autor selbst, der sich der Ursachen und der Folgen des Krieges bewußt ist, macht den Lesern die Richtung frei zum Denken und Handeln.“

Weitere Werke: „Neues vom lieben närrischen Nest“ (1952); „Sonne über den Seen“ (1954, „Heitere und bedenkliche Abenteuer eines Schleppkahnpassagiers“ auf der Fahrt von Berlin nach Schwerin); „Mutter der Tauben“ (1955, Erzählung); „Kisch-Kalender“ (1955, hrsg. zusammen mit F. C. Weiskopf); „Kippenberg“ (1979, 1981 von Christian Steinke verfilmt); „In Liebe leben. Gedichte 1962-1982“, 1985 EA, 1987 in einer von Willi Sitte illustrierten Ausgabe.

Wir wünschen unserem treuen Leser, aktiven Fördervereinsmitglied, Freund und Genossen Dieter Noll zum 75. eine weitere Restabilisierung seiner Gesundheit und noch möglichst viele gute Jahre!

■ Der russisch-sowjetische Schriftsteller **Alexander Alfredowitsch Bek** wurde vor 100 Jahren – am 3. 1. 1903 – in Saratow geboren, er starb am 2. 11. 1972. Sein Hauptthema war zunächst der sowjetische Arbeiter, speziell der Neuerer. Einen großen Beitrag leistete Bek zur sowjetischen Kriegsliteratur. So wendet er sich z. B. in seinem Werk „Wolokolamsker Chaussee“, 1943/44 (deutsch 1962), dem die Ereignisse der Schlacht um Moskau (1941) zugrunde liegen, polemisch gegen schönfärberische und vereinfachte Darstellungen der Sowjetmenschen im Krieg; die Fortsetzung dieses Romans sind „Einige Tage“ (1960) und „General Panfilows Reserve“, 1960 (dt. 1965). Psychologische Probleme technischen Schöpfungstums behandelt der dokumentarische Roman „Höher und höher“, 1958, dt. 1965). 1965 abgeschlossen wurde der erst 1986 in der Sowjetunion erschienene Roman „Die Ernennung“ (dt. 1988 beim Steidl-Verlag, Göttingen, und bei Volk und Welt, Berlin).

■ Der Schwarze Peter (1958), Die Ehrgeizigen (1960), Das Liebste und das Sterben (1963), Unbequeme Liebe (1965), Der Fremde aus der Albertstraße (1966), Autopanne (1967), Der verschwundene Schiffskompaß (1969), Eine Sommergeschichte (1969), Den Wolken ein Stück näher (1971; 1973 von Christian Steinke verfilmt), Vater ist mein bester Freund (1972), Heimkehr in ein fremdes Land (1974; 1976 von Manfred Mosblech verfilmt), Der blaue Helm (1976; 1979 von Ursula Schmenger verfilmt), Eine Anzeige in der Zeitung (1976; 1980 von Jurij Kramer verfilmt), Das Mädchen und der Junge (1981; 1982 von Wolfgang Hübner verfilmt), Der unbekanntes Großvater (1984; 1987 von Gunter Friedrich verfilmt), Drei Wohnungen (1988; 1989 von Jurij Kramer verfilmt), Die verfluchte Judenstraße (1993), Der verrückte Onkel Willi (1994), Die Nacht davor (1995), Ein Anruf mit Folgen (1995), Keine Ferien für Jonas (1996), Keine Anzeige in der Zeitung. Erinnerungen (1999), Timm und Peggy und die Fahrradbande (2000) ...

Neben der nicht einmal vollständigen reinen Aufzählung dieses reichen, vielfältigen Werks bleibt kaum Platz für die wichtigsten Lebensstationen: geboren am 6. 1. 1928, nach der mittleren Reife Forstarbeiter und Flakhelfer, sowjetische Kriegsgefangenschaft, Heimerzieher, freischaffender Schriftsteller seit 1958, aktiv im Schriftstellerverband, Mitglied des ZK der SED, Mitglied des Marxistischen Forums bei der PDS.

Herzlichen Glückwunsch unserem Leser, dem Erzähler, Kinder-, Jugendbuch- und Fernsehspielautor **Günter Görlich** zum Fünfundsechzigsten! **W. M.**

Leserbriefe an **RotFuchs**

Anläßlich des 85. Jahrestages der Oktoberrevolution veröffentlichte das ND am 7. 11. 02 einen Artikel von Prof. Wolfgang Ruge, der in Leserbriefen anschließend zu Recht als eine „Würdigung“ voller Hohn, Spott und leider auch Zynismus bezeichnet wurde. Er beginnt mit der Feststellung: „Doch seiner absoluten Hilflosigkeit wird er (der Mensch) sich bewußt, wenn er vor die Aufgabe gestellt wird, den Zusammenhang von Personen und der nur dunkel wahrgenommenen Objektivität zu lösen.“ (...) Nur wenige Tage später – am 16./17. November 2002 – meldete sich im selben ND ein weiterer prominenter Fürsprecher der These von der Hilflosigkeit des Menschen gegenüber der unergründlichen Realität zu Wort. Seinen Artikel „Gedanken nach Florenz“ schließt Hans-Dieter Schütt mit den Worten: „Friedensdemonstration – das ist für viele nur noch die Illusion, Geschichte beeinflussen zu können. Man kann sich von da trotzdem ein wenig Stabilisierungskraft holen – die bitter nötig sein wird, wenn die Geschichte zum nächsten Schlag ausholt, um uns als handelnde Subjekte zu widerlegen.“

Da haben wir sie wieder, die – besonders heute ach so hilfreiche – These von der Nicht- oder Kaum-Erkennbarkeit der Welt, in der dunkle Schicksalsmächte wirken und eine anonyme „Geschichte“ wieder auf den hilflosen Menschen niederschlägt.

Gerhard Wetzels, Berlin

Anfang November besuchte der bulgarische Staatspräsident Georgi Parwanow an der Spitze einer repräsentativen Delegation die BRD. Er ist seit mehreren Jahren Vorsitzender der Bulgarischen Sozialistischen Partei. Im November 2001 wurde er in das Staatsamt gewählt.

Ab 1981 war Parwanow am Institut für die Geschichte der BKP tätig. Seine Interessen lagen damals u. a. bei der frühen Periode der bulgarischen Sozialdemokratie.

Am 5. 11. 2002 fand der gewendete Besucher aus Bulgarien vor 400 geladenen Gästen aus Politik und Wirtschaft im Gebäude der Deutschen Bank in Berlin, Unter den Linden, bei einem Vortrag klare Worte: „... Die Investitionen aus dem Ausland werden nach unserem Beitritt durch die NATO zuverlässig gesichert.“ An die Adresse des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Gernot Erler, richtete der BSP-Vorsitzende den Dank für „12- bis 15jährige (!) Hilfe und Unterstützung“. Leider wurde bei seiner Würdigung der mehr als 100jährigen Geschichte der bulgarisch-deutschen Beziehungen die jahrzehntelange erfolgreiche Zusammenarbeit mit der DDR komplett ausgeblendet. Das stimmte einige Teilnehmer nachdenklich. Interesse bekundete „Genosse“ Parwanow jedenfalls an den „Erfahrungen bei der Integration der ostdeutschen Bundesländer in die Marktwirtschaft“. Eine Einladung zum Dialog mit den Betroffenen?

Boris Tschernow, z. Z. Berlin

Am 6. 11. 2002 hat der 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofs (BGH) in Leipzig das Urteil des Berliner Landgerichts vom Juli 2002 gegen Siegfried Lorenz, Hans-Joachim Böhme und Herbert Häber aufgehoben. Damit wurden die ergangenen Freisprüche hinfällig. (...) Die Kommunistische Plattform der

PDS Sachsen bringt aus diesem Anlaß erneut ihre feste Solidarität mit Genossen Siegfried Lorenz und allen Verfolgten der BRD-Klassenjustiz zum Ausdruck. In diesem Zusammenhang begrüßen wir den Beschluß des Geraer Parteitags, der die Berliner PDS-Abgeordneten und –Senatoren auffordert, sich für die Freilassung von Egon Krenz einzusetzen.

Andreas Krämer, Landessprecher der KPF der PDS Sachsen

In einem Satz: In den beiden uns bisher zugesandten Ausgaben des „RotFuchs“ fanden wir nicht nur mehrheitlich überzeugende und bereichernde Beiträge, sondern darüber hinaus bietet uns die Lektüre fundierten Anlaß zur Hoffnung sowie Bestätigung und Mut für den weiteren täglichen Kampf, weshalb wir unlangst unser Jahresendgeflügel an das „Füchlein“ überwiesen haben, auf daß es überleben und uns auch weiterhin bereichern möge.

Andrea und Dietmar Dolling, Rostock

Sehr gerne wäre ich am 17. 10. beim RF-Treffen in Halle-Neustadt mit dabei gewesen. Aber leider hatte kurz zuvor mein Herz gestreikt, und ich wurde schnellstens ins Krankenhaus gebracht. (...)

Die RF-Nummer 57 vom Oktober enthält wie alle ihre Vorgängerinnen wieder sehr viele interessante Informationen, besonders im Leitartikel „Zimmer frei?“. Über Roland Claus lohnt es sich kaum noch ein Wort zu verlieren! Auch der Beitrag von Dr. Marta Koskoscho „Von der Scholle getrennt“ bringt Selbsterlebtes in Erinnerung und ruft immer wieder Erstaunen hervor, wie ehemalige DDR-Größen (Grunert u. a.) moralisch bergab steuerten.

Zu gegebener Zeit, wenn es mir wieder gesundheitlich besser geht, werde ich meine Erfahrungen in und mit meiner DDR aufschreiben und u. a. beim „RotFuchs“ hinterlegen.

Karl Landskron, Leuna

Hallo, Genossen, ich habe als neuer Abonnent zum ersten Mal den „RotFuchs“ in die Hand gekriegt und muß sagen, daß er mir sehr gut gefällt. Ich bin Mitglied der DKP und des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens in Serbien. Ich lebe in Frankfurt/Main. Ich finde den „RotFuchs“ sehr informativ und sachlich. Vor allem freue ich mich, daß Ihr die internationale Solidarität groß schreibt. Da ich als UZ-Abonnent mit dieser Zeitung des öfteren so meine Probleme habe, bin ich durch Hinweise anderer Genossen auf den „RotFuchs“ gestoßen und muß sagen, daß Ihr eine sehr gute Arbeit leistet. Vielleicht habt Ihr Interesse, von Zeit zu Zeit etwas über aktuelle Geschehnisse in Jugoslawien zu erfahren. Da könnte ich in der Zukunft helfen. Gerne möchte ich Mitglied des RF-Fördervereins werden. Ich bitte Euch, mir einen Aufnahmeantrag zu schicken.

David Jakovljevic, Frankfurt/Main

Bemerkung der Redaktion:

Genosse David Jakovljevic – 16 Jahre alt – wird damit von Kai Bergmann (20) die Stafette des jüngsten Vereinsmitglieds übernehmen. Übrigens war er DKP-Parteitagsteilnehmer.

Als Verantwortlicher der Internationalen Gruppe Spurensucher in der VVN/BdA Sachsen unterhalte ich viele Kontakte. Als Grenzbewohner und zeitweiliger Bürger von Mikulásovice empfinde ich besonders stark, wie unsere tschechischen Freunde um Standpunkte und Lösungen kämpfen, um aus der verschobenen sozialen Lage (be-

sonders in Nordböhmen) herauszukommen. Die tatsächliche Arbeitslosigkeit erreicht hier fast 30 %. Manche suchen Auswege in der Kriminalität oder im Rechtsextremismus. Die Ergebnisse der jüngsten Kommunalwahlen in der CR zeigten indes, daß sich immer mehr Wähler auf Kräfte orientieren, die das Land und die Demokratie vorwärts bringen. In meiner „Heimatstadt“ erreichte die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSCM) 32,48 %. Die sozialdemokratische CSSD kam auf 31,39 % und die großbürgerliche ODS erreichte nur knapp 22 %.

Wir beziehen auch junge Leute wie den 17-jährigen Petr in unsere Arbeit ein. So bleibt der Altersdurchschnitt bei 48. Der Älteste ist Jiri Horský, ein 93-jähriger Spanienkämpfer aus Decín. Am 27. 1. 03 wird auf der OdF-Feier in Pirna neben dem Landrat auch der 17-jährige Junge aus Velky-Senov sprechen.

Noch zu Eurer Information: Unsere Internationale Gruppe Spurensucher umfaßt jetzt etwa 100 Mitglieder und Sympathisanten. Wir fragen nicht zuerst nach Parteien, sondern nach dem gemeinsamen Anliegen, den Faschismus nie wieder an die Macht kommen zu lassen.

Dr. Heinz Senenko, Mikulásovice

Leider können wir alten Genossen nicht mehr, wie es heute so dringend erforderlich wäre, an körperlich aufwendigen Aktionen teilnehmen. Damit fehlt gegenüber unserer heutigen Jugend ein wichtiger Teil unserer Vorbildwirkung. Gespräche allein überzeugen noch nicht. Das ständige Verunglimpfen der DDR, die fast täglich in Fernsehsendungen einfließenden Lügen und die Hetze, werden besonders von jungen Menschen wie Tatsachen aufgesogen. So gibt es keinen Protest, wenn

ein Mann wie Genschler als „großer Sohn seiner Heimatstadt Halle“ ausgezeichnet wird. Er hätte als Bundesminister seine „Schwestern und Brüder“ glatt verhungern lassen, wenn ihm das Großkapital der BRD den Auftrag dazu gegeben und die DDR nicht genügend Kraft zur Selbsterhaltung gehabt hätte. Auch die Verbrechen an dem aufrechten Antifaschisten Erich Honecker, begangen von den gewendeten ehemaligen „Klassenbrüdern“ in Moskau und der BRD-Staatsführung, sowie die kürzlich vom deutschen Fernsehen ausgestrahlte Verunglimpfungssendung über die Berliner Weltfestspiele der Jugend rufen keine Proteste mehr hervor. Wir kennen die Wahrheit aus eigenem Erleben, werden aber kaum noch gehört. Wir dürfen dennoch nicht aufhören, zu begründen, warum die jungen Menschen auf die erbrachten Lebensleistungen ihrer Eltern und Großeltern berechtigt stolz sein können. Sie dürfen im ständigen Trommelfeuer der Massenmedien nicht alleingelassen werden.

Manfred Wulf, Glauchau

„RotFuchs“ und weitere auf Genossen begrenzte Publikationen können leider kein ND und keine Süddeutsche Zeitung ersetzen. Da besteht eine äußerst bedenkliche Lücke, die in der Weimarer Republik von der populärkommunistischen „WELT AM ABEND“ ausgefüllt worden ist. Sollte es nicht erreichbar sein, im Bündnis aller wirklich linken Publikationsorgane und bei finanzieller Beteiligung eines jeden von ihnen nach den Möglichkeiten seines Umfeldes ein solches massenwirksames Blatt zu schaffen, dem kalten Embargokrieg der kapitalistischen Publikationsallmacht zum Trotz? Oder gehört dazu ein genialer Einzelner mit Moneten wie Willi Münzenberg? Auch die Fußball- und Pop-Star-Fans kön-

nen in einer solchen Zeitung ihre Interessen räumlich angemessen beachtet und aus unserer Sicht dargestellt finden. Für Idole anderer Art, vom königlichen bis zum Schlagerplärrenden, hatte die „WELT AM ABEND“ allerdings, wenn notwendig, nur die karikierende, satirische Glosse übrig. Das ND hat nicht einmal das und zeigt damit seine Geistesarmut. Wir müssen rauskommen aus dem Schmoren im eigenen Saft, wie es uns das System gestattet.

Karl Mundstock, Berlin

Was für Leute sitzen dort eigentlich im Parteivorstand der DKP? Sie schüren immer wieder Empörung in den eigenen Reihen und im Umfeld der Partei. Sahen wir es noch als eine Dummheit an, als man vor einigen Jahren beim UZ-Pressesfest der MLPD einen Stand verweigerte und so die Voraussetzungen dafür schuf, daß die Geschmähten unmittelbar vor dem Festgelände einen Proteststand aktiv und erfolgreich gegen die DKP betreiben konnten, so müssen wir jetzt nach der grundsätzlichen Fehlentscheidung, den „RotFuchs“ aus der Partei zu verdrängen, erleben, daß ihm sogar ein kleiner Tisch auf dem Parteitag verwehrt wurde.

Ich glaube heute nicht mehr, daß dies nur Fehlentscheidungen sind. Ich habe erfahren müssen, daß man uns in der DKP nicht will.

Bernd Heidmann, Rostock

Ich habe den Eindruck, daß es an der Basis keine großen Unterschiede zwischen den Linken gibt, sondern nur in den Auffassungen der obersten Leitungen. Wir sollten uns deshalb weniger mit diesen beschäftigen und mehr mit der Zusammenarbeit an der Basis.

Karl-Fritz Zillmann, Freiberg

Als erstes fällt mein Blick immer auf die Leserbriefe. Dabei sah ich im November-„RotFuchs“ die Zuschrift von Peter Franz. Über diese Einsichten eines Theologen bin ich manchmal richtig erstaunt. Da denke ich öfter, mancher Genosse könnte sich eine Scheibe von ihm abschneiden.

Hubert Bachhofen, Weilburg

Gleich nach dem Geraer Parteitag wurde gegen Diether Dehm eine Debatte losgetreten. Am 25. 11. erschien wieder ein Beitrag im ND, aus dem ich entnehme, daß ein Vorstandsmittglied, welches noch sozialistische Positionen vertritt, ausgebootet werden soll. Man will Dehm den Stuhl vor die Tür setzen. Das ist nichts Neues. (...) Gab es nicht Ausgrenzungsversuche auch gegenüber Vertretern der Kommunistischen Plattform und des Marxistischen Forums. Und dann das Mobben der Parteivorsitzenden vor dem Geraer Parteitag? Mit dem „Eintrag ins Dienstbuch“ gehen m. E. die Intrigen weiter.

Die PDS ist in den ersten Tagen ihres Bestehens nicht zimperlich mit mißliebigen Personen umgegangen. Ich erinnere nur an die „Affäre Wildenhain“. Genosse Wildenhain, im ZK-Apparat der SED für Finanzen zuständig, wurde beschuldigt, Valuta und Goldbarren beiseite geschafft zu haben und am 3. 12. 1989 verhaftet. Obwohl durch die Revision am 16. 1. 1990 zweifelsfrei ein ordnungsmäßiges Belegwesen festgestellt worden war, was Veruntreuung ausschloß, wurde Genosse Wildenhain am 10. 2. 1990 – er war noch in Haft – aus der PDS ausgeschlossen. Die Staatsanwaltschaft mußte schließlich den Haftbefehl aufheben. Erst drei Jahre später wurde Genosse Wildenhain voll rehabilitiert. Einige der heutigen „Reformer“ waren damals in diesen Vorgang verwickelt. Daher war ich nicht überrascht, wie schnell ein Schreiben von Gregor Gysi und Lothar Bisky beim Parteivorstand einging, in dem

ein „kulturvoller Umgang“ miteinander ange-mahnt wurde. Die anonyme Verteilung der Kopie des Dienstbuchs aus dem KL-Haus an die Presse ist allerdings kein Ruhmesblatt eines solchen Umgangs. (...)

Evelyn Kenzler spricht mir aus dem Herzen: „Man kann nicht in einem sinkenden Boot sitzen und sich gegenseitig die Ruder um die Ohren hauen.“ (...)

Dr. Erhard Reddig, Berlin

„Keiner ist es gewesen“, soll suggeriert werden. Jedenfalls bekennen sich Dietmar Bartsch in seiner Beurteilung der Lage der PDS („Zurück in die Gesellschaft? Zurück zur Politik“) und die Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt, Rosemarie Hein (in ihrem „Brief an die Mitglieder“), dazu, daß „alle“ an der Niederlage der PDS schuld waren. In beiden Schriftstücken stehen unsägliche Aussagen. Tatsachen werden skrupellos verfälscht und Vorverurteilungen verantwortungslos vorgenommen. Ich frage mich: Wie können in dieser Parteiführung solche unüberbrückbaren Gegensätze entstehen, zumal sie in politischer Hinsicht gar nicht so schwerwiegend zu sein scheinen. (...) Ich glaube, sogar persönliche Feindschaften, wie sie sich normalerweise nur bei Spießbürgern entwickeln, sind unter den führenden Leuten der PDS herangewachsen. Bei Sozialisten und Kommunisten und bei den politischen Beobachtern dieser Entwicklung muß ein widerwärtiges Bild entstehen. Neue Wähler kann damit niemand gewinnen, zumal alle Medien genießerisch in diesem Sumpf herumstochern.

Wolfgang Ahrens, Ballenstedt

Eine ehemalige Kollegin von mir – sie ist seit einem halben Jahr berentet – erzählte bei einem Treffen im Kreis früherer Lehrer folgendes: Sie ist ausgebildete Fachlehrerin für Mathematik und Physik. In den letzten Arbeitsjahren hat sie auf eigenen Wunsch als Erzieherin in einem Freizeithaus für Kinder und Jugendliche gearbeitet, wo sie vor allem naturwissenschaftliche Arbeitsgemeinschaften leitete. Bezahlt wurde sie als un-gelernte Kraft, da sie ja als Lehrerin nach westdeutschem Maß keine pädagogische Ausbildung als Erzieherin hat. Die Entscheidung, sie so unterzuvergüten, wurde durch Abweisung einer Klage vom Landgericht bestätigt. Sie klagte daraufhin beim Bundesgerichtshof. Dieser verglich nun die inhaltliche Ausbildung der Lehrer und Erzieher in DDR und BRD miteinander. Das Gericht mußte feststellen, daß Lehrestudenten in der DDR mehr Stunden Pädagogik – also Erziehungswissenschaft – in Vorlesungen und Seminaren vermittelt bekamen als Erzieher in der BRD. Dort wird ein Lehrer nur fachwissenschaftlich, aber nicht erziehungswissenschaftlich ausgebildet. Für meine ehemalige Kollegin bedeutete das die Nachzahlung einer ihr vorenthaltenen stattlichen Summe. Das Beispiel, das gewissermaßen die Ergebnisse der PISA-Studie erklärt, zeigt, daß wir in diesem sogenannten Rechtsstaat immer wieder um unsere Rechte kämpfen und auf allen Gebieten nachweisen müssen, daß es die DDR mit jedem kapitalistischen Land aufnehmen konnte.

Helga Archut, Berlin

Wann will man endlich, wenn man von „DDR-Aufarbeitung“ spricht, die Fakten wieder auf die Füße stellen? In einigen Jahren werden Armeen von Gesellschaftswissenschaftlern gebraucht, um Tatsachen von Lügen und Halbwahrheiten zu trennen! Sind wir sicher, daß die selbsternannten Racheengel auch in Zukunft in der Gewißheit gut schlafen werden, daß sie 40 Jahre Arbeit

von Millionen Menschen schlecht gemacht und eine im Grunde sachliche Planwirtschaft, ein für gebildete Menschen durchaus begreifliches Wahlverfahren verleumdeter haben?

Heute bezeichnen sich viele Leute als Christen. Doch nirgends in der Bibel wird von einem Streben nach Luxus gesprochen.

Peter Leder, Dresden

(...) Seit 1954 war ich Mitglied der SED und kämpfte in ihren Reihen für unsere Sache. Ich stehe in der PDS gegen „Reformer“ aller Schattierungen, dazu gegen Leute wie Hans-Dieter Schütt vom ND, der sie verteidigt. Und da wahrscheinlich erforderlich, gilt meine weitere politische Arbeit der Schaffung eines neuen linken Potentials in der BRD. (...)

Ich möchte hier anhand eines Beispiels zeigen, wie wir in Zwickau gegen die Absichten der von CDU und SPD geführten Stadtverwaltung auftreten. Der Stadtrat setzte in diesem Jahr den Verkauf des Städtischen Klinikums (Heinrich-Braun-Krankenhaus) auf die Tagesordnung. Daraufhin organisierte sich eine Bürgerinitiative zur Unterschriftensammlung für einen Bürgerentscheid über die Privatisierung dieser medizinischen Einrichtung. Sie bildet das Herzstück des Gesundheitswesens der Stadt und beschäftigt ca. 1 500 Menschen. Die Initiative wurde von der PDS-Basis unterstützt. Am 10. 11. 2002 entschieden sich die Zwickauer so, daß das Klinikum weiterhin kommunales Eigentum bleibt. Das war ein Schlag gegen die herrschende Klasse. Wenn solche Aktionen gut organisiert sind und den Bürgern deutlich gemacht wird, daß es um ihre eigenen Belange geht, kann der Kampf Erfolg haben.

Hans-Georg Vogl, Zwickau

Ich freue mich (einschließlich meiner Angehörigen), eine Zeitschrift ohne Verleumdungen und gezielte Entstellungen des Sozialismus, vor allem aber der DDR-Vergangenheit, gefunden zu haben. Sobald es mir möglich ist, werde ich mich an der Diskussion zu Gegenwartsfragen beteiligen. Ich habe schon einige Leserbriefe in der „Sächsischen Zeitung“ und im ND veröffentlicht, um dazu beizutragen, in den vernebelten „Wende“-Köpfen etwas mehr Klarheit zu schaffen.

Heinz Kappler, Königswartha

Die Probeausgaben waren mir eine anregende Lektüre. Besonders gut fand ich den Artikel von Werner Hoppe zum rassistischen Zuwanderungsgesetz und die Ausführungen von Prof. Dr. sc. Ingo Wagner zum Staat. Diese Spannweite von theoretischen, aktuellen und historischen Beiträgen macht nach meiner Meinung den besonderen Reiz der Zeitung aus.

Jan Schaffrath, Kiel

Vor allem die „junge Welt“, der „RotFuchs“ und auch die UZ helfen uns, aus dem herrschenden Nachrichten-Dschungel die uns interessierenden Informationen herauszufiltern. Um der Redaktion, den Autoren und den Versendern zu helfen, auch uns diese bitter notwendige Tribüne für Kommunisten und Sozialisten zu erhalten, überwiesen wir gestern wieder eine Spende auf das „RotFuchs“-Konto.

Obwohl wir nicht dem Förderverein, sondern „nur“ dem Leserkreis angehören, wünschen auch wir eine stetig wachsende Wirksamkeit Ihrer Arbeit. Meiner Ansicht nach besteht u. a. ein Weg dorthin, falls die Autoren mehr Möglichkeiten finden, Ihre treffsicheren und überwiegend scharf geschliffenen gegenwartsbezogenen Artikel und Kommentare noch stärker mit Wertungen

aus der Politischen Ökonomie des Kapitalismus zu bereichern. In dieser Hinsicht schätze ich besonders die Beiträge von Dr. Norbert Pauligk.

Um viele Politikökonomen der DDR ist es still geworden. Forschungen auf diesem Gebiet sind zeitraubend und aufwendig. Ich bin mir also der Schwierigkeit des Problems bewußt. Aber vielleicht läßt sich doch eine Politikökonomin oder ein -ökonom „revitalisieren“?
Manfred Fischer, Berlin

Was für ein Glück, daß es Euch so gibt! Und glücklicherweise existieren im Lande auch recht viele und engagierte Leser dieses wertvollen Blattes sowie solche, die Gleichgesinnte suchen. Ich bin da ganz optimistisch.

Sachlichkeit, Tiefgründigkeit, Faktenreichtum und marxistischer Blick auf Dinge und Erscheinungen in dieser Welt machen Mut und schärfen das Denken.

Eine Anfrage – vielleicht auch zugleich eine Anregung für ein Thema: Könnte einmal eine tiefeschürfende, Eurer Arbeitsweise entsprechende Abhandlung über die Hintergründe des Korea-Krieges von 1950-1953 gebracht werden? Meine bisherigen Bemühungen, auch in US-Archiven vielleicht fündig zu werden, nachdem inzwischen „die Freiheit so grenzenlos“ sein soll, scheiterten – nach US-Aussagen an zu aufwendigen Recherchen, für die kein Personal verfügbar sei bzw. an den von mir zu tragenden hohen Kosten dafür. (...)

Für mich (Jahrgang 1934) hat dieses Ereignis insbesondere Bedeutung für die damit auf den Weg gebrachte und letztlich begründete Remilitarisierung Westdeutschlands, die enorme Aufrüstung in der Welt des Kalten Krieges, also die Konfrontation in einem so gefährlichen Ausmaß. Inwieweit die Auslösung/Provokation dieses Krieges darin ihr eigentliches Ziel hatte, ist m. E. noch nicht ausreichend belegt – oder mir sind relevante Fakten dazu nicht bekannt.

Egal wie, vielleicht finden sich Historiker mit Kenntnissen und entsprechender Lust an dieser Thematik. Danke!

Hans Fröhlich, Bad Düben

Zu Hochzeiten des Kalten Krieges las ich in einer hiesigen Zeitung folgendes: Ein Ostberliner kam amtemo nachts um zwei Uhr zu einer Straßenbahnhaltestelle und sah, wie ihm die letzte Bahn gerade vor der Nase wegfuhr. Das wurde zu einer Polemik genutzt. Schuld daran war natürlich, so konnte man das wortwörtlich lesen, das verbrecherische Regime der SED, das eben nichts zustande brachte.

Nun sah ich gerade (alle paar Monate wieder) einen fahrunfähigen Tanker unter irgendeiner Billigflagge mit billigem Personal und billiger Mannschaft samt Ölladung im Meer versinken. Aber beim ZDF gab es dafür keinen Hauptverantwortlichen – den Kapitalismus. Nein, es gab außer dem festgenommenen Kapitän keinen Schuldigen für eine verödete Küste von vielen hundert Kilometern Länge und unzählige verendende Fische und Seevögel. Die Phantasie des ZDF versagte vor der Realität des Kapitalismus.

Wolfgang Wallenwein, Düsseldorf

Seit kurzem bin ich Euer Leser und Mitstreiter. Ich bedanke mich für die Zeitung. Eine neuerliche Spende trotz mageren États ist angewiesen. Ich möchte meinen Beitrag leisten, daß sich Kommunisten, Antifaschisten, Sozialisten in dieser Republik und darüberhinaus zusammenraufen und gemeinsam darum ringen, daß dem Raubtier Kapitalismus Grenzen gesetzt werden, um sein

tägliches Kriegsspiel mit der Kraft aller aufrechten Demokraten zu stoppen.

Der Artikel von RA Prof. Dr. Erich Buchholz in Nr. 57/02 ist mir Veranlassung, ihm auf diesem Wege zu danken. Auch ich stelle mir die Frage: „Warum gehen wir mit unserer deutschen Vergangenheit so zaghaft um?“ (...) Es würde mich glücklich machen, wenn wir nicht nur die bewundernswerte DDR-Geschichte wachhielten. Wir müssen uns mit der Geschichte des ganzen deutschen Volkes, seinen Konflikten mit sich selbst und den Nachbarn im europäischen Zusammenhang beschäftigen. (...)

Wenn Christen wirklich christlich leben würden, wenn Sozialisten sich tatsächlich sozialistisch und Kommunisten sich immer kommunistisch verhielten, stünde die Welt viel besser da.

Heinz-Joachim Maaßberg, Magdeburg

Aus der sogenannten Antisemitismus-Kampagne des Herrn Möllemann – so nennt man das heute, wenn jemand es wagt, den Völkermord gegen das palästinensische Volk zu verurteilen – wurde kurzerhand ein Spendenkandal, der die Gemüter nicht nur in der FDP ja sooo erregt. Das internationale Schweigen der Lämmer ist mitverantwortlich dafür, daß sich die Hardliner und ultrarechten Kräfte um Sharon derart formieren konnten. (...) Kein Wort der Kritik an Bush und Sharon, kein internationales Aufbegehren!

Wer Handel mit arabischen Staaten betreibt, macht sich verdächtig und wird denunziert und kriminalisiert. Und dann trainiert auch noch ein Deutscher aus der früheren DDR die Fußballnationalmannschaft Iraks!

Wer, wenn nicht wir, soll hier Licht ins Dunkel bringen? Doch auch die Linken müssen zunächst einmal erkennen, daß der Angriff gegen Möllemann das bürgerliche Lager in Deutschland aufbrechen und für die Kriegspläne von Bush und Sharon weichklopfen soll.

Ulrich Farin, Bramsche

Was gilt das Leben des Menschen ...? Die Geiselnahme in einem Moskauer Musicaltheater hat eine Menge Staub aufgewirbelt. Nach meiner Ansicht waren die Geiselnahmer keine gewöhnlichen Gangster, die ein hohes Lösegeld vom Staat forderten, sondern politische Kämpfer aus Tschetschenien, die sich für den Rückzug des riesigen russischen Militärkontingents aus diesem Landesteil einsetzten. Man sollte auch bei grundsätzlicher Verabscheuung von Geiselnahmen zwischen reinem Terrorismus und politischer Motivation unterscheiden. Bei allen berechtigten strategischen Interessen, die Rußland in Tschetschenien hat, kann man nicht übersehen, daß Jelzin und Putin dort einen auch für junge russische Soldaten grausamen Krieg führten und führen. Nach der sogenannten Wende durch den konterrevolutionären Verrat von Gorbatschow begannen ja auf dem Territorium der einstigen Sowjetunion gleichzeitig mehrere bewaffnete Konflikte.

Ich empfinde es als merkwürdig, daß niemand im Interesse der Rettung von Menschenleben ernsthaft mit den Geiselnahmern gesprochen hat. Wollte man keine Verhandlungslösung? Wäre sie zustande gekommen, hätte sich Präsident Putin nicht beim russischen Volk dafür entschuldigen müssen, daß es durch den Giftgaseinsatz der „Retter“ zu so vielen Toten gekommen ist. Man hätte doch wissen müssen, daß das Leben der Geiseln am wertvollsten war. Statt dessen suchte man eine „Lösung des Problems“, die völlig in das Konzept des „Antiterrorkriegs“ von Herrn Bush paßte.

Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf

Abschied oder Silvestertag

**Das Jahr verkündet am Silvestertag
Daß es nun länger nicht mehr Jahr sein mag.
Sein Weg war lang genug – und nicht ganz leicht.
Nun hält es inne. Fragt: Was ist erreicht?
Will wissen, ob die Abschlußrechnung stimmt
Bevor es dann für immer Abschied nimmt:
Hält „GUT“ und „SCHLECHT“
sich wenigstens die Waage?
Gab's Freude auch –
und nicht bloß Müh und Plage?**

**Es schaut noch mal zurück. Es fällt sein Blick
Auf Trauriges – wie manches, das beglückt.
Da gingen Menschenleben ja verloren
Es fehlte darum nicht an herbem Schmerz
Doch wurden neue Menschlein auch geboren.
Was andererseits mit Freude wärmt das Herz.
Doch zählt genau so manches kleine Ding
In der Bilanz des Jahres nicht gering:
Maikäfer gab's und bunten Schmetterling
Für jeden Baum den nächsten Jahresring
Ein Lenz, geschmückt mit reicher Blütenpracht
Und sternenklar manch laue Sommernacht.
In jenen Wald zurückgekehrt der Dachs
In diesen wieder saub'ren Fluß der Lachs.
Die Erntefelder körnerschwer von Ähren
Der Herbstwald voller Pilz und Heidelbeeren.**

**Doch um ein Jahr zum guten Jahr zu machen
Braucht es vor allem eines: Kinderlachen!
Um solches aber war es in der Welt
Nicht überall besonders gut bestellt.
Auch dieses Jahr belastet schwere Bürde
Wenn es nun nimmt die allerletzte Hürde:
Noch leben Kinder bitterarm in großer Not.
Oft fehlt es ihnen selbst an trocken Brot
Und von des Jahres Tagen gab es für sie keinen
Um unbeschwert zu lachen statt zu weinen.
Ja – viele mußten sogar Hungers sterben
Und and'ren drohte anderes Verderben:
Von Mächtigen aus Machtgier angestellt
Macht Krieg manch Land zum Schlachtfeld
Es scheren sich um fremde Kinderleichen
den Teufel all die Mächtigen und Reichen!**

**Und alles das, was es an Schrecken gab
nimmt dieses Jahr nicht mit ins Zeitengrab
Das Neue Jahr hat schwere Last zu erben:
Elend und Not, die Kriege und ihr Sterben.
Auch wenn es schwerfällt: Laßt uns dennoch hoffen
Noch bleibt der Menschheit ihre Zukunft offen
Nur kommt die bess're Zeit nicht von allein
Sie will erarbeitet – und auch erstritten sein!
Und dann wird irgendwann, wenn auch noch fern
Die Erde wirklich Menschen-Heimatstern
Für jeden wohnlich, jedermann gerecht
Weil über keinen mehr bestimmt ein Herr –
und niemand mehr sich ducken muß als Knecht.**

Wolfgang Clausner

Am Sonntag, 12. Januar 2003

demonstrieren wir gemeinsam mit anderen Kommunisten und Sozialisten, antifaschistischen Christen und aufrechten Demokraten in Aktionseinheit

zu den Gräbern von Karl und Rosa in Friedrichsfelde

Der „RotFuchs“ ist wiederum mit einem eigenen Stand vor dem Friedhofseingang dabei.

Besucht uns!

Uns erwartet ein wunderschöner Nachmittag mit der Poetin

Gisela Steineckert

Sie folgt der Einladung der Berliner Regionalgruppe zu Lesung und Gespräch am Freitag, dem **24. Januar 2003**, um 16.30 Uhr.

Lokal:
Begegnungsstätte
Torstraße 203-205
(direkt neben dem Rotfuchs-Geschäft).

Stuhlgeld zugunsten der Volkssolidarität: 1 Euro

Die Berliner Regionalgruppe des RF-Fördervereins lädt für **Freitag, den 21. Februar 2003, um 16.30 Uhr**, zu einer weiteren hochkarätigen Bildungsveranstaltung in die Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstraße 203-205, herzlich ein.

Botschafter a. D. Rolf Berthold spricht über die Ergebnisse des XVI. Parteitags der KP Chinas

Informationen
aus erster Hand

Stuhlgeld: 1 Euro

I M P R E S S U M

**Gegründet im Februar 1998
als Zeitung der Gruppe Berlin-Nordost
der Deutschen Kommunistischen Partei**

Herausgeber:

RotFuchs-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)

Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
Tel. 030/561 3404, Fax 030/5649 3965
(Redaktionsadresse, an die bitte auch alle
Post zu richten ist)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

E-Mail-Adresse: rotfuchs.berlin@t-online.de
Redaktionsschluß ist der 5. eines Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Bohler (Valencia)
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Metzger
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Bernd Fischer
Walter Florath
Peter Franz
Dr. sc. Kurt Gossweiler
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Werner Hoppe

Konto für Spenden und Beiträge: W. Metzger / RotFuchs
Berliner Sparkasse (BLZ 10050000), Konto-Nr. 220 160 759

Dieter Itzerott
Gerda Klabuhn
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)
Dr. Hans-Dieter Krüger
Wolfgang Metzger
Dr. Annemarie Mühlefeldt
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Rainer Rupp
Fritz Teppich
Herbert Thomas
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Stefan Warynski, (Warschau)

Künstlerische Mitarbeit:

Arno Fleischer
Heinz Herresbach
SHAHAR
Internet-Redakteurin:
Iris Rudolph
Webmaster der Vereinsseite:
Dr. Hartwig Strohschein
Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin
Telefon 030/6545634
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens
Sonja Brendel, Bruni Büdler
Monika Kauf, Bernd Koletzki